

**Arm trotz Arbeit**  
Working Poor (Erwerbsarme) in Vorarlberg

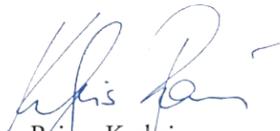




### Arm trotz Arbeit – „working poor“

Es ist eine traurige Tatsache, dass viele Vorarlbergerinnen und Vorarlberger – obwohl sie einer regelmäßigen Beschäftigung nachgehen – zu wenig verdienen, um sich selbst oder ihre Familie erhalten zu können. Von Erwerbsarmut sind einmal mehr vorwiegend Frauen betroffen, wobei bereits an dieser Stelle gesagt werden muss, dass die Working Poor nicht nur Teilzeitjobs oder geringfügigen Beschäftigungen nachgehen: Auch schlecht bezahlte Ganztagsjobs können in die Sackgasse Armut führen.

Die AK Vorarlberg hat bereits vor zwei Jahren mit der Studie „Schicksal Prekari-tät?“ auf Beschäftigtengruppen aufmerksam gemacht, die auf dem Arbeitsmarkt mit großen Unsicherheiten konfrontiert sind. Mit der vorliegenden Untersuchung wird dieses Thema vertieft. Wichtig dabei ist, Maßnahmen zu treffen – und diese auch kontinuierlich zu verfolgen –, die es den Menschen ermöglichen, sich durch eigene Arbeit auch ein entsprechendes Leben zu leisten.

  
Rainer Keckeis  
AK-Direktor

  
Hubert Hämmerle  
AK-Präsident

### **Dr. Eva Häfele**

Nach dem Studium der Ostasienwissenschaften in Wien und Beijing langjährige berufliche Tätigkeit in China, in den USA und im europäischen Ausland. In den vergangenen Jahren selbständige Sozialwissenschaftlerin mit den Schwerpunkten Frauenforschung, Sozial- und Kulturwissenschaft.

### **Dr. Kurt Greussing**

Studium der Iranistik und der Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Arbeits- und Studienaufenthalte in der Türkei, in Iran, Pakistan und Westchina, anschließend im südlichen Afrika. Seit 2004 freischaffender Sozialwissenschaftler mit einem Vorarlberg-Schwerpunkt.

Herausgeber und Verleger: AK Vorarlberg, Widnau 2-4, 6800 Feldkirch  
Telefon ++43-(0)50-258-0, kontakt@ak-vorarlberg.at  
Fotos: Georg Alfare  
Layout: Christine Branner  
Druck: Buchdruckerei Lustenau, 6890 Lustenau  
ISBN 978-3-902898-01-2

© AK Vorarlberg  
Feldkirch, Oktober 2010

„Working Poor“, also arbeitende Arme beziehungsweise Erwerbsarme – das sind inzwischen bekannte Begriffe geworden, die sowohl mediale als auch wissenschaftliche Aufmerksamkeit erfahren. Das hat mit einer breiten europäischen Debatte zu tun, die seit den 1990er Jahren angesichts der Auswirkungen der ökonomischen Globalisierung die Gefährdung des Wohlfahrtsstaates und die damit entstehenden neuen Armutslagen thematisiert. Allerdings ruht diese Debatte keineswegs auf stabilem Grund. Denn auf die Frage, wie aussagekräftig die herrschende Definition von Armut, insbesondere von Armut trotz Erwerbstätigkeit ist, gibt es keine Antwort, die von den Interessen der Fragestellenden frei wäre.

Dennoch ist es möglich, unter Rückgriff auf zahlreiche Datenquellen ein plastisches Bild von Risiken, Ursachen und Dynamiken von Erwerbsarmut in Vorarlberg zu gewinnen. Es lassen sich gefährdete soziale und berufliche Gruppen ebenso identifizieren wie Armutsdynamiken, die in einem Berufslebenslauf angelegt sind und erst mit zunehmendem Alter schlagend werden können.

Diese Untersuchung ist keine akademische Übung. Sie will vielmehr Empfehlungen für politisches Handeln begründen. Am Schluss stehen deshalb Vorschläge für Maßnahmen, die durch Gespräche mit Expertinnen und Experten, nicht zuletzt jenen der Vorarlberger Arbeiterkammer, gewonnen wurden.

<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	<b>12</b>	<b>5</b>	<b>Armut – Daten zu Vorarlberg</b>	<b>46</b>
1.1	Working Poor und prekäre Beschäftigung	14	5.1	Armutgefährdung in Vorarlberg nach EU-SILC	46
1.2	Aufbau der Studie	15	5.2	Allgemeine Armutslagen in Vorarlberg	49
			5.3	Sekundäre Benachteiligungen	53
			5.4	Erwerbsarmut: Armutgefährdung vor und nach sozialen Transfers	54
<b>2</b>	<b>Die europäische Debatte – Armut und Working Poor</b>	<b>18</b>	<b>6</b>	<b>Individuelle Erwerbsarmut in Vorarlberg – Risiken, Ursachen, Dynamiken</b>	<b>58</b>
2.1	Akteure der Verteilungsdebatte	20	6.1	Welche Gruppen sind besonders „working poor“-gefährdet?	59
			6.1.1	Ein-Eltern-Haushalte	60
			6.1.2	Unqualifizierte und Geringqualifizierte	61
			6.1.3	Nach spezifischen Lohnniveaus	66
			6.1.4	Nach Migrationshintergrund	73
			6.1.5	Risiko Selbständigkeit	74
			6.1.6	Frauenkarrieren in die Erwerbsarmut	75
<b>3</b>	<b>Forschungs- und Datenlage</b>	<b>24</b>	6.2	Nach Erwerbsintensität und Erwerbsumfang	75
3.1	Wissenschaftliche Untersuchungen zur Erwerbsarmut	24	6.2.1	Geringfügige Beschäftigung in Vorarlberg – Frauensache	76
3.2	Durchbruch mit EU-SILC	26	6.2.2	Teilzeitbeschäftigung in Vorarlberg	78
			6.2.3	Leiharbeiter/innen in Vorarlberg	80
<b>4</b>	<b>Wer sind die Working Poor? – Zum Begriff</b>	<b>30</b>	6.3	Arbeitslose als Working Poor	81
4.1	Wer ist arm?	30	6.3.1	Materielle Armutsdynamik der Arbeitslosigkeit	83
4.1.1	Das „Haushaltsäquivalenzeinkommen“	31	6.3.2	Arbeitslosigkeit als Lebenskrise	84
4.1.2	Das „Medianeinkommen“	32	6.4	Allgemeine Armutsdynamiken	85
4.1.3	Armut ist relativ	33	6.4.1	Wirkung der Verschuldungsdynamik	86
4.1.4	Politik der Definitionen	34	6.4.2	Beschäftigungslose Familienmitglieder	86
4.2	Armut und Armutgefährdung	35	6.4.3	Kosten der Existenzsicherung	87
4.2.1	Wie wird Armut definiert?	36	6.5	Exkurs: Sozialhilfe und Erwerbsarmut	88
4.3	Wer gilt als erwerbsarm?	37			
4.3.1	Erwerbsstatus und Erwerbsdauer	41			
4.3.2	Haushaltseinkommen definiert Erwerbsarmut	41			
4.4	Andere Methoden zur Bestimmung der Working Poor – USA und Schweiz	42			

<b>7</b>	<b>Working Poor – Was tun?</b>	<b>94</b>
7.1	Verbesserung der Datengrundlage	95
7.2	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen	96
7.2.1	Zweiter und dritter Arbeitsmarkt	96
7.2.2	Mindestlöhne	97
7.2.3	Neuregelung der Arbeitslosenunterstützung	98
7.3	Integrierte Arbeitsmarkt-, Sozial- und Familienpolitik	99
7.4	Wege aus der Verschuldung ebnen	100
7.5	Bildung und Weiterqualifikation	101
7.5.1	Schule und Lehre	101
7.5.2	Um- und Weiterqualifikation	103

<b>8</b>	<b>Bibliografie</b>	<b>106</b>
8.1	Publikationen	106
8.2	Weblinks	109
8.3	Expert/inn/en-Interviews	110



## 1. Einleitung

In Vorarlberg hat das Thema Armut in den vergangenen Jahren zwar immer wieder mediale Aufmerksamkeit erfahren, spezielle Untersuchungen der armutsgefährdeten Personen, ihrer Lebensumstände und der vorfindbaren Armutsdynamiken stehen jedoch aus. Damit unterscheidet sich Vorarlberg von etlichen anderen Bundesländern, in denen das Thema inzwischen nicht nur journalistische, sondern auch wissenschaftliche Aufmerksamkeit gefunden hat. Diese Aufmerksamkeit wurde besonders den so genannten „Working Poor“ zuteil, d. h. den „arbeitenden Armen“ beziehungsweise „Erwerbsarmen“: Menschen also, die trotz Erwerbstätigkeit in armutsgefährdeten oder akut armen Haushalten leben. Über die Definition von Armut wird freilich noch zu reden sein.

Warum ist die Auseinandersetzung über Armut – also auch über „Erwerbsarmut“ – notwendig und sinnvoll? Arme Menschen haben in der öffentlichen Debatte oft gar keine oder nur eine schwache Stimme. Sie haben in der Regel nicht das soziale und kulturelle Kapital – Beziehungen und Bildung –, um auf ihre Lage öffentlichkeitswirksam aufmerksam zu machen und effektiv für eine Veränderung ihrer Situation einzutreten. Arme Menschen sind also in der Regel nicht nur materiell arm, sondern auch politisch und sozial. Journalisten in Vorarlberg bestätigen das: Wer arm ist, will das nicht öffentlich machen. Armut lässt sich deshalb nur schwer medial thematisieren. Denn das Thema ist in der Regel nicht personalisierbar, das heißt, es kann nicht mit konkreten Personen verbunden werden. Die scheuen eben oft davor zurück, sich „zu outen“ und ihr Schicksal der öffentlichen Aufmerksamkeit zugänglich zu machen.

In diesem Sinne ist also Armutsforschung erstens ein Versuch, ein Thema an die Öffentlichkeit zu bringen, zu dessen Artikulation die Betroffenen selbst üblicherweise nicht die soziale Kraft haben.

Zweitens hat eine solche Untersuchung Bedeutung für die Gestaltung der Sozialpolitik. Erst wenn man die Problemlagen dem Umfang und den Ursachen nach kennt und versteht, kann die Politik Maßnahmen formulieren und umsetzen – und zwar nicht nur im Sinne eines akuten Eingreifens zur Linderung materieller Problemlagen, sondern vor allem auch im Sinne der Prävention und der Stärkung der Betroffenen selbst, damit sie Armut vermeiden oder sich aus ihr herausbewegen können. Das betrifft im engeren Sinn die Gestaltung sozialer Hilfeleistungen, geht aber weiter über die Gestaltung der Steuerpolitik bis hin zur Ausfaltung des sozialen Netzes durch finanzielle und nicht-finanzielle Transfers, durch Beratungs- und Betreuungseinrichtungen und schließlich durch Bildungs- und Qualifizierungspolitik.

Und drittens betrifft Armutsforschung, wenn es sich um den speziellen Bereich der Working Poor handelt, natürlich auch die Arbeitsmarkt- und Lohnpolitik. Denn wo Armut mit mangelnden Erwerbschancen auf Grund fehlender oder qualitativ unzureichender Arbeitsplatzangebote zu tun hat (etwa im Falle des Wiedereinstiegs nach der Karenz oder bei älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern) oder wo eine Vollzeitarbeitsleistung ein Einkommen erbringt, das für den eigenen Unterhalt oder für den einer Familie mit Kindern (trotz Beihilfen) nicht ausreicht, da sind lohn- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen notwendig.

Die Formulierung solcher Maßnahmen in den verschiedenen Politikbereichen braucht eine solide Grundlage: die gute Kenntnis der sozialen Verhältnisse. Dazu will die vorliegende Studie beitragen.

### 1.1 Working Poor und prekäre Beschäftigung

Durch die Internationalisierung der Kapital- und Arbeitsmärkte sind Beschäftigungsverhältnisse generell weniger stabil geworden. Neue Formen der Flexibilisierung von Arbeitszeit, Beschäftigungsdauer, Beschäftigungsort und Entlohnung haben Platz gegriffen. Das Normalarbeitsverhältnis ist – bis in die Kernschichten der qualifizierten Beschäftigung hinein – durch so genannte atypische Beschäftigungsverhältnisse ersetzt oder zumindest ausgehöhlt worden. Das hat insgesamt zu einer Unsicherheit der individuellen Einkommenslagen der Betroffenen und damit zu einem Verlust an sozialer Stabilität beigetragen – dies übrigens nicht nur bei abhängig Beschäftigten, sondern ebenso bei Selbständigen.

Es ist wichtig festzuhalten, dass Faktoren, die die Beschäftigung prekär, das heißt unsicher und im Hinblick auf wesentliche Elemente instabil, machen, oft erst im Laufe des Erwerbslebens schlagend werden. So kann mangelnde Berufsqualifikation erst mit dem Nachlassen von Körperkraft und Belastbarkeit zu einem Problem werden; ebenso kann sich eine gegenwärtig nachgefragte Spezialqualifikation im Laufe eines Berufslebens als Fehlqualifikation herausstellen.

Auf diese Weise sind prekäre Beschäftigungsverläufe eng mit dem Thema der Erwerbsarmut verknüpft. Faktoren, die Prekarität begünstigen, führen in der Regel auch zu Erwerbsarmut. Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg hat zum Thema Prekarität in Vorarlberg bereits eine umfangreiche Untersuchung veröffentlicht.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Häfele, Eva / Greussing, Kurt: Schicksal Prekarität? Maßnahmen für Vorarlberg, Feldkirch: AK Vorarlberg 2008.

Die vorliegende Studie schließt an diese erwähnte Untersuchung an und wertet vor allem jene Informationen weiter aus, die durch Interviews mit Fachleuten und Betroffenen gewonnen worden sind.

## 1.2 Aufbau der Studie

Die vorliegende Studie zu Erwerbsarmut in Vorarlberg greift in einem ersten Schritt auf eine breite europäische Debatte zurück, die seit den 1990er Jahren angesichts der Auswirkungen der ökonomischen Globalisierung die Gefährdung des Wohlfahrtsstaates und die damit entstehenden neuen Armutslagen thematisiert. Diese Debatte hat mit den EU-SILC-Erhebungen zu Einkommen und Lebensbedingungen seit 2003 eine europaweit einheitliche methodische Grundlage bekommen.

In einem zweiten Schritt wird deshalb diese methodische Grundlage möglichst verständlich dargestellt und gleichzeitig kritisch bewertet: Warum gilt jemand als arm oder armutsgefährdet? Wie aussagekräftig ist die herrschende Definition von Armut, insbesondere von Armut trotz Erwerbstätigkeit? Und wären andere Armutdefinitionen denkbar?

In einem nächsten Abschnitt werden die allgemeinen EU-SILC-Daten zu Vorarlberg präsentiert. Sie weisen allerdings eine erhebliche Beschränkung auf, da sie auf Grund der relativ kleinen Stichprobe detailliertere Auswertungen nicht erlauben.

Dennoch ist es möglich, unter Rückgriff auf andere Datenquellen ein plastisches Bild von Risiken, Ursachen und Dynamiken von Erwerbsarmut zu gewinnen. Es lassen sich gefährdete soziale und berufliche Gruppen ebenso identifizieren wie Armutsdynamiken, die in einem Berufslebenslauf angelegt sind und erst mit zunehmendem Alter schlagend werden können.

Der abschließende Schritt der Studie besteht in Vorschlägen von Maßnahmen, die durch Gespräche mit Expertinnen und Experten von AMS, Arbeiterkammer, Caritas, IfS, weiteren Akteuren der Sozialpolitik und dem ÖGB gewonnen worden sind.

Diese Interviewpartnerinnen und -partner sind in der abschließenden Bibliografie aufgeführt. Ihnen gilt unser besonderer Dank für viele Stunden kompetenter Gespräche und für bereitwillig geteilte Einsichten.



## 2. Die europäische Debatte – Armut und Working Poor

Da die Frage der Working Poor unmittelbar mit dem allgemeinen Thema Armut verknüpft ist, hat sie in den öffentlichen Debatten – nicht nur in Österreich – ein eigenes Gewicht bekommen. Hier interessieren uns nicht so sehr forschungsgeschichtliche Aspekte, sondern die politischen Motive, die die Frage der Erwerbsarmut in der öffentlichen Auseinandersetzung prominent gemacht haben.

So wie die Debatte zu anderen Aspekten sich auflösender Normalarbeitsverhältnisse – Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung, Leiharbeit oder neue Selbstständigkeit – begann auch die Auseinandersetzung über Working Poor in Europa in den 1990er Jahren als Folge der Globalisierung. Die weltweite Konkurrenz von Produktionsstandorten machte in den wohlhabenden Kernländern der Industrialisierung die industriell-gewerblichen Arbeitsverhältnisse zunehmend unsicher und drängte einen immer größer werdenden Teil der Bevölkerung in Beschäftigungsformen, die selbst bei Vollzeitbeschäftigung oft nicht mehr zum Unterhalt einer Durchschnittsfamilie ausreichten.

Das Konzept der Working Poor – und vor allem der Begriff – hat bereits in den frühen 1980er Jahren in den USA Eingang in den offiziellen politischen Sprachgebrauch und in die Statistik gefunden. Denn dort wurden auf Grund der geringen sozialstaatlichen Sicherung die Veränderungen des Arbeitsmarktes am raschesten spürbar. Seit 1996 veröffentlicht das US-amerikanische Bureau of Labor Statistics einen jährlichen Bericht zu den Working Poor in den USA, der auf einer Stichprobe von 50.000 bis 60.000 Haushalten beruht.<sup>2</sup>

Die Wahrnehmung einer neuen Armutproblematik in den reichen Ländern, die nun nicht mehr die klassischen Armen, sondern Berufstätige betraf, war ein Teil der aufkommenden Kritik am Neoliberalismus. Es wurde deutlich, dass eine lediglich am Selbstlauf des Marktes orientierte Globalisierung eine weltwirtschaftliche Armutproblematik auslöste, die sich nicht nur auf die Produktionsbedingungen in den Niedriglohnländern bezog (Stichworte: Wanderarbeit, Sonderwirtschaftszonen, Maquiladoras, industrielle Kinderarbeit), sondern in die Kernzonen der Beschäftigung in den entwickelten Ländern hineinreichte. Es ist deshalb kein Zufall, dass große globalisierungskritische Hilfsorganisationen, wie zum Beispiel Oxfam in Großbritannien, die ihr Haupteinsatzgebiet sonst in den armen Ländern des Südens haben, eigene Programme zur Bekämpfung der Armut im eigenen Land auflegten.<sup>3</sup> Das war ein demonstrativer Hinweis auf den Umstand, dass die Armutfolgen der Globalisierung nun auch in den entwickelten Ländern angekommen waren.

<sup>2</sup> <http://www.bls.gov/cps/earnings.htm#workpoor> [Stand: 31.5.2010].

<sup>3</sup> [http://www.oxfam.org.uk/oxfam\\_in\\_action/issues/poverty-in-the-uk.html](http://www.oxfam.org.uk/oxfam_in_action/issues/poverty-in-the-uk.html) [Stand: 31.5.2010].

Soweit diese Herausforderungen die staatlichen Institutionen sozialer Sicherung betrafen, die ja nach dem Zweiten Weltkrieg überwiegend unter Bedingungen der Vollbeschäftigung konzipiert worden waren, umriss der plakative Begriff von der „Krise des Sozialstaats“ die neue Situation. Wo die Antwort des Staates, wie etwa in der Bundesrepublik Deutschland, in einer durchgehenden Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen für den Anspruch auf soziale Leistungen bestand („Hartz-Gesetze“), waren es die Wohlfahrtsverbände und die Gewerkschaften, die die Auswirkungen dieser Regelungen thematisierten und auf eine der wesentlichen Folgen, nämlich die Erwerbsarmut infolge des Zwangs zur Annahme von Niedriglohnbeschäftigungen, hinwiesen.

Es begann also in den 1990er Jahren eine gesellschaftspolitische Debatte, die im Wesentlichen auf zwei Feldern stattfand: erstens im Bereich der Wohlfahrts- und Sozialverbände, die sich in ihrer praktischen Arbeit mit neuen Armutslagen, eben Armut trotz Erwerbsarbeit, konfrontiert sahen – erste Publikationen zum Thema wurden in den Niederlanden, in Frankreich und Deutschland um das Jahr 2000 veröffentlicht;<sup>4</sup> zweitens im Bereich staatlicher Politik, weil die klassischen Fürsorgesysteme weder finanziell noch organisatorisch für die neuen Armutsherausforderungen gerüstet schienen. Im Zusammenhang mit der Frage nach der Leistungsfähigkeit und zumal nach der Leistungsbereitschaft des Sozialstaates wurde auch das Thema der Verteilungsgerechtigkeit besonders akut.

Die Fokussierung auf die so genannten „Armutgefährdeten“, also jene, die unter 60 % des Medianeinkommens zu liegen kommen, darf freilich nicht den Blick darauf verstellen, dass Verarmungsängste und Statuspanik inzwischen auch die Mitte der Gesellschaft erfasst haben. Beschäftigungskrise und Krise des Sozialstaats haben erhebliche Auswirkungen auf die soziale Schichtung: Die Unterschicht (mit einem äquivalisierten Haushaltseinkommen von weniger als 70 % des Medians) nimmt deutlich zu, die Mittelschicht (70 bis 150 % des Medians) gerät wortwörtlich in die Klemme.<sup>5</sup> Damit haben wir nicht mehr nur ein sozialpolitisches Problem im engeren Sinn, sondern ein viel weitergreifendes verteilungspolitisches und schließlich ein sozialpsychologisches, auf das die Politik ebenfalls eine Antwort geben sollte.

<sup>4</sup> <http://infosys.iab.de/infoplattform/dokSelect.asp?pkyDokSelect=49&show=Lit> [Stand: 31.5.2010].

<sup>5</sup> Goebel, Jan / Gornig, Martin / Häußermann Hartmut: Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert, in: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 24/2010.



## 2.1 Akteure der Verteilungsdebatte

In die Verteilungsdebatte hatten sich in Österreich schon immer die Arbeiterkammer und der ÖGB eingebracht. Durch den starken wissenschaftlichen Apparat der Arbeiterkammer und durch das Gewicht des Statistischen Zentralamts – heute Statistik Austria – war die Debatte hierzulande stärker durch staatliche und halbstaatliche Stellen bestimmt, während sie in Deutschland und der Schweiz vor allem durch die Wohlfahrtsverbände, in Deutschland zusätzlich durch die Bundesanstalt für Arbeit sowie gewerkschafts- und SPD-nahe Stiftungen (Hans-Böckler-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung) geprägt war. Die Schweiz spielte überhaupt eine Pionierrolle im deutschsprachigen Diskurs über die Working Poor: Dort erschien bereits 1998 eine bahnbrechende Untersuchung der Caritas Schweiz unter dem sprechenden Titel „Trotz Einkommen kein Auskommen – *working poor* in der Schweiz“<sup>6</sup>, der weitere Studien folgten.<sup>7</sup>

Gerade die Sozialverbände stellten sich die Frage, wie Armut auch präventiv bewältigt werden kann, oder anders: welche Faktoren im Laufe der Zeit zu Armut führen können und wie man ihnen frühzeitig mit Maßnahmen begegnen kann. Aus dieser Perspektive entstand die dynamische Armutsforschung: Sie begnügt sich nicht mit einer Erfassung des Ist-Zustandes, sondern will die Dynamik von Armutsverläufen über längere Zeiträume erfassen und analysieren.

<sup>6</sup> Caritas Schweiz: Trotz Einkommen kein Auskommen – *working poor* in der Schweiz, Luzern: Caritas 1998.

<sup>7</sup> <http://www.socialinfo.ch/cgi-bin/dicopossode/show.cfm?id=750> [Stand: 31.5.2010].

Mit der dynamischen Armutsforschung gerieten also nicht nur die manifest Armen, sondern auch der viel weitere Personenkreis der Armutsgefährdeten ins Blickfeld. Dadurch wurde auch eine sozialpolitische Auseinandersetzung möglich, die über unmittelbare Sozialhilfe hinaus Maßnahmen zur Armutsvermeidung ins Zentrum des sozialwissenschaftlichen und des sozialpolitischen Interesses zu rücken begann.

Durch eine große Zahl nationaler Initiativen – in Österreich vor allem durch die jährlich stattfindende Armutskonferenz ([www.armutskonferenz.at](http://www.armutskonferenz.at)) – ist das Armutsthema so prominent geworden, dass das Jahr 2010 EU-weit zum „Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“<sup>8</sup>, kurz: zum Jahr der Armut, erklärt worden ist. Es war abzusehen, dass diese symbolische Festlegung Anlass für eine große Zahl medialer Berichte und wissenschaftlicher Studien (wie auch die vorliegende) sein würde. Unklar bleibt freilich, ob diesen Aktionsjahren auch längerfristige und nachhaltige sozialpolitische Maßnahmen folgen werden.

<sup>8</sup> <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=637> [Stand: 31.5.2010].



### 3. Forschungs- und Datenlage

#### 3.1 Wissenschaftliche Untersuchungen zur Erwerbsarmut

Im Zuge der Debatte um die Zukunft des Sozialstaates zeichnete sich in den 1990er Jahren ab, dass der Sozialstaat in Hinkunft nicht nur für die klassischen Armen – nämlich die vom Arbeitsmarkt ausgeschlossenen – Transferleistungen zu erbringen haben würde, sondern dass sich Armutslagen auch bei Erwerbstätigen verfestigten – Stichwort: Niedriglöhne. Daraus resultierte eine wachsende Zahl wissenschaftlicher Untersuchungen zu der Frage, wie sehr staatliche Sozialleistungen für Erwerbstätige herangezogen werden können beziehungsweise ob diese Sozialleistungen ausreichend sind, um Erwerbstätigen aus der Armut herauszuhelfen. Das übergeordnete Thema war, wie weit das Phänomen der Working Poor überhaupt verbreitet war.

In allen einschlägigen Untersuchungen geht es um Ausmaß und Struktur der Erwerbsarmut (Erwerbsbranchen, Qualifikation, Haushaltstypen). In einem weiteren Zusammenhang werden aber auch die institutionellen Rahmenbedingungen diskutiert, die auf Erwerbsarmut einwirken. Es sind dies

- ▶ die jeweiligen sozialen Sicherungssysteme
- ▶ die Lohn- und Arbeitsmarktpolitik, dabei auch die gewerkschaftlichen Lohnverhandlungssysteme
- ▶ sowie Sozialpolitik im weiteren Sinne, insbesondere Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familien- und Berufsarbeit.

In jüngerer Zeit hat sich das Interesse auf europäische Vergleiche verlagert, weil sich nämlich herausgestellt hat, dass die Gründe für Erwerbsarmut und der Verlauf von Armutskarrieren je nach sozialstaatlichen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sehr unterschiedlich sind.<sup>9</sup>

Für weitere Studien und Forschungsprojekte im deutschsprachigen Raum wird auf die umfangreiche Dokumentationswebsite des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg verwiesen.<sup>10</sup>



In Österreich wurde in den vergangenen Jahren eine Reihe von Untersuchungen zur Armutsthematik – und teilweise auch zu den Working Poor als einer Untergruppe der Armutgefährdeten – veröffentlicht. Verwiesen sei hier auf die Studien der Österreichischen Gesellschaft für Politik und Politikberatung, die unter anderem Länderberichte für Niederösterreich, Tirol und Kärnten publizierte, in denen auch auf Erwerbsarmut Bezug genommen wurde.<sup>11</sup>

Die beiden Bundesländer-Studien, die sich ausschließlich dem Thema „Working Poor“ widmeten, kommen aus Kärnten (2008) und Niederösterreich (2010). Beide sind im Auftrag der jeweiligen Arbeiterkammer durchgeführt worden. Die Kärntner Studie basiert im Wesentlichen auf Interviews mit rund 70 Personen.<sup>12</sup>

Die Studie zu Niederösterreich von Nikolaus Dimmel<sup>13</sup> schlägt einen methodisch gewagten, aber innovativen Weg ein, indem sie die Daten der niederösterreichischen Gebietskrankenkassa mit Angaben zu Haushalten zu verknüpfen versucht. Eine solche Verknüpfung ist direkt gar nicht möglich, da durch die erforderliche Anonymisierung der Daten eine Verbindung zwischen Einkommen und Haushaltssituation prinzipiell nicht hergestellt werden kann. Nikolaus Dimmel verbindet auf diese Weise die Zusammensetzung der Haushalte zu eruieren. Beim Haushaltseinkommen berücksichtigt er jedoch ausschließlich die unselbständigen Bruttoerwerbseinkommen der Haushaltsmitglieder laut GKK (mit den entsprechenden Netto-Werten), nicht jedoch allfällige selbständige Einkommen, Pensionen und Transferzahlungen (Familienbeihilfe, Wohnbeihilfe, Arbeitslosengeld, Notstandshilfe etc.).<sup>14</sup>

Dadurch sind die berechneten Ergebnisse im Hinblick auf die Armutgefährdung mit den Resultaten der EU-SILC-Erhebungen methodisch nicht kompatibel. Auf diese Weise bewegt sich die Niederösterreich-Studie im Wesentlichen auf die Frage zu, wie stark die Armutgefährdung ohne staatliche Transferleistungen wäre, also wie viele Menschen armutgefährdet wären, wenn ihre Haushalte lediglich auf das vorhandene Erwerbseinkommen angewiesen wären.

<sup>9</sup> OECD: In-Work Poverty: What can governments do?, in: OECD Observer – Policy Brief, September 2009.

<sup>10</sup> <http://infosys.iab.de/infoplattform/dokSelect.asp?pk=DokSelect=49&show=Lit> [Stand: 31.5.2010]

<sup>11</sup> Eine Aufstellung entsprechender Studien findet sich unter: <http://www.politikberatung.or.at/typo3/index.php?id=95>.

<sup>12</sup> Zavodnik, Uros (im Auftrag der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Kärnten): Working Poor. Armut trotz Erwerbstätigkeit, Klagenfurt Mai 2008.

<sup>13</sup> Dimmel, Nikolaus: Working Poor in Niederösterreich. Ergebnisse, Wien: AK NÖ 2010.

<sup>14</sup> Ebd., S. 6, besonders Anmerkung 16.

Wie die Armutslandschaft ohne Transferleistungen aussehen würde, ist zwar durchaus ein Thema, das auch die EU-SILC-Untersuchungen aufgreifen,<sup>15</sup> doch bleiben sie dabei nicht stehen, sondern kalkulieren in einem weiteren Schritt die armutsreduzierende und einkommensverteilende Wirkung staatlicher Transferleistungen. Erst mit diesem Gesamtbild ergibt sich ein realistischer Blick auf tatsächliche Einkommens- und Armutslagen.

Das 2009 erschienene „Handbuch Armut in Österreich“ widmete den Working Poor nur einen kurzen Abschnitt.<sup>16</sup> Er gibt lediglich die Übersichtsdaten aus EU-SILC 2006 zu Haupttätigkeit, Bildung, beruflicher Stellung und Staatsbürgerschaft armutsgefährdeter (unselbständiger) Erwerbstätiger wieder, liefert aber keine differenzierteren Angaben etwa zu Branchen, Haushaltsgrößen, Alter, Migrationshintergrund und vor allem auch nicht zu den einzelnen Bundesländern.

### 3.2 Durchbruch mit EU-SILC

Im Hinblick auf die gesamte Armutsdebatte in der Europäischen Union bedeutete die EU-SILC-Datenerhebung ab 2003 einen Durchbruch. Denn sie stellte nun in großem Ausmaß systematisierte und vergleichbare Daten zur Verfügung. Ihr Vorgänger war seit 1994 die Statistik des Haushaltspanels der Europäischen Gemeinschaft (European Community Household Panel – ECHP) gewesen. Die aus der ersten SILC-Erhebung resultierende Studie „Bericht über die soziale Lage 2003-2004“ des Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (Wien 2004) bedeutete in Österreich einen Meilenstein in der Verteilungs- und Armutsdebatte.

Seit 2003 werden nun jährlich in Österreich, wie auch in anderen Staaten der Europäischen Union, die EU-SILC-Erhebungen durchgeführt. SILC ist die Abkürzung für „Community Statistics on Income and Living Conditions“, das bedeutet „Gemeinschaftsstatistiken über Einkommen und Lebensbedingungen“. Damit stehen regelmäßig aktualisierte Zahlen zu den Einkommenslagen von Haushalten zur Verfügung, also Daten zu Einkommenshöhen, -quellen und -verteilung, wobei zusätzlich Daten zur Wohnsituation, zu Ausgaben für das Wohnen, zur Ausstattung der Haushalte, zur Beschäftigungssituation der Haushaltsmitglieder, zu Migrationshintergrund, aber auch Alter, Bildung, Gesundheit,

<sup>15</sup> Siehe hierzu Statistik Austria (2009): EU-SILC 2008, Tabellenband, Tab. 5.1a (dazu Kapitel 5.4 der vorliegenden Studie).

<sup>16</sup> Fink, Marcel: Erwerbslosigkeit, Prekarität (Working Poor) und soziale Ungleichheit/Armut, in: Dimmel, Nikolaus / Heitzmann, Karin / Schenk, Martin (Hg.): Handbuch Armut in Österreich, Innsbruck 2009, S.198-210, hier S. 204-208.

Lebenszufriedenheit usw. erhoben werden. In ganz Österreich nehmen jetzt jährlich über 6.000 Haushalte an dieser Erhebung teil.<sup>17</sup>

Da in diesen Erhebungen die Haushaltseinkommen auch nach ihrer jeweiligen Quelle erhoben werden – Erwerbseinkommen, Kapitaleinkommen (Mieten, Pacht, Zinserträge), diverse Transfereinkommen von Seiten der öffentlichen Hände sowie Pensionen –, lässt sich ersehen, in welchem Ausmaß Erwerbseinkommen für den Unterhalt der Familie zur Verfügung stehen beziehungsweise in welchem Ausmaß Transfer- und Pensionseinkommen zum Gesamteinkommen beitragen. Man kann also das Gewicht von Erwerbseinkommen ermitteln und damit feststellen, ob Erwerbseinkommen allein zum Unterhalt eines Haushaltes oberhalb der Armutsgrenze beitragen oder nicht. Anders gesagt: Es lässt sich statistisch bestimmen, was passieren würde, wenn lediglich die Erwerbseinkommen zur Verfügung stünden und beispielsweise keine Kinderbeihilfen oder Zahlungen aus der Arbeitslosenversicherung bezogen werden könnten.

Das Thema „Working Poor“ wird in den EU-SILC-Untersuchungen im Rahmen der Entstehungszusammenhänge von Armut dargestellt. Drei Faktoren, die das Armutsrisiko beeinflussen, werden analysiert: Erwerbsarbeit, familiäre Lebensverhältnisse (Zusammensetzung des Haushalts) sowie staatliche Sozialleistungen. Für die Working Poor sind alle drei Faktoren relevant. An prominenter Stelle im Zusammenhang mit „Erwerbsarmut“ steht natürlich die Erwerbsarbeit.

Neben den durch Befragung erhobenen EU-SILC-Daten stehen zur Analyse von Einkommensverhältnissen die jährlichen Daten der Lohn- und der Einkommensteuerstatistik zur Verfügung. Hier handelt es sich im Gegensatz zu den EU-SILC-Daten, die auf einer repräsentativen Auswahl von Haushalten beruhen, um eine Vollerhebung. Wir erfahren also, wie sich die individuellen Einkommen darstellen – nach Geschlecht, Wohnbezirk, Beschäftigungsausmaß, Bezugsdauer usw. Wir erfahren aus dieser Statistik aber nicht, in welchen Haushalten die einzelnen Personen leben und wie sich somit die gesamten Einkommensverhältnisse des jeweiligen Haushalts gestalten. Aus der Lohn- und Einkommensteuerstatistik allein können somit keine direkten Angaben zu Armutsgefährdung oder zu akuter Armut gemacht werden, wohl aber zu geschlechterspezifischen Lohndifferenzen, zur Verteilung des volkswirtschaftlichen Lohneinkommens oder zu Unterschieden nach Bundesländern oder Wirtschaftsregionen.

<sup>17</sup> Statistik Austria: Standard-Dokumentation Metainformationen (Definitionen, Erläuterungen, Methoden, Qualität) zu EU-SILC 2007, Wien 2009, S. 24, T. 5.



## 4. Wer sind die Working Poor? – Zum Begriff

„Working Poor“ hat sich in der deutschen Sprache rasch als Schlagwort durchgesetzt, fast so rasch und selbstverständlich, wie es mit englischen Wörtern in der Musik- oder Internetbranche geschieht. Das gibt dem Begriff etwas Modisch-Oberflächliches – zu Recht, wie wir sehen werden – und gleichzeitig etwas Marktschreierisch-Modernes, das ihm eine Aufmerksamkeit verschafft, die er in seiner deutschen Entsprechung allein wohl kaum erzielen würde. Rund 30.000 Mal findet sich „Working Poor“, wenn man die beiden Wörter zusammen googelt, inzwischen auf deutschsprachigen Websites (Stand: Mai 2010). Wer sind also die so genannten Working Poor, die (in wörtlicher Übersetzung) „arbeitenden Armen“ beziehungsweise die „Erwerbsarmen“, wie der Begriff in der sozialwissenschaftlichen Literatur meist eingedeutscht wird? Wie wird man „erwerbsarm“? Und ist „Erwerbsarmut“ ein Dauerzustand, oder kann sie auch zeitweilig auftreten?

In einer flotten deutschen Übersetzung wird „working poor“ gelegentlich als „arm trotz Arbeit“ wiedergegeben. Damit haben wir auch schon die beiden Elemente des Konzepts, die wir bestimmen müssen: Wann ist man arm? Und was gilt als Arbeit?

### 4.1 Wer ist arm?

Es gibt grundsätzlich zwei Möglichkeiten, Armut zu definieren: Zum einen kann man einen Warenkorb zusammenstellen, der die unbedingt erforderlichen Produkte und Dienstleistungen für eine Person, also den Minimalverbrauch, festlegt. Doch da stellen sich schon Fragen, die kaum zur allgemeinen Zufriedenheit zu lösen sind, etwa: Welche kulturellen Güter (Theater, Kino, Bücher) sollen einbezogen werden, oder welche Ausgaben für Mobilität (Reisen, Fahrzeugkosten)? Immer ist auch das Problem zu klären, wie sich die Minimalerfordernisse ändern, wenn Menschen in einem gemeinsamen Haushalt leben. Denn Zusammenlebende haben pro Kopf einen geringeren Aufwand als Alleinstehende.

Die andere Möglichkeit besteht darin, Armut im Verhältnis zum durchschnittlichen Wohlstand einer Gesellschaft zu definieren. Man geht in diesem Falle nicht von den absoluten Werten eines Warenkorbes aus, sondern legt eine Grenze im Verhältnis zum allgemeinen Wohlstand fest, unterhalb derer Personen als armutsgefährdet oder als tatsächlich arm gelten. Armut wird somit relativ bestimmt. Das ist die Methode, nach der die EU-Statistiken verfahren.

Es ist wichtig, dass bei einer solchen – also relativen – Feststellung von Armut immer das Haushaltseinkommen herangezogen wird und nicht das Individualeinkommen. Denn würde das jeweilige Individualeinkommen herangezogen werden, so müsste zum Beispiel ein beschäftigungsloser Jugendlicher, der mit seinen gutverdienenden Eltern in einem gemeinsamen Haushalt lebt, als arm gelten. Dasselbe gälte im Falle eines Ehepaares, bei welchem der eine Partner nicht oder nur geringfügig berufstätig wäre, der andere aber gut verdient.

#### 4.1.1 Das „Haushaltsäquivalenzeinkommen“

Wenn man also das Haushaltseinkommen zur Grundlage der Armutsbestimmung macht, dann muss der Bedarf der Haushaltsmitglieder unterschiedlich gewichtet werden, da sich bei Mehrpersonenhaushalten Einsparungseffekte ergeben. Man hat ja davon anzugehen, dass ein Kind im Durchschnitt weniger braucht als ein Erwachsener und dass ein zusätzlicher Erwachsener im Haushalt nicht dieselben Kosten verursacht wie ein alleinstehender. Hierzu verwenden die Statistiken der EU-Länder, also auch die der Statistik Austria (des früheren Statistischen Zentralamts), die so genannte Eurostat-Gewichtung (Eurostat ist die Statistikbehörde der EU): Die erste erwachsene Person im Haushalt wird demzufolge mit 1,0 gewichtet, jede weitere Person über 14 Jahren mit 0,5 und jedes Kind unter 14 mit 0,3. Eine Gewichtung nach diesem Muster hat den Vorteil, dass europäische Einkommens- und Armutsvergleiche möglich sind, sie ist aber letztlich willkürlich und – wie wir noch sehen werden – nicht unproblematisch.

Hier nun ein Beispiel für die Berechnung eines solchen Haushaltseinkommens und der Verteilung auf die Personen. Nehmen wir ein Paar mit drei Kindern (unter 14 Jahren) und einer Großmutter im gemeinsamen Haushalt. Nehmen wir weiter an, dass von den beiden erwerbsfähigen Erwachsenen eine/r € 25.000,- netto im Jahr verdient, die/der andere € 10.000,- netto und dass noch Familienbeihilfen einschließlich aller Sonderzahlungen in Höhe von € 6.800,- sowie eine Mindestrente der Großmutter und ein kleines Einkommen aus Verpachtung von insgesamt € 11.000,- dazukommen.

Bei der Berechnung des Haushaltseinkommens werden alle verfügbaren Einkommen zusammengenommen, somit Nettolöhne und -gehälter, Zins- und Miet-einkommen sowie sämtliche Transferleistungen (einschließlich Stipendien oder Unterhaltszahlungen). Wir haben im vorliegenden Fall also ein gesamtes (aggregiertes) Haushaltseinkommen nach Steuern und Sozialabgaben von netto € 52.800,- pro Jahr.

Dieses Einkommen können wir nun nicht einfach durch die Zahl der Personen, also durch sechs, dividieren, um das Pro-Kopf-Einkommen zu ermitteln, sondern wir müssen die Personen gewichten. Der oder die erste Erwachsene zählt (weil er/sie die Grundkosten des Haushalts mittragen muss) mit 1,0; jede weitere Person über 14 Jahre zählt mit 0,5 und jedes Kind bis 14 Jahre mit 0,3. Das ergibt in unserem Fall einen Gesamtfaktor von  $1 + (2 \times 0,5) + (3 \times 0,3) = 2,9$ . Wenn wir nun das Haushaltseinkommen von € 52.800,- durch 2,9 dividieren, dann erhalten wir ein (gewichtetes) Pro-Kopf-Einkommen von € 18.207,- pro Jahr. Wir sprechen hier von einem „äquivalisierten“, d.h. gleichwertig gemachten, Einkommen beziehungsweise vom so genannten Haushaltsäquivalenzeinkommen.

Es kann gar nicht genug betont werden, dass es sich bei diesem äquivalisierten Haushaltseinkommen nicht um einen realen, sondern um einen fiktiven Wert handelt. In der Wirklichkeit kommt er sozusagen gar nicht vor. Er existiert lediglich in unserem Kopf – als Folge der gewählten Gewichtungsfaktoren und um einen Vergleich der Haushalte angesichts unterschiedlicher Zusammensetzungen zu ermöglichen.

#### 4.1.2 Das „Medianeinkommen“

Diese Haushaltsäquivalenzeinkommen sind die Vergleichsbasis für die gesamte Armutsberechnung. Wenn alle Haushaltseinkommen in Österreich, oder auch in einem einzelnen Bundesland, ermittelt und nach dieser Methode gewichtet worden sind, dann ist es möglich, den so genannten Median oder „Zentralwert“ zu bestimmen. Das ist jener Wert, der in einer Reihe genau in der Mitte liegt: Das heißt, 50 % der Haushalte haben ein höheres gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen und 50 % ein niedrigeres als diesen „Zentralwert“ oder Median. Gegenwärtig (2008) beträgt dieser Wert in Österreich € 19.011,- im Jahr beziehungsweise € 1.584,- im Monat.<sup>18</sup>

<sup>18</sup> Statistik Austria (2009): EU-SILC 2008, Textband, S. 55.

Den Median zieht nun die Statistikbehörde der EU (Eurostat) und damit auch die österreichische Statistik heran, um die armen Haushalte zu definieren. Durch eine Übereinkunft ist festgelegt worden, dass Haushalte mit einem Äquivalenzeinkommen, das weniger als 60 % des Medianeinkommens ausmacht, als armutsgefährdet gelten. In Österreich beträgt dieser Schwellenwert € 951,- pro Monat bzw. € 11.406,- pro Jahr (2008).<sup>19</sup>

#### 4.1.3 Armut ist relativ

Wir haben es hier also mit einem Konzept zu tun, das nicht von absoluter, sondern von relativer Armut ausgeht. Armut wird im Verhältnis zum durchschnittlich herrschenden Wohlstand definiert. Auf diese Weise sagt uns die Zahl jener, die unter der so bestimmten Armutsgrenze leben, etwas über die Einkommensverteilung in der Gesellschaft aus, jedoch nichts über die tatsächliche materielle Erfüllung oder Nichterfüllung bestimmter Bedürfnisse. Dazu nur eine kurze Überlegung: Wenn die Einkommen aller österreichischen Haushalte schlagartig und gleichmäßig um 20 % schrumpfen würden, gäbe es nach dieser Berechnungsmethode überhaupt keine zusätzlichen Armutsgefährdeten im Land, da ja nach wie vor gleich viele Personen unter 60 % des (jetzt eben niedrigeren) Medianeinkommens zu liegen kämen. Und selbst wenn, anders herum, sämtliche Haushaltseinkommen in Österreich gleichmäßig um 20 % erhöht würden, würde das die Zahl der armutsgefährdeten Personen nicht senken, weil immer noch gleich viele mit ihren (gewichteten) Einkommen unter 60 % des Medianwerts lägen. Kurz: Armut bzw. Armutsgefährdung wird in diesem Konzept nicht durch absolute Werte oder konkrete Konsumniveaus bestimmt, sondern durch relative Werte, nämlich durch den Abstand des jeweiligen Einkommens von dem, was in der Mitte der Gesellschaft zur Verfügung steht.



<sup>19</sup> Ebd., S. 49.

#### 4.1.4 Politik der Definitionen

Wir haben bei diesem Verfahren also zwei Willkürlichkeiten: erstens einmal, dass die Armutsgefährdungsgrenze bei 60 % des Medianeinkommens festgelegt wird und nicht etwa bei 50 % oder bei 70 % (im ersten Fall hätten wir weniger Armutsgefährdete und im zweiten Fall mehr). Die zweite Willkürlichkeit liegt in der Gewichtung der Haushaltsmitglieder: Ein Faktor von 0,5 für jede zusätzliche Person über 14 Jahre und von 0,3 für ein Kind unter 14 Jahren ist eine willkürliche Festlegung. Sie dürfte gerade bei armen Haushalten nicht sehr realistisch sein. Denn die Grundansprüche eines Kindes oder eines zusätzlichen Erwachsenen sind ja für Arm und Reich gleich – nur schlagen sie in einem armen Haushalt anteilmäßig viel stärker zu Buche als in einem wohlhabenden.

Es ist erwähnenswert, dass in den Verfahren, die von der OECD früher angewandt worden und dem jetzigen System von Eurostat vorausgegangen sind, anders gewichtet wurde: ein zusätzliches Haushaltsmitglied ab 15 Jahren mit 0,7 und ein Kind mit 0,5.<sup>20</sup> Das bedeutet, dass sich bei Anwendung der alten Methode (und bei einer gleichbleibenden Grenze von 60 % des Medianeinkommens) höhere Armutszahlen ergeben würden. Denn die Faktorsummen in mehrköpfigen Haushalten würden sich erhöhen und die äquivalisierten Pro-Kopf-Einkommen dadurch sinken. Solche Gewichtungsfragen haben also durchaus einen politischen Aspekt, weil sie darüber mitentscheiden, wie viele Menschen als armutsgefährdet gelten oder eben nicht.

Es wird deshalb unter Sozialstatistikern durchaus darüber debattiert, ob man bei bestimmten Haushaltsgruppen die Gewichtung bei der Berechnung der Äquivalenzeinkommen nicht verändern – und das heißt in der Regel: erhöhen – sollte: etwa bei armen Haushalten oder bei Pensionistenhaushalten. Denn dort schlägt jedes Haushaltsmitglied bei den Ausgaben in der Regel stärker zu Buche als in Haushalten durchschnittlichen Wohlstands und jüngerer Erwachsener. Das würde dann ein anderes Armutsbild und damit auch andere Konsequenzen für sozialpolitische Maßnahmen ergeben.

<sup>20</sup> Bruckmeier, Kerstin / Graf, Tobias / Rudolph, Helmut: Working Poor: Arm oder bedürftig? IAB Discussion Paper Nr. 34, Nürnberg 2008, S. 8, Anm. 9.

Abschließend ist festzuhalten, dass es in öffentlichen Debatten und in medialen Darstellungen auf der Basis der EU-SILC-Erhebungen zu mancherlei flachen Popularisierungen gekommen ist. Vor allem wurde die im EU-SILC-Konzept festgelegte Schwelle der Armutsgefährdung von 60 % des äquivalisierten Haushaltseinkommens oft mit einem absoluten Wert für Armut verwechselt. Es wurde eben übersehen, dass es sich bei dieser 60-Prozent-Grenze im Wesentlichen um einen Marker handelt, der etwas über Einkommensverteilung (und damit über relative Armut) aussagt, aber nicht um eine Größe zur Bestimmung tatsächlicher Notlagen auf der Basis eines Warenkorb.

Derselbe unkritische Umgang trifft auch auf das so genannte äquivalisierte Haushaltseinkommen zu: Die dort verwendeten Faktorgrößen für Haushaltsvorstand, weitere Erwachsene sowie Kinder im Haushalt sind mehr oder weniger willkürlich und dürfen nicht mit objektiven Messgrößen zur Bestimmung des Armutsniveaus von Haushalten verwechselt werden.

#### 4.2 Armut und Armutsgefährdung

Wie wir gesehen haben, kann eine relative Bestimmung von Armut (im Verhältnis zum durchschnittlichen Wohlstand einer Gesellschaft) keine Auskunft über dauerhafte schwere Mängel bei der Befriedigung wesentlicher Konsumbedürfnisse geben – also über das, was wir im allgemeinen Sprachgebrauch als „Armut“ bezeichnen. Die Statistik spricht darum auch nur von „Armutsgefährdung“ bzw. von der „Armutsgefährdungsschwelle“ (60 % des äquivalisierten Medianeinkommens). Sie zieht noch weitere Schwellen ein: Bei unter 70 % des Medianeinkommens gilt ein Haushalt als „leicht armutsgefährdet“, bei unter 50 % als „erhöht armutsgefährdet“.

#### 4.2.1 Wie wird Armut definiert?

Um festzustellen, ob ein Haushalt tatsächlich als arm gelten muss, werden von der österreichischen Statistik zusätzliche Indikatoren herangezogen, die auch bei den EU-SILC-Erhebungen abgefragt werden. Dabei geht es nicht – wie beim beschriebenen Konzept der Armutsgefährdung – um eine einkommensseitige Sicht, sondern um eine ausgabenseitige: nämlich um die Leistbarkeit der Deckung von Lebensbedürfnissen, deren Erfüllung von einer überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung als absolut nötig angesehen wird. Wenn von den folgenden sieben Merkmalen mindestens zwei nicht erfüllt sind, dann spricht man von „finanzieller Deprivation“, also von Verarmung im Sinne einer mangelnden finanziellen Deckung minimaler Lebensansprüche:<sup>21</sup>

- ▶ angemessene Beheizung der Wohnung
- ▶ Begleichung regelmäßiger Zahlungen (v. a. Miete, Betriebskosten)
- ▶ notwendige Arzt- oder Zahnarztbesuche
- ▶ Begleichung unerwarteter Ausgaben (z.B. Reparaturen)
- ▶ Kauf erforderlicher neuer Kleidung
- ▶ jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch, Geflügel oder vegetarische Speisen essen
- ▶ einmal im Monat Freunde oder Verwandte nach Hause zum Essen einladen.



Die Gruppe der Personen, die sich die Erfüllung von zwei oder mehreren dieser Anforderungen nicht leisten können, ist nicht mit jenen identisch, die unter die oben beschriebene Armutsgefährdungsschwelle von 60 % des (äquivalisierten) Medianeinkommens fallen. Denn Merkmale finanzieller Deprivation können aus verschiedenen Gründen auch auf Haushalte zutreffen, die über dieser Grenze liegen: etwa weil Kredite aus früheren Verschuldungssituationen bedient werden müssen, hohe Behandlungskosten selbst getragen werden müssen, keine Ersparnisse für erforderliche größere Reparaturen vorhanden sind usw. Wenn man jedoch die beschriebenen – ausgabenseitigen – Armutsmerkmale mit dem – einkommensseitigen – Armutsgefährdungskonzept (60-Prozent-Grenze des Medianeinkommens) kombiniert, dann erhält man eine einigermaßen realistische Auskunft darüber, bei wie vielen Menschen Armutsgefährdung tatsächlich zu Armut wird. In Österreich sind das knapp 400.000 Menschen oder 5 % der Bevölkerung.<sup>22</sup>

<sup>21</sup> Zu dieser weiteren Festlegung von Armutsindikatoren siehe Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz: Sozialbericht 2007-2008. Ressortaktivitäten und sozialpolitische Analysen, Wien Jänner 2009, S. 248-9 (Kap. 16 Armutsgefährdung); Statistik Austria: Armutslagen und Chancen für Eingliederung in Österreich. Indikatoren für das Monitoring des nationalen Strategieplans 2008-11, Wien Okt. 2009, S. 20.

<sup>22</sup> Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz, a.a.O., S. 250.

Neben diesen Merkmalen finanzieller Deprivation werden inzwischen weitere Ergebnisse statistischer Erhebungen herangezogen, die gravierende soziale Mängellagen von Personen und Haushalten erfassen: etwa soziale Isolation, Krankheit, Zustand der Wohnung oder mangelnde Eingliederung der Kinder.<sup>23</sup>

#### 4.3 Wer gilt als erwerbsarm?

Aufgrund der EU-SILC-Erhebungen ist es möglich, die armen Haushalte nach zahlreichen sozialstatistischen Kriterien zu unterscheiden und zu gruppieren. In unserem Zusammenhang der „Working Poor“ geht es um die Herauslösung jener armutsgefährdeten (oder manifest armen) Haushalte, in denen ein oder mehrere Mitglieder ein Erwerbseinkommen (selbständig oder unselbständig) haben. Dabei werden in den Statistiken die 20- bis 64-jährigen Erwerbstätigen in Betracht gezogen.

Doch hier fangen die Schwierigkeit an. Beispiele: Wenn ein Haushaltsmitglied sehr gut verdient, die anderen jedoch wenig bis gar nichts und der Haushalt dadurch unter die statistische Armutsgefährdungsschwelle gerät, ist dieser Haushalt dann den Working Poor zuzurechnen? Wenn eine Person im Haushalt nur Teilzeit arbeitet – also von vornherein kein existenzsicherndes Erwerbseinkommen erzielen kann – und alle anderen erwerbslos sind, handelt es sich dann um einen Working-Poor-Haushalt?

Die Antwort in allen diesen Fällen ist – statistisch gesehen – ja. Denn die Statistik erfasst erst einmal alle Haushalte, in denen es in irgendeiner Form ein Erwerbseinkommen gibt. Bis zu den Erhebungen 2006 war das Kriterium eine Erwerbstätigkeit von mindestens einer Stunde pro Woche zum Zeitpunkt der Erhebung (Labour-Force-Konzept). Ab der Berichterstattung 2007 gelten in Österreich jene Personen im Erwerbsalter (20 bis 64 Jahre) als „working poor“ oder „erwerbsarm“, die in einem armutsgefährdeten Haushalt leben und im Laufe des ganzen Vorjahres zumindest einen Monat erwerbstätig waren – und zwar egal, ob Voll- oder Teilzeit.<sup>24</sup>

<sup>23</sup> Ebd., S. 249-258, bes. S. 257 f. (tabellarische Übersicht).

<sup>24</sup> Statistik Austria (2009): EU-SILC 2008, Textband, S. 58 f.

Individuelle „Erwerbsarmut“ bedeutet nach diesem Konzept deshalb eben nicht, dass eine Person per se ein derart niedriges (Vollzeit-)Erwerbseinkommen hat, dass sie nicht über die Armutsgefährdungsschwelle hinauskommt. Sondern es bedeutet, dass diese Person – unabhängig von ihrem Erwerbseinkommen – in einem Haushalt lebt, dessen Gesamteinkommen (aus sämtlichen Quellen), auf alle seine Mitglieder bezogen, nicht aus der Armutsgefährdung herausführt. Wir haben in diesem Konzept also eine Vermischung von individueller und kollektiver Einkommensdimension sowie eine Vermengung der Einkommensarten eines Haushalts.

Nach dieser Definition gab es in Österreich im Jahr 2008 rund 247.000 Erwerbsarme – also Menschen, die trotz vorjähriger Erwerbstätigkeit armutsgefährdet waren –, das sind 6,7 % aller Erwerbstätigen im Erwerbsalter (= 3.679.000). Der Prozentanteil liegt bei Frauen (7 %) etwas höher als bei Männern (6 %). Fast jede/r zweite Armutsgefährdete (46 %) im Erwerbsalter zählt so zu den „Working Poor“.<sup>25</sup>

Österreichweit machen diese 247.000 armutsgefährdeten Erwerbstätigen („Erwerbsarmen“) 24,2 % der insgesamt armutsgefährdeten Personen (1.018.000) aus.

Betrachtet man, wie in der nebenstehenden Übersicht, die Erwerbsarmen grob nach Alter, dann sieht man, dass jüngere Männer ein etwas geringes Risiko haben, „working poor“ zu sein, als ältere. Bei Frauen hingegen verteilt sich das Risiko ziemlich gleichmäßig auf jüngere und ältere.

<sup>25</sup> Statistik Austria (2009): EU-SILC 2008, Textband, S. 59.

„Working Poor“ in Österreich:  
Erwerbstätige im Erwerbsalter nach Armutsgefährdung (2008)<sup>26</sup>

	Erwerbstätige im Erwerbsalter				
	Gesamt in 1.000	Nicht armutsgefährdet		Armutsgefährdet „working poor“ <sup>(1)</sup>	
		in 1.000	Anteil in %	in 1.000	Anteil in %
Insgesamt	3.679	3.432		247	
Männer			100		100
20-39 Jahre	940	884	46	56	43
40-64 Jahre	1.102	1.027	54	75	57
Frauen			100		100
20-39 Jahre	735	676	44	59	51
40-64 Jahre	902	845	56	56	49

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. 1) Personen im Erwerbsalter (20-64), die im Verlauf des Referenzjahres 2007 zumindest ein Monat Vollzeit oder Teilzeit erwerbstätig waren und armutsgefährdet sind. Ohne Personen, die 2007 mehr als sechs Monate arbeitslos waren.

25 %, nämlich 61.000, der gesamten Erwerbsarmen (247.000) haben keine österreichische Staatsbürgerschaft, von diesen wiederum sind etwas über 70 % (nämlich 45.000) aus Nicht-EU- oder Nicht-EFTA-Ländern.

<sup>26</sup> Statistik Austria (2009): EU-SILC 2008, Textband, S. 58.

Erwerbstätige im Erwerbssalter nach Armutsgefährdung und Staatsbürgerschaft (2008)<sup>27</sup>

	Erwerbstätige im Erwerbssalter				
	Gesamt in 1.000	Nicht armutsgefährdet		Armutsgefährdet „working poor“ <sup>1)</sup>	
		in 1.000	Anteil in %	in 1.000	Anteil in %
Insgesamt	3.679	3.432	100	247	100
Staatsbürgerschaft					
Österreich	3.282	3.096	90	186	75
davon:					
seit Geburt	3.137	2.970	87	167	68
eingebürgert	145	126	4	19	8
Nicht-Österreich	397	336	10	61	25
davon:					
EU/EFTA	151	136	4	15	6
sonstiges Ausland	246	200	6	45	18

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. – 1) Personen im Erwerbssalter (20-64), die im Verlauf des Referenzjahres 2007 zumindest ein Monat Vollzeit oder Teilzeit erwerbstätig waren und armutsgefährdet sind. Ohne Personen, die 2007 mehr als sechs Monate arbeitslos waren.

Die Quote der armutsgefährdeten Erwerbstätigen dürfte in Vorarlberg auf Grund der größeren Ungleichheit der Einkommensverteilung (siehe Kapitel 5.2) etwas größer sein als im übrigen Österreich, wo sie – wie wir gesehen haben – rund ein Viertel der Gesamtzahl der Armutsgefährdeten beträgt (siehe Kapitel 4.3). Direkte empirische Daten aus den EU-SILC-Erhebungen sind jedoch für Vorarlberg nicht genügend aussagekräftig, da angesichts des Gesamtsamples von 235 untersuchten Vorarlberger Haushalten mit insgesamt 620 befragten Personen die Fallzahl der armutsgefährdeten Haushalte (18,2 %, das entspricht 43 Haushalten) für einigermaßen verlässliche Detail-Hochrechnungen zu gering ist (siehe Kapitel 5.1).<sup>28</sup>

<sup>27</sup> Statistik Austria (2009): EU-SILC 2008, Textband, S. 60.

<sup>28</sup> Statistik Austria: Methoden und Vergleiche zu EU-SILC 2008, Wien 2009, S. 10.

#### 4.3.1 Erwerbsstatus und Erwerbsdauer

Unter dem Gesichtspunkt der Erwerbsbeteiligung<sup>29</sup> können wir zwischen zwei Gruppen von Working-Poor-Haushalten unterscheiden: erstens solchen, in denen Mitglieder Erwerbsarbeit leisten, aber einschließlich der Sozialtransfers keine Einkommen beziehen, die den Haushalt über die Armutsgefährdungsgrenze bringen; zweitens solchen, die über einen kürzeren Zeitraum Zahlungen aus der Arbeitslosenversicherung beziehen und dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Auch diese Arbeitslosen sind also unter die „Working Poor“ zu zählen, da ihr Status ein Aspekt ihres Erwerbslebens ist und sie dem Arbeitsmarkt, im Gegensatz etwa zu armen Pensionsbezieher/innen, zur Verfügung stehen. Sie sind also erwerbsfähig und -willig. Abgesehen davon teilen Arbeitslose in einer erheblichen Zahl von Fällen grundsätzliche soziodemografische Merkmale mit Working Poor: geringe Qualifikation, keine vollständige Erwerbsbiografie auf Grund von Familienpflichten, Migrationshintergrund, Dequalifizierung beim Wiedereinstieg in den Beruf, Alter.

Erwerbstätige in Working-Poor-Haushalten müssen andererseits auch nach dem Erwerbsstatus unterschieden werden. Dabei sind Merkmale wichtig wie: War mindestens eine Person im Haushalt das ganze Jahr über Vollzeit erwerbstätig? Oder waren die Erwerbspersonen des Haushaltes ausschließlich das ganze Jahr über Teilzeit erwerbstätig? Wenn ja, entsprechen die Teilzeitbeschäftigungen summiert einer Vollzeitbeschäftigung oder nicht? Sind die Erwerbspersonen des Haushaltes zwar Vollzeit beschäftigt, aber nur während eines Teils des Jahres?

#### 4.3.2 Haushaltseinkommen definiert Erwerbsarmut

Zu den Arbeitseinkommen gibt es in sehr vielen Fällen Transfereinkommen, das sind Familienleistungen wie Familienbeihilfe und Kindergeld oder Sozialleistungen wie Sozialhilfe und Wohnungsbeihilfe, schließlich auch Pensionen und Renten. Erst auf der Basis des gesamten Haushaltseinkommens kann bestimmt werden, ob jemand mit seinem Erwerbseinkommen zu den Working Poor gerechnet werden kann oder nicht.

<sup>29</sup> Erwerbspersonen umfassen Erwerbstätige und Arbeitslose (nach Labour-Force-Konzept).

Jemand, dessen Netto-Einkommen ihn/sie zu einem/einer Working Poor machen würde, wenn er/sie in einem Ein-Personen-Haushalt lebte, kann durch Transfer-einkommen des gesamten Haushalts über die Armutgefährdungsgrenze hinausgehoben werden. Umgekehrt kann eine relativ gut verdienende Person, die alleinstehend nicht als armutsgefährdet gälte, durch die materielle Lage und die Zusammensetzung des Haushalts zu einem/einer Working Poor werden.

Grundsätzlich ist also für die Frage, ob jemand zu den Working Poor zählt, die Höhe des individuellen Einkommens, sodann aber auch die Anzahl und die materielle Lage der anderen Haushaltsmitglieder ausschlaggebend. Es geht immer um (gewichtete) Haushaltseinkommen pro Kopf und nicht um Individualeinkommen, wenn man feststellen will, ob jemand Working Poor ist.

Die angeführten Beispiele haben gezeigt, dass ein Konzept der „Working Poor“, in welchem Erwerbsstatus und Haushaltseinkommen kombiniert werden, nur beschränkt aussagekräftig ist. Nach diesem Konzept werden aber in den gängigen EU-SILC-Statistiken die „Erwerbsarmen“ erfasst.

Es gäbe jedoch auch andere Möglichkeiten, „Erwerbsarmut“ statistisch zu erfassen, so dass die Ergebnisse klarer und für die Formulierung von Maßnahmen handhabbarer würden.

#### 4.4 Andere Methoden zur Bestimmung der Working Poor – USA und Schweiz

Wir haben gesehen, dass das EU-SILC-Konzept zur Bestimmung der Working Poor methodisch problematisch ist. Denn es kombiniert eine individuelle Ebene – das persönliche Erwerbseinkommen – mit einer kollektiven Ebene – dem gesamten Haushaltseinkommen einschließlich Transfers.<sup>30</sup> Dadurch wird der Unterschied zwischen individuellen Lebensbedingungen und denen des gesamten Haushalts unscharf; dadurch verschwimmen ebenso die Grenzen zwischen arbeitsmarktbezogenen und sozialpolitischen Faktoren des Einkommens. Andere Konzepte sind da eindeutiger.

<sup>30</sup> Siehe Krenn, Manfred: Working Poor in Europe – Austria, Wien: FORBA Apr. 2010 (= Länderbericht Österreich zum Report der European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (Hg.): Working Poor in Europe, Dublin 2010); <http://www.eurofound.europa.eu/ewco/studies/tn0910026s/at0910029q.htm> [Stand: 31.5.2010].

Das US-amerikanische zum Beispiel – das überhaupt den Begriff der „Working Poor“ verbreitet hat – berücksichtigt ausschließlich Menschen mit individuellen Niedrigeinkommen bei einer bestimmten Mindesterwerbsintensität im Jahresverlauf – nämlich jene, die mindestens 27 Wochen im Jahr erwerbstätig oder arbeitsuchend waren und deren Einkommen dennoch unter der offiziellen Armutsgrenze lag.<sup>31</sup> Das US-amerikanische Konzept der Working Poor geht also nicht von Haushaltseinkommen aus, sondern von der individuellen Erwerbslage. Wir haben somit eine Entkoppelung von Individualeinkommen und Haushaltslage und folglich einen ungetrübten Blick auf die Situation des Arbeitsmarkts.

Die Schweiz verwendet zwar das EU-SILC-Konzept, aber bezieht sich nur auf arme Haushalte, deren kumulierter Erwerbsumfang mindestens 90 % einer Vollzeitbeschäftigung entspricht – d.h. auf Haushalte, deren Mitglieder (zwischen 20 und 59), wenn sie Teilzeit arbeiten, in Summe einen Vollerwerbsarbeitsplatz zu mindestens 90 % oder eben mehr ausfüllen.<sup>32</sup>

Wir haben hier zwar – im Gegensatz zum US-amerikanischen Konzept – wieder eine Verkoppelung von Individualeinkommen und Haushaltslage, aber in einer sinnvollen Weise: Wir erhalten nämlich durch dieses Konzept eine Antwort auf die Frage, ob die Summe aus mindestens *einem* Vollzeit-Erwerbseinkommen und Transferleistungen ausreicht, um einen Haushalt über die Armutgefährdungsschwelle zu bringen, oder nicht. Wo die Antwort negativ ausfällt, sind entweder die Erwerbseinkommen objektiv (nämlich auf Basis von Vollzeit-Werten) zu niedrig und/oder die Sozialtransfers. Das erlaubt eine klarere Sicht als das bei uns übliche EU-SILC-Konzept auf arbeitsmarkt- und lohnbezogene Faktoren einerseits und auf sozialpolitische andererseits.

<sup>31</sup> <http://www.bls.gov/cps/earnings.htm#workpoor> [Stand: 31.5.2010].

<sup>32</sup> <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/21/02/ind32.informations.71305.html> [Stand: 31.5.2010] – siehe "Methodologie".



## 5. Armut – Daten zu Vorarlberg

Für Vorarlberg kann man zu Fragen der Einkommens- und Lebensbedingungen im Wesentlichen auf vier zentrale Datenquellen zurückgreifen:

- ▶ Daten der jährlich stattfindenden EU-SILC-Erhebungen
- ▶ Daten des Mikrozensus der Statistik Austria (Arbeitskräfteerhebung, Wohnungsbedarf, diverse Sondererhebungen)
- ▶ Daten der Lohn- und Einkommensteuerstatistik
- ▶ Daten der Sozialversicherungsträger.

Dazu kommen weitere spezialisierte Quellen wie diverse Arbeitsmarktstatistiken, Bildungsstatistiken, Betriebsgründungsstatistiken usw.

### 5.1 Armutsgefährdung in Vorarlberg nach EU-SILC

In Vorarlberg rechnet man mit einem Anteil aller Armutsgefährdeten von 18,2 % an der Bevölkerung beziehungsweise mit rund 70.000 Personen (2008). Dabei wurden für EU-SILC im Jahr 2008 insgesamt 235 Haushalte befragt und ausgewertet.

Im nachfolgenden Kapitel werden nun die vorarlbergrelevanten Daten dargestellt und analysiert. Auf Grund geringer Fallzahlen (unter 20) sind bestimmte vorarlbergbezogene Detailauswertungen nicht möglich. Wünschenswert wäre deshalb die Finanzierung einer zusätzlichen Sondererhebung für Vorarlberg im Rahmen des Mikrozensus mit einer ausreichenden Stichprobengröße.

Die für Vorarlberg offiziell veröffentlichten Übersichtszahlen – zum Beispiel die Armutsgefährdungsquote für 2008 von 18,2 % – sind grundsätzlich mit so großen Konfidenzintervallen belastet, dass sie zu keiner eindeutigen Aussage taugen. Statistik Austria macht deswegen in der Publikation von EU-SILC vorsorglich darauf aufmerksam, dass die angegebenen Armutsgefährdungsquoten der einzelnen Bundesländer zwar Richtgrößen darstellen, aber nicht zu einer verlässlichen Rangordnung der Bundesländer herangezogen werden können.<sup>33</sup>

<sup>33</sup> Siehe Statistik Austria (2009): EU-SILC 2008, Textband, S. 50.

In Vorarlberg ist – infolge der hohen Konfidenzintervalle auf Grund der geringen Zahl der befragten Haushalte – eine Armutsgefährdungsquote zwischen 12,7 % und 23,7 % beziehungsweise eine absolute Zahl armutsgefährdeter Personen zwischen 49.000 und 91.000 denkbar (mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit). Angenommen wird ein so genannter „Erwartungswert“ von 18,2 % (2008).

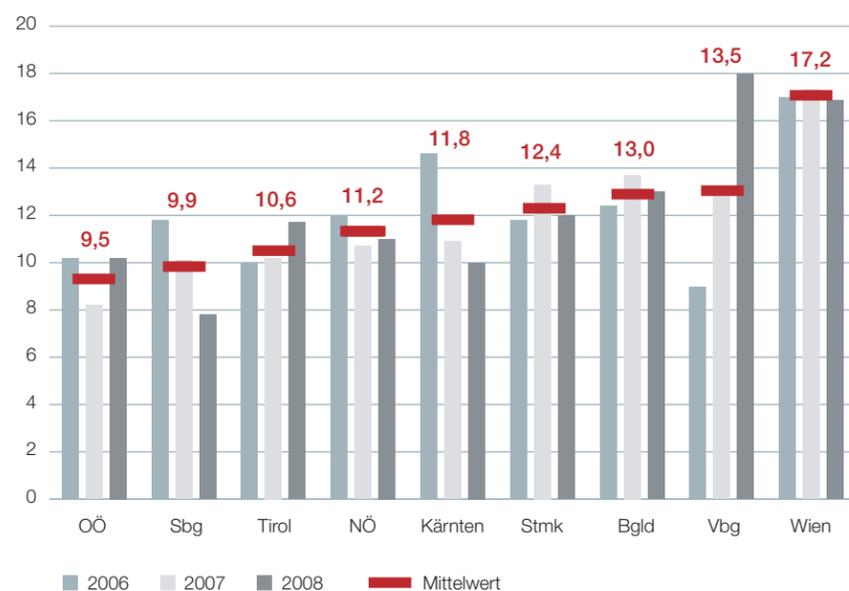
Detaillierungen nach soziodemografischen Merkmalen werden deswegen zunehmend problematisch, weil die immer geringer werdenden Fallzahlen die Ungenauigkeit der Aussagen ständig vergrößern. Bei komplexeren Kreuzungen von Variablen – Beispiel: Erwerbsstatus + Migrationshintergrund + Geschlecht + Bildungsabschluss – werden die vorarlbergbezogenen Fallzahlen so gering, dass sie im Rahmen eines vertretbaren Genauigkeitsspielraumes nicht mehr auf die Gesamtzahl der entsprechenden Gruppe hochgerechnet werden können.

Armutsgefährdungsquoten mit Schwankungsbreiten und Zahl der befragten Haushalte nach Bundesländern (2008)<sup>34</sup>

	Armutsgefährdungsquote		Konfidenzintervall 95 %					
			untere Grenze		obere Grenze		Befragte Haushalte	Personen in befragten Haushalten
	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000		
Österreich	12,4	1.018	11,4	939	13,3	1.098	5.711	13.631
Burgenland	13,0	35	8,4	23	17,6	48	205	495
Kärnten	9,9	55	6,8	38	12,9	72	437	1.045
Niederösterreich	10,9	170	8,8	138	13,0	203	1.112	2.678
Oberösterreich	10,3	145	8,2	116	12,4	174	1.075	2.673
Salzburg	7,8	43	4,5	25	11,1	61	377	950
Steiermark	11,9	142	9,1	109	14,6	175	753	1.867
Tirol	11,6	78	8,2	55	15,0	101	448	1.065
<b>Vorarlberg</b>	<b>18,2</b>	<b>70</b>	<b>12,7</b>	<b>49</b>	<b>23,7</b>	<b>91</b>	<b>235</b>	<b>620</b>
Wien	17,0	280	14,3	236	19,7	324	1.069	2.238

<sup>34</sup> Statistik Austria (2009): EU-SILC 2008, Textband, S. 50, Übersicht 9.

Armutsgefährdungsquote in den Bundesländern 2006-2008<sup>35</sup>



Dieses Schaubild zeigt die Armutsgefährdungsquoten der einzelnen Bundesländer anhand der Erwartungswerte, also der statistischen Werte in der Mitte der Konfidenzintervalle. Schon hier zeigen sich über drei Jahre berechnet, vor allem in Vorarlberg (und Kärnten), große Unterschiede. Von 2006 bis 2008 stieg der Vorarlberger Wert der Armutsgefährdeten von 9 auf 18 %.

In einem dreijährigen Beobachtungszeitraum beläuft sich der Durchschnitt der Armutsgefährdungsquote in Vorarlberg auf 13,5 % und in Österreich auf 12,3 %. Gleichzeitig haben wir auf Grund der geringen Stichprobe in Vorarlberg das höchste Konfidenzintervall (d.h. Schwankungsbreite) aller Bundesländer, nämlich 5,5 Prozentpunkte im Jahre 2008 (mit 95-prozentiger Sicherheit). Im Vergleich dazu haben Nieder- und Oberösterreich den besten Wert von jeweils 2,1.<sup>36</sup> Wir haben in Vorarlberg also die unsichersten Ergebnisse.

<sup>35</sup> Diagramm in Till, Matthias / Klotz, Johannes / Meindl, Bernhard: Modellbasierte Schätzung von Armutsgefährdung in den Bundesländern, in: Austrian Journal of Statistics (Österreichische Zeitschrift für Statistik), Jg. 39, 2010, Heft 1 & 2, S. 155-172, hier S.158; Quelle: EU-SILC 2006-2008.

<sup>36</sup> Ebd., S. 157.



## 5.2 Allgemeine Armutslagen in Vorarlberg

Wollen wir herausfinden, wie viele Menschen in Vorarlberg armutsgefährdet sind, dann gehen wir folgendermaßen vor: Wir fragen zuerst nach dem Median der äquivalisierten Haushaltseinkommen in Österreich. Das waren 2008 € 19.011,- pro Jahr bzw. € 1.584,- pro Monat. Das heißt also: 50 % der Mitglieder aller Haushalte liegen über diesem Wert, 50 % darunter. Dann stellen wir die Frage: Wie viele Vorarlberger/innen leben in Haushalten, in denen das äquivalisierte Einkommen weniger als 60 % dieses Wertes (= € 11.407,- pro Jahr bzw. € 951,- pro Monat) beträgt?

In Vorarlberg lebten 2008 ca. 70.000 Personen oder 18 % der Bevölkerung unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle von monatlich € 951,- (äquivalisiertes Haushaltsnetto).<sup>37</sup> Der österreichische Wert beträgt 12 %. 72 % der Vorarlberger Bevölkerung bewegen sich im Bereich so genannter mittlerer Einkommen, also zwischen 60 % und 180 % des Medians. Österreichischer Durchschnitt ist 79 %. Und 10 % der Vorarlberger/innen (österreichischer Durchschnitt ist 9 %) verfügen über ein äquivalisiertes Einkommen, das über 180 % des Medians liegt, also um mindestens das Dreifache über der Armutsgefährdungsschwelle.

Hier zeigt sich: Es gibt in Vorarlberg beträchtlich mehr Ärmere als im österreichischen Durchschnitt und etwas mehr Reiche. Insgesamt ergibt sich das Bild einer vergleichsweise starken Ungleichverteilung der Einkommen, sowohl in Bezug auf die Einkommenshöhen als auch auf die Zahl der jeweiligen Einkommensbezieher.

<sup>37</sup> Statistik Austria (2009): EU-SILC 2008, Textband, S. 53, Übersicht 10 (zu unterschiedlichen Armutsgefährdungsschwellen).

Vorarlberg: Niedrige, mittlere und hohe Einkommen 2008 (in Prozent des Medians)<sup>38</sup>

Einkommens- gruppe	Gesamt (= 100 %) in 1.000	Niedrig (unter 60 % des Medians)		Mittel (60–180 % des Medians)		Hoch (über 180 % des Medians)	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Österreich	8.242	1.018	12	6.474	79	749	9
Vorarlberg	384	70	18	275	72	39	10

Niedrig: unter der Armutsgefährdungsschwelle (< 60% vom Median-Jahresäquivalenzeinkommen)  
 Mittel: über der Armutsgefährdungsschwelle (60-180% vom Median-Jahresäquivalenzeinkommen)  
 Hoch: über der dreifachen Armutsgefährdungsschwelle (> 180% vom Median-Jahresäquivalenzeinkommen).

Das Bild wiederholt sich bei einer Betrachtung der Einkommensgruppen in Dezilen (Zehntelsprüngen) des Median-Äquivalenzeinkommens.

Insgesamt 29 % der Bevölkerung liegen unter 70 % des Medianeinkommens (das ist die Schwelle der „leichten Armutsgefährdung“). Das ist eine erhebliche Differenz zum österreichischen Durchschnitt von 20 %.

Wie schon erwähnt, befinden sich insgesamt 18 % der Bevölkerung unter der 60-Prozent-Schwelle, also der „Armutsgefährdungsschwelle“ (Durchschnitt Österreich: 12 %). Gliedert man diese Gruppe der 18 % weiter auf, so stellt man fest: Insgesamt 11 % der Gesamtbevölkerung leben unter der 50-Prozent-Grenze, also mit erhöhter Armutsgefährdung (österreichischer Durchschnitt 6 %), und immerhin 7 % – das sind 27.000 Personen – müssen mit weniger als 40 % des Medianeinkommens ihr Auslangen finden (in Österreich sind das 2 % der Bevölkerung).

Aus der folgenden Tabelle geht hervor, dass sich die Vorarlberger Werte erst oberhalb des Medians an die österreichischen Durchschnitte annähern. Auch dies ist ein Beleg für die ungleiche Verteilung von Einkommen, und zwar auf Grund der überdurchschnittlich hohen Zahl von Beziehern geringer Einkommen.

<sup>38</sup> Statistik Austria (2009): EU-SILC 2008, Tabellenband, Tab. 1.4a, S. 6.

Vorarlberg: Median-Einkommensklassen 2008 in Dezilen (kumulierte Prozent)<sup>39</sup>

... % haben bis ... % vom Median	Gesamt (=100 %) in 1.000	Prozent des Median-Äquivalenzeinkommens															
		40	50	60	70	80	90	100	110	120	130	140	150	160	170	180	
		in %															
Österreich	8.242	2	6	12	20	30	41	50	58	66	73	78	83	86	89	91	
Vorarlberg	384	7	11	18	29	38	49	55	62	68	74	77	80	83	87	90	

Wenn wir uns die äquivalisierten Nettohaushaltseinkommen von 2008 – also die nach Haushaltszusammensetzung gewichteten Einkommen – ansehen, ergibt sich für die untersten 10 % der in Vorarlberg lebenden Personen ein maximaler Wert von € 9.402,- pro Jahr. Anders gesagt: In diesem Land leben 38.400 Menschen in Haushalten, die pro Person ein äquivalisiertes Einkommen (auf mehrere verschiedene Personen umgerechnetes Einkommen) von höchstens € 9.402,- pro Jahr haben. Dieses Einkommen umfasst Gelder aus sämtlichen Quellen.

Mit diesem Wert liegt Vorarlberg 12 % unter dem gesamtösterreichischen Wert für das unterste Einkommenszehntel; dieser beträgt € 10.653,-. Anders sieht es beim reichsten Zehntel der Bevölkerung aus: Dort finden wir äquivalisierte Nettohaushaltseinkommen von über € 34.278,-, und dieser Betrag liegt 3 % über dem gesamtösterreichischen Zehntelwert von € 33.270,-. In einfachen Worten: Die ärmsten 10 % sind in Vorarlberg erheblich ärmer als das gesamtösterreichische Zehntel und die Reichsten sind etwas reicher.

<sup>39</sup> Statistik Austria (2009): EU-SILC 2008, Tabellenband, Tab. 1.5a, S. 8.

Vorarlberg: Äquivalisierte Haushaltsnettoeinkommen 2008 (unterstes und oberstes Dezil; Quartile)<sup>40</sup>

... % der Personen verfügen über weniger als € ...	Anzahl in 1000	Jahresäquivalenzeinkommen					Arithmetisches Mittel
		10 %	25 %	50 %	75 %	90 %	
Österreich	8.242	10.653	14.238	19.011	25.416	33.270	21.340
Vorarlberg	384	9.402	12.912	17.645	25.207	34.278	20.732

Wenn man sich den Schwellenwert für das unterste Einkommenszehntel in Österreich ansieht, dann leben in Vorarlberg nicht etwa 10 % der Bevölkerung (was dem österreichischen Durchschnitt entsprechen würde), sondern 15 % unter diesem Wert. Betrachtet man den Schwellenwert für das unterste Einkommensviertel, dann leben in Vorarlberg ebenfalls nicht 25 % unter diesem Wert, sondern 32 %. Erst beim obersten Einkommensviertel und beim obersten Einkommenszehntel nähern sich die Vorarlberger Werte an die österreichischen an. Anders ausgedrückt: Wir haben in Vorarlberg mehr Menschen mit sehr niedrigem bzw. mit niedrigem Einkommen als im österreichischen Durchschnitt.



Einkommenszehntel bzw. -viertel: Vergleich Vorarlberg-Österreich<sup>41</sup>

	Gesamt (=100 %) in 1.000	Unterstes Einkommenszehntel		Unterstes Einkommensviertel		2. Einkommensviertel		3. Einkommensviertel		Oberstes Einkommensviertel		Oberstes Einkommenszehntel	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
		Österreich	8.242	825	10	2.060	25	2.058	25	2.064	25	2.059	25
Vorarlberg	384	57	15	121	32	89	23	81	21	93	24	40	10

<sup>40</sup> Statistik Austria (2009): EU-SILC 2008, Tabellenband, Tab. 1.2a, S. 2

<sup>41</sup> Statistik Austria (2009): EU-SILC 2008, Tabellenband, Tab. 1.3a, S. 4

### 5.3 Sekundäre Benachteiligungen

Benachteiligungen der Lebenssituation können auch in anderen Bereichen als dem durch das Einkommen definierten Lebensstandard auftreten. Unter der Annahme, dass sich Menschen in Armutslagen zuerst bei sekundären, also bei weniger notwendigen Bedürfnissen einschränken, würde in diesen Bereichen ein Ressourcenmangel deutlicher sichtbar werden.

Gleichzeitig ist zu bedenken, dass bei einem bereits bestehenden hohen Ausstattungsgrad Mängel erst nach einer gewissen Zeit, also bei langfristig niedrigem Einkommen auftreten. Die finanzielle Situation des Haushalts wird indirekt am erzwungenen, nicht freiwilligen Verzicht auf folgende langlebige Konsumgütern gemessen, die aus finanziellen Gründen nicht angeschafft werden können:

- ▶ PC
- ▶ Handy
- ▶ Internet-Anschluss
- ▶ DVD-Player
- ▶ Geschirrspülmaschine
- ▶ Pkw.

Sekundäre Benachteiligung wird angenommen, wenn drei der oben genannten Gebrauchsgüter nicht leistbar sind.<sup>42</sup>

Vorarlberg: Vorhandensein von Konsumgütern im Haushalt<sup>43</sup>

... % besitzen ...	Gesamt (= 100 %) in 1.000	Internet		DVD-Player		PC		Geschirrspülmaschine		PKW		Telefon		Handy	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
		Österreich	8.242	5.453	66	5.982	73	6.041	73	6.277	76	6.913	84	5.048	61
Vorarlberg	384	289	75	289	75	311	81	320	83	356	93	213	55	372	97

<sup>42</sup> Statistik Austria (2009): EU-SILC 2008, Textband, S. 93-94.

<sup>43</sup> Statistik Austria (2009): EU-SILC 2008, Tabellenband, Tab. 2.1a, S. 14.

Obwohl in Vorarlberg armutsgefährdete Haushalte stärker vertreten sind als im österreichischen Durchschnitt, bietet sich bei der Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Konsumgütern, die zum Mindestlebensstandard gehören, ein wesentlich positiveres Bild als im übrigen Österreich. Bei Haushalten mit Geschirrspülmaschinen erreicht Vorarlberg einen Wert von 83 % (Österreich 76 %), bei Pkws 93 % (Österreich 84 %) und bei Mobiltelefonen 97 % (Österreich 93 %); auch beim Internet liegt Vorarlberg mit 75 % über dem österreichischen Schnitt von 66 %.

Da wir davon ausgehen können, dass die Lücken zu einer Vollversorgung ausschließlich bei Gruppen mit niedrigem Einkommen auftreten, signalisiert die hohe Ausstattung mit Pkws und Mobiltelefonen, aber auch die relativ hohe Zahl von Haushalten mit Internetzugang eine Ausgabenstruktur armer Haushalte, die entweder nur mit massiven Einschränkungen bei anderen lebensnotwendigen Gütern oder durch Verschuldung leistbar ist. Letzteres wird durch die Interviews mit den Experten der Schuldenberatung verdeutlicht (siehe Kap. 6.4.1 und 7.4).

#### 5.4 Erwerbsarmut: Armutsgefährdung vor und nach sozialen Transfers

Besonders aufschlussreich ist im Zusammenhang mit Erwerbsarmut die Frage, wie viele Haushalte armutsgefährdet wären, wenn sie sich allein auf ihr Erwerbseinkommen und die Pensionen verlassen müssten, oder mit anderen Worten: wenn keine sozialen Transferleistungen wie Familienbeihilfe, Kindergeld, Wohnbeihilfe, Arbeitslosengeld sowie einmalige oder dauerhafte Sozialhilfe zur Verfügung stünden. Wie viele Haushalte könnten sich also sozusagen aus eigener Wirtschaftskraft, wie sie der (Arbeits-)Markt honoriert, über die Armutsgefährdungsschwelle hinausbewegen?

Die Antwort lautet: In Vorarlberg würde der Anteil solcher Haushalte 35 % ausmachen (Österreich: 24 %) oder 133.000 Personen umfassen. Wir sehen also, dass 16-17 % der Bevölkerung (das ist die Differenz zwischen diesen 35 % und der tatsächlichen Armutsgefährdungsquote von 18 %) bzw. 63.000 Personen in Haushalten leben, die erst durch Sozialtransfers aus der Armutsgefährdung herauskommen.

Ein anderes Maß für die Intensität der Armutsgefährdung ist die „Armutsgefährdungslücke“: Man nimmt den Median des Äquivalenzeinkommens aller Armutsgefährdeten und misst den Abstand zum Wert der Armutsgefährdungsschwelle in Prozent dieser Schwelle. In Vorarlberg beträgt dieser mediane Abstand der Armutsgefährdeten von der Gefährdungsschwelle 19 %.

Alle diese Vorarlberger Werte liegen erheblich über dem österreichischen Durchschnitt. Sie verdeutlichen die wichtige Rolle von Sozialtransfers für Armutsminderung und für eine gleichmäßigere Einkommensverteilung. Ohne Sozialtransfers hätten wir gerade in Vorarlberg eine ganz erhebliche Ungleichverteilung der Einkommen – viel stärker als im österreichischen Durchschnitt. Es ist deswegen eine gegenseitig Abstimmung von Sozialpolitik und Wirtschafts- bzw. Arbeitsmarktpolitik erforderlich, wenn unsere Gesellschaft nicht zu weit auseinanderdriften soll.

Vorarlberg: Armutsgefährdung vor und nach sozialen Transfers (2008)<sup>44</sup>

	Gesamt (= 100 %) in 1.000	Vor Pensionen u. Sozialleistungen			Vor Sozialleistungen			Nach Sozialleistungen			Lücke in %
		in 1.000	Anteil an Öst.	Quote	in 1.000	Anteil an Öst.	Quote	in 1.000	Anteil an Öst.	Quote	
Österreich	8.242	3.504	100	43	2.016	100	24	1.018	100	12	15
Vorarlberg	384	183	5	48	133	7	35	70	7	18	19

<sup>44</sup> Statistik Austria (2009): EU-SILC 2008, Tabellenband, Tab. 5.1a, S. 33.



## 6. Individuelle Erwerbsarmut in Vorarlberg – Risiken, Ursachen, Dynamiken

Wie wir gesehen haben, ist das Konzept der „Erwerbsarmut“, mit dem die EU-SILC-Berichte arbeiten, unscharf. Denn es verknüpft die individuelle Erwerbs- und Einkommenssituation einer Person mit der Lage ihres gesamten Haushalts. Aus diesem Grund ist es bei der Befassung mit Erwerbsarmut sinnvoll und nötig, neben allgemeinen Armutsindikatoren gerade jene Verhältnisse genauer zu analysieren, die zu niedrigen *individuellen* Erwerbseinkommen führen.

Um ein deutlicheres Bild von der Lebenswirklichkeit von Erwerbsarmen zu erhalten, haben wir versucht, das Wissen von Institutionen zu erschließen, die mit Erwerbsarmen und Armutsgefährdeten zu tun haben. Das sind:

- ▶ Arbeitsmarktservice Vorarlberg
- ▶ Interessensvertretungen wie der Österreichische Gewerkschaftsbund
- ▶ Träger der sozialen Arbeit wie Caritas und IfS, dort in erster Linie Schuldenberatung und Sozialdienste
- ▶ kommunale Einrichtungen wie Sozialsprengel und Bürgerberatungsstellen
- ▶ Sozialabteilung der Vorarlberger Landesregierung im Hinblick auf Fragen der Sozialhilfe
- ▶ spezialisierte Hilfsorganisationen.

Das so gewonnene Bild wurde durch Berichte von Betroffenen, die anonym bleiben wollen, und durch Zahlenmaterial ergänzt.

Wie schon bei der vorangegangenen Untersuchung zu „Prekarität in Vorarlberg“ (Häfele/Greussing 2008) ergeben die vorliegenden statistischen Werte zwar einen notwendigen, aber keineswegs hinreichenden Aufschluss über das Phänomen der Erwerbsarmut. Denn die sozialen Dynamiken ebenso wie die in den persönlichen Lebensläufen angelegten Faktoren, die im Laufe eines Erwerbsleben zu Armutsgefährdung führen können, gehen allein aus den Statistiken nicht hervor. Hier braucht es die Interviews mit Expertinnen und Experten sowie die Einsicht in die Lebensläufe Betroffener. Insgesamt wurden 28 solcher Interviews ausgewertet.



### 6.1 Welche Gruppen sind besonders „working poor“-gefährdet?

Welches sind nun innerhalb der vorher dargestellten allgemeinen Armutszonen die besonders working-poor-gefährdeten Gruppen, und warum tritt hier eine besondere Gefährdung auf?

Da „Erwerbsarme“ eine Untergruppe der insgesamt Armutsgefährdeten sind, müssen wir uns grundsätzlich jene erwerbsaktiven Personen im Alter von 20 bis 64 ansehen, die ein erhöhtes Risiko der Armutsgefährdung haben. Dabei können wir Unterscheidungen nach folgenden Kriterien treffen:

Nach Haushaltstypen:

- ▶ Alleinerziehende
- ▶ Mehrpersonenhaushalte (Haushalte mit mindestens drei Kindern und/oder anderen nicht erwerbsaktiven oder nicht erwerbsfähigen Angehörigen)

Nach Qualifikation:

- ▶ Unqualifizierte und Geringqualifizierte

Nach branchenspezifischen Lohnniveaus:

- ▶ Niedriglohnbranchen (geringere Qualifikationsanforderungen, hoher Andrang von Stellensuchenden, Rationalisierungsmöglichkeiten durch Mechanisierung)
- ▶ Branchen ohne Mindestlohnregelung

Nach Herkunft:

- ▶ Personen mit Migrationshintergrund (besonders geringqualifizierte)

Nach Erwerbsfähigkeit im Lebenslauf:

- ▶ Personen mit altersspezifischen Erwerbseinschränkungen

Nach Erwerbsstatus und Erwerbsintensität:

- ▶ Personen außerhalb von Normalarbeitsverhältnissen (atypische Beschäftigungsverhältnisse), dabei besonders Arbeitnehmer/innen mit verfestigten atypischen Erwerbsverläufen
  - Teilzeitarbeitende
  - neue Selbständige (Werkvertrag, freie Dienstnehmer)
  - junge Erwerbstätige mit Praktika als dauerhafter Erwerbsform
- ▶ Personen mit Erwerbsunterbrüchen bzw. nicht ganzjährigen Beschäftigungsverhältnissen
- ▶ Ein-Personen-Unternehmen
- ▶ Arbeitslose.

### 6.1.1 Ein-Eltern-Haushalte

In Österreich gibt es insgesamt 320.000 Ein-Eltern-Haushalte. 29 % dieser Haushalte – das entspricht rund 93.000 Haushalten – haben ein äquivalisiertes Haushaltseinkommen unterhalb von 60 % des Medians, also unterhalb der offiziellen Armutsgefährdungsschwelle.<sup>45</sup> Die Zahl der in armutsgefährdeten Ein-Eltern-Haushalten lebenden Personen entspricht 9 % aller in Österreich Armutsgefährdeten (das macht rund 92.000 Personen). Für Vorarlberg gibt es auf Grund der geringen EU-SILC-Fallzahlen keine aussagekräftigen Daten. Wir müssen deshalb auch hier vom österreichischen Durchschnitt ausgehen.

Auf Basis des Mikrozensus lässt sich lediglich die Gesamtzahl von Ein-Eltern-Haushalten bzw. alleinerziehenden Elternteilen feststellen, aber eben nicht deren Einkommenssituation.

<sup>45</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2008, Tabellenband, Tab 1.5a, S. 8

Alleinerziehende Elternteile in Vorarlberg 2008<sup>46</sup>

	Allein- erziehende Elternteile insgesamt	Familienstand				davon: Allein- erziehende Mütter	Familienstand			
		Ledig	Ver- heiratet, getrennt lebend	Ver- witwet	Ge- schie- den		Ledig	Ver- heiratet, getrennt lebend	Ver- witwet	Ge- schie- den
in 1.000										
Vorarlberg	14,5	2,9	(1,5)	3,8	6,3	12,6	2,8	(1,1)	3,2	5,5

Von den rund 14.500 alleinerziehenden Elternteilen in Vorarlberg ist der überwiegende Teil, nämlich 12.600 oder fast 90 %, weiblich.

### 6.1.2 Unqualifizierte und Geringqualifizierte

Eine der wesentlichsten Ursachen von Armutsgefährdung ist die geringe Qualifikation, konkret: kein über der Pflichtschule liegender Bildungsabschluss durch Lehre oder höhere Schule. Während der Anteil von Erwerbstätigen mit maximal Pflichtschulabschluss (so genannte „frühe Bildungsabbrecher“ beziehungsweise Personen „mit akutem Qualifikationsbedarf“) an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen im Jahre 2008 österreichweit insgesamt 12 % betrug, machte dieser Anteil bei den armutsgefährdeten Erwerbstätigen (Working Poor) 32 % aus.<sup>47</sup> Wir haben also, trotz Erwerbstätigkeit, ein überproportionales Armutsrisiko auf Grund mangelnder Qualifikation.

Auch in Vorarlberg macht sich der Anteil an Personen mit maximal Pflichtschulabschluss bei Armut und Arbeitslosigkeit bemerkbar. Er beträgt hierzulande 27 % (83.000 Personen) an der Gesamtbevölkerung ab 16 Jahren. Vorarlberg liegt damit gleichauf mit Oberösterreich und Salzburg. Lediglich das Burgenland hat mit 28 % einen höheren Anteil an Personen über 16 mit nur Pflichtschulabschluss. Der österreichische Durchschnitt beträgt 24 %.

<sup>46</sup> Statistik Austria: Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung (Durchschnitt aller Wochen eines Jahres). Erstellt am: 19.05.2009. Stichprobe: Eingeklammerte Werte für Vorarlberg mit weniger als hochgerechnet 2.000 Personen sind sehr stark zufallsbehaftet.

<sup>47</sup> Statistik Austria (2009): EU-SILC 2008, Textband, S. 58.

Höchste abgeschlossene Schulbildungen in Vorarlberg (2008)<sup>48</sup>

	Gesamt (=100 %) in 1.000 – Personen ab 16	Max. Pflichtschule		Lehre/mittlere Schule		Matura		Universität	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Österreich	6.871	1.657	24	3.308	48	1.228	18	679	10
Vorarlberg	311	83	27	140	45	49	16	40	13

Während früher, in den Siebziger- und Achtzigerjahren, auf Grund des großen Bedarfs an Hilfskräften der Ausbildungsdruck und -bedarf nicht so stark war wie heute und wir folglich unter den Älteren einen höheren Anteil Geringqualifizierter vorfinden, gilt heute ein Abschluss auf dem Niveau der Sekundarstufe 2 – das heißt Lehre oder mittlere/höhere Schule – als die sozial wünschenswerte Norm. Wenn wir uns allerdings das Bild bei den aktuell entscheidenden Altersgruppen der 15- bis 24-Jährigen ansehen, sind wir von der Erfüllung dieser Norm in Vorarlberg bedauerlich weit entfernt: Wir haben in Österreich den höchsten Anteil geringqualifizierter Jugendlicher und folglich das höchste Potenzial zukünftiger Working Poor.

Eine Synthesis-Studie des AMS<sup>49</sup> vom Oktober 2008 hat die jungen Menschen Österreichs zwischen dem 15. und dem 24. Lebensjahr ins Visier genommen, die nach der Pflichtschule in irgendeiner Form, auch kurzfristig, in den Arbeitsmarkt eingetreten sind und dadurch von der Sozialversicherung erfasst werden konnten. Insgesamt sprechen wir hier von „Jugendlichen (bzw. jungen Erwachsenen) mit akutem Qualifikationsbedarf“. In ganz Österreich handelt es sich dabei um knapp 150.000 Personen (vom 15. bis zum 24. Lebensjahr), jeweils zur Hälfte Männer und Frauen.

<sup>48</sup> Statistik Austria (2009): EU-SILC 2008, Tabellenband, Tab. 7.1, S. 41.

<sup>49</sup> Arbeitsmarktservice Österreich: Jugendliche mit akutem Qualifikationsbedarf 2007–2015. Monitoring und Prognosen, Wien 2008 (Studie der Synthesis Forschung GmbH).

Im Detail sehen die Anteile junger Menschen mit akutem Qualifikationsbedarf an dem jeweiligen Bevölkerungssegment der 15- bis 24-Jährigen nach Bundesländern so aus (Stand 2007):<sup>50</sup>

Burgenland	10,1 %
Kärnten	10,9 %
Niederösterreich	11,8 %
Oberösterreich	14,7 %
Salzburg	14,5 %
Steiermark	13,3 %
Tirol	17,2 %
<b>Vorarlberg</b>	<b>18,3 %</b>
Wien	17,8 %
Gesamt	14,5 %

Es sind also starke regionale Ungleichheiten feststellbar. Vorarlberg hält jedenfalls mit 18,3 % den Spitzenplatz (vor Wien mit 17,8 % und Tirol mit 17,2 %). Die Ursachen der starken regionalen Ungleichgewichte werden in der zitierten Studie nicht erörtert. Sie haben aber sehr wahrscheinlich mit der Wirtschaftsstruktur und folglich (auch) mit dem Anteil an Zuwanderern zu tun, die als Unqualifizierte angeworben worden sind. Anders sind die niedrigen Werte für Burgenland und Kärnten nicht zu erklären.

Der zitierten Studie zufolge gibt es in Vorarlberg (für das Stichjahr 2007) insgesamt 8.800 Personen zwischen dem 15. und dem 24. Lebensjahr, die – ohne weitere Ausbildung – mit maximal Pflichtschulabschluss ins Erwerbsleben eingetreten sind. Die Gesamtzahl jener, die nach der Pflichtschule keine weiterführende Schul- oder Berufsausbildung gemacht haben, ist aber noch höher. Denn mit den erwähnten 8.800 Personen sind lediglich jene erfasst, die irgendwann einmal mit dem formellen Arbeitsmarkt in Berührung gekommen sind und folglich von der Sozialversicherung oder vom AMS registriert wurden. Aber von solchen Personen abgesehen gibt es natürlich auch jene, die nach der Pflichtschule quasi als „U-Boote“ verschwinden, weil sie überhaupt keine Beschäftigung aufnehmen (können) oder sich als „Selbständige“ oder mit Schwarzarbeit usw. durchschlagen.

<sup>50</sup> Arbeitsmarktservice Österreich: Jugendliche mit akutem Qualifikationsbedarf 2007–2015. Monitoring und Prognosen, Wien 2008, S. 34.

Bei den folgenden Zahlenangaben werden unterschieden:

- ▶ „Direkteinsteigende“, d.h. solche, die nach der Pflichtschule (sofort oder mit einer Wartezeit) eine kontinuierliche Laufbahn als Hilfsarbeiter/in einschlagen;
- ▶ „Ausbildungsabbrechende“, d.h. solche, die eine Lehre oder Schule nicht zu Ende führen und eine Hilfstätigkeit aufnehmen;
- ▶ „Erwerbsferne“, d.h. solche, die nach einem kurzen Einstieg ins Berufsleben sich aus dem formellen Arbeitsmarkt zurückgezogen haben.

Junge Menschen mit akutem Qualifikationsbedarf – Vorarlberg 2007<sup>51</sup>

Alle Personen	Frauen	Männer	»Direkt«	»Abbruch«	»Erwerbsfern«
8.800	4.300	4.500	1.600	5.600	1.600

Es zeigt sich also, dass Lehr- und Schulabbrecher fast zwei Drittel der gesamten Gruppe der „akut Qualifikationsbedürftigen“ ausmachen.

Bei den Lehrabbrechern liegen genauere Zahlen vor: Grundsätzlich ist zu berücksichtigen, dass in Vorarlberg zwischen 2001 und 2007 durchschnittlich fast 18 % der Lehrlinge, das sind jährlich rund 500, die Lehrabschlussprüfung nicht geschafft haben.<sup>52</sup> Von den zum ersten Mal Antretenden schaffte es seit 2000 überhaupt mehr als ein Viertel nicht auf Anhieb.<sup>53</sup> Ein Teil der Durchfaller – erheblich über 50 % – erreicht den Abschluss allerdings nach einer oder mehreren Wiederholungsprüfungen. Ein derzeit nicht näher bestimmbarer Teil der jährlich 500 Durchfaller schafft es aber definitiv nicht und fügt sich somit in die oben genannte Zahl von insgesamt 5.600 Abbrechern zwischen 15 und 24.



Dazu kommen jene, die ihre Lehre noch vor dem Antritt zur Abschlussprüfung abbrechen. Im Jahre 2008 waren das 1.200 von insgesamt rund 8.000 Lehrlingen, also 15 % oder jede/r Siebente.<sup>54</sup> Rund ein Viertel der damals aufgelösten Lehrverhältnisse endete schon in der dreimonatigen Probezeit, in rund 450 Fälle fand eine einvernehmliche Trennung statt. Jeder zehnte Lehrvertrag wurde durch den Arbeitgeber gelöst. Ein Teil der abbrechenden Lehrlinge mag die Ausbildung woanders fortgesetzt haben, ein anderer (derzeit nicht genau bestimmbarer) wird aber den Weg zu einem Abschluss auf dem Niveau der Sekundarstufe II endgültig abgebrochen haben.

Die letzte vollständige Erfassung aller „frühen Bildungsabbrecher“ – also jener Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die das Bildungssystem mit maximal Pflichtschulabschluss (Sekundarstufe 1) verlassen –, stammt von der Volkszählung 2001, die eine so genannte „Vollerhebung“ war. Betrachten wir hier die Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen: Diese Altersgruppe ist deswegen interessant, weil mit spätestens 24 Jahren entweder eine Berufsausbildung oder der Abschluss einer höheren Schule, unter Umständen auch eine Berufsreifeprüfung, erreicht sein sollte. Gleichzeitig ist diese Altersgruppe, wie schon erwähnt, relevanter als der gesamte Durchschnitt der Berufstätigen, weil ältere Jahrgänge früher nicht unter einem so starken formalen Qualifizierungsdruck gestanden sind wie die jüngeren heute. Damals (2001) wurden in den Altersgruppen 20-24, 25-29 und 30-34 folgende Zahlen im Hinblick auf den jeweils höchsten Bildungsabschluss festgestellt:

Vorarlberg: Höchste Bildungsabschlüsse nach Alterskohorten (20-24 / 25-29 / 30-34)<sup>55</sup>

Volkszählung 2001 Vorarlberg	Gesamt	Allgemeinbildende Pflichtschule	Lehre	Mittlere und höhere Schulbildung
20- bis 24-Jährige	22.978	4.717 = 20,5 %	9.007 = 39,2 %	9.254 = 40,2 %
– davon männlich	11.596	2.151 = 18,5 %	5.824	3.621
– davon weiblich	11.382	2.566 = 22,5 %	3.183	5.633
25- bis 29-Jährige	25.267	5.610 = 22,2 %	10.377 = 41,1 %	9.280 = 36,7 %
30- bis 34-Jährige	30.025	6.752 = 22,5 %	12.194 = 40,6 %	11.079 = 36,9 %

<sup>51</sup> Arbeitsmarktservice Österreich: Jugendliche mit akutem Qualifikationsbedarf 2007–2015. Monitoring und Prognosen, Wien 2008, S. 55.

<sup>52</sup> ibw – Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft: Lehrlingsausbildung im Überblick. Strukturdaten und Ergebnisse europäischer Erhebungen (Edition 2008) – ibw-Schriftenreihe Nr. 142, Wien, Oktober 2008, S. 29-30.

<sup>53</sup> Von 1.1.2000 bis Okt. 2009 sind nach dem Datenbestand der Wirtschaftskammer Vorarlberg (Lehrlingsstelle und Berufsausbildung) insgesamt 22.121 Lehrlinge zur Lehrabschlussprüfung angetreten. Davon haben 15.960 (72,1%) die Lehrabschlussprüfung beim ersten Antreten bestanden. Von jenen 6.161 Lehrlingen, die die Prüfung beim ersten Antreten nicht bestanden haben, waren 2.619 (42,5 %) beim zweiten Antreten, 463 (7,5 %) beim dritten und 150 (2,4 %) bei weiteren Antritten erfolgreich (schriftliche Mitteilung Dr. Christoph Jenny, 29.10.2009). Daraus geht allerdings nicht hervor, wie groß die Zahl jener ist, die endgültig ausscheiden. Es ist lediglich klar, dass dieses System einen erheblichen „Bauch“ an Lehrlingen vor sich herschiebt, die Gefahr laufen, keinen Abschluss zu schaffen.

<sup>54</sup> <http://vorarlberg.orf.at/stories/365540/> [31.5.2009].

<sup>55</sup> Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Vorarlberg, Wien 2004, S. 98-99, Tab. 15.

Jede/r fünfte junge Erwachsene in Vorarlberg – dabei signifikant mehr Frauen als Männer – verfügte also 2001 lediglich über einen Pflichtschulabschluss oder nicht einmal über den.

### 6.1.3 Nach spezifischen Lohnniveaus

Niedriglöhne sind verständlicherweise eine Hauptursache der Erwerbsarmut. Will man Niedriglohnbezieher/innen statistisch in den Griff bekommen, so bieten sich die Lohnsteuerstatistik und die Statistiken des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger als Quellen an. Relevante Datenbestände werden jeweils im Allgemeinen Einkommensbericht im Auftrag des Rechnungshofes durch die Statistik Austria vorgelegt. Der aktuellste Bericht bietet eine Statistik aller unselbständig und aller selbständig Erwerbstätigen (sowie aller Pensionist/innen) nach Bundesländern, Branchen (nach ÖNACE), Berufsgruppen und Funktionen sowie nach Beschäftigungsausmaß.<sup>56</sup>

Dadurch erhalten wir einen Blick auf Zahl und Einkommen der lohnabhängig Beschäftigten. Doch dieser Blick allein genügt nicht. Denn die Zahl der (erwerbsaktiven) Angestellten und Arbeiter ist in den vergangenen zehn Jahren relativ wenig gestiegen, während zahlreiche neue Selbständige, auch Scheinselbständige, die Erwerbsszene betreten haben: zum Beispiel Zeitungsausträger, Werbemittelausträger, Versicherungsmakler, Finanzdienstleister, Vertriebsunternehmer und überhaupt Ein-Personen-Unternehmen jedweder Branche, nicht zuletzt auch im Baugewerbe.<sup>57</sup>

Es ist nicht bekannt, in welchem finanziellen Umfang lohnabhängige und selbständige Einkommen von Erwerbstätigen kombiniert werden. Solche Kombinationen sind in Vorarlberg häufig in der Landwirtschaft anzutreffen (Nebenerwerbsbauern)<sup>58</sup>, aber auch in anderen Branchen gibt es eine Tendenz in Richtung solcher kombinierter Erwerbsformen sowie mehrfacher Teilzeitarbeitsverhältnisse. Die daraus für die einzelnen Erwerbstätigen entstehende Gesamtstundenbelastung dürfte erheblich sein.

<sup>56</sup> Statistik Austria: Allgemeiner Einkommensbericht 2008 – [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/soziales/personen-einkommen/allgemeiner\\_einkommensbericht/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/personen-einkommen/allgemeiner_einkommensbericht/index.html) [Stand: 31.5.2010].

<sup>57</sup> Von 1998 bis 2008 stieg die Zahl der krankenversicherten Arbeiter und Angestellten in Österreich von 2.711.616 auf 2.982.871, das ist um 271.255 oder 10 %. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der pflichtversicherten Selbständigen von 179.166 auf 323.382, das ist um 144.196 oder 80,5 %; Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger: Statistisches Handbuch der österreichischen Sozialversicherung 2009, Wien 2009, Tab. 2.04.

<sup>58</sup> Rund 70 % der Vorarlberger Land- und Forstwirtschaftsbetriebe werden im Nebenerwerb geführt; siehe Land Vorarlberg: Bericht über die Vorarlberger Land- und Forstwirtschaft '09, Bregenz Juni 2009, S. 26.

Sehr wohl erfasst ist die Zahl der Personen, die mehrere Einkünfte aus Arbeit haben (aus Land- und Forstwirtschaft, selbständiger Arbeit, Gewerbetrieben und unselbständiger Arbeit). In Vorarlberg haben im Jahre 2007 von 56.636 Personen, die Einkommensteuer entrichtet haben, 37.903 Personen, das sind 67 %, ein kombiniertes Einkommen aus selbständiger und nichtselbständiger Tätigkeit bezogen.<sup>59</sup> Bezogen auf die Gesamtzahl der Erwerbstätigen (= Erwerbspersonen minus Arbeitslose im Alter von 15+) in Vorarlberg (Erwerbstätige 2007: 182.100 Personen) waren das 20,8 % aller aktiv Erwerbstätigen (nach dem Labour-Force-Konzept). Der Vergleichsprozentsatz für ganz Österreich (422.097 Personen) bei insgesamt 4.027.900 Erwerbstätigen lag bei 10,5 %.<sup>60</sup> Wir haben also in Vorarlberg eine überdurchschnittlich hohe Zahl von Personen, die zusätzlich zu ihrer lohnabhängigen Tätigkeit eine selbständige ausüben, somit zwei oder mehr Berufen nachgehen.

Unter dem Gesichtspunkt der Erwerbsarmut ist also eine Einkommensstatistik nur sehr begrenzt aussagekräftig, wenn sie nicht auch die Erwerbsintensität (Vollzeit bzw. Teilzeit nach Stunden) erfasst. Im Fall der vorliegenden EU-SILC-Auswertung können wir lediglich davon ausgehen, dass unabhängig von der Erwerbsintensität ungefähr 14 % der unselbständig Erwerbstätigen am Ende jeden Monats mit weniger als € 1.000,- brutto nach Hause gehen. Das ist für sich allein allerdings noch kein Indikator für Erwerbsarmut, denn für deren Berechnung ist bekanntlich das Haushaltseinkommen und nicht das Individualeinkommen entscheidend.

Vorarlberg: Monatliches Erwerbseinkommen brutto 2008 (nur aktuell unselbständig erwerbstätige Personen im Erwerbsalter 20-64 Jahre)<sup>61</sup>

	Gesamt (=100 %) in 1.000	<650 €		650 bis <1.000 €		1.000 bis <1.500 €		1.500 bis <2.000 €		2.000 bis <2.500 €		>=2.500 €		Median in €
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	
Österreich	3.006	150	5	244	8	509	17	679	23	517	17	907	30	1.900
Vorarlberg	136	12	8	(8)	(6)	27	20	21	15	22	16	47	34	2.000

<sup>59</sup> Statistik Austria (2010): Einkommensteuerstatistik 2007, S. 162.

<sup>60</sup> Statistik Austria (2008): Arbeitsmarktstatistik – Jahresergebnisse 2007, S. 55.

<sup>61</sup> Statistik Austria (2009): EU-SILC 2008, Tabellenband, Tab. 9.3, S. 53. Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen und sind stark zufallsbehaftet.

## Niedriglohnbranchen – Mindestlohnproblematik

Im Hinblick auf die Verdienststruktur in den einzelnen Branchen liegen zu Vorarlberg nur grobe Statistiken vor, da in der Verdienststrukturerhebung der Statistik Austria auf Grund der Stichprobengrößen Vorarlberg mit den Bundesländern Tirol, Salzburg und Oberösterreich zu Westösterreich zusammengefasst ist. Dabei ist augenfällig, dass das Beherbergungs- und Gaststättenwesen mit einem Bruttostundenlohn von € 6,70 für das unterste Quartil der Beschäftigten die mit Abstand schlechtest zahlende Branche ist. Bei den Frauen beträgt in dieser Branche der Bruttostundenlohn für das unterste Quartil maximal € 6,62, gefolgt von € 7,03 für Realitätenwesen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen (Reinigung), € 7,39 für sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen sowie € 7,49 für Frauen im Handel. Nur zum Vergleich: Energie- und Wasserversorgung zahlt im untersten Quartil mit maximal € 11,84 für Frauen und € 15,36 für Männer rund doppelt soviel wie das Beherbergungs- und Gaststättenwesen.<sup>62</sup>

In diesen Niedriglohnbranchen des Beherbergungs- und Gaststättenwesens, des Realitätenwesens und der Erbringung unternehmensbezogenen Dienstleistungen, der sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen und des Handels waren in Vorarlberg im Jahre 2006 insgesamt 13.142 (Beherbergungs- und Gaststättenwesen), 13.527 (Realitätenwesen und Erbringung unternehmensbezogener Dienstleistungen) und 5.542 (sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen) Personen beschäftigt. In der für diese Angaben beigezogenen Lohnsteuerstatistik gibt es keine Aufteilung nach Geschlecht, es ist jedoch anzunehmen, dass hier in hohem Maße Frauen beschäftigt sind.

Diese drei Niedriglohnbranchen machten mit insgesamt 32.211 Beschäftigten genau 20 % der unselbständig Beschäftigten Vorarlbergs aus. Nicht enthalten ist in dieser Zahl der Handel, da dieser in der Statistik (ÖNACE 2003) mit Kfz-Reparatur zusammengeschlossen ist.<sup>63</sup>

<sup>62</sup> Statistik Austria (2009): Verdienststrukturerhebung 2006, S. 128-130.

<sup>63</sup> Statistik Austria (2007): Lohnsteuerstatistik 2006, S. 190.

## Niedriglohnbranchen Vorarlberg 2006 – Zahl der Beschäftigten

Branche	Beschäftigte
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	13.142
Realitätenwesen und Erbringung unternehmensbezogener Dienstleistungen	13.527
sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen	5.542
Handel, Instandhaltung und Reparatur (einschließlich Kfz)	24.048

Die in den Kollektivverträgen festgelegten Mindestlöhne sagen zwar nichts über die in einer Branche tatsächlich gezahlten Löhne aus, sie sind aber ein Indikator für die Verhandlungsmacht von Arbeitnehmer/innen und damit für die allgemeine Richtung, in der sich Löhne bewegen. In den Dienstleistungsbranchen sind typischerweise die niedrigsten kollektivvertraglichen Mindestlöhne vorzufinden: Angestellte in Notariatskanzleien, Zahnarzthelferinnen und Arzthelferinnen haben in Vorarlberg (ähnlich wie im übrigen Österreich) kollektivvertragliche Mindestlöhne zwischen € 1.000,- und 1.093,- brutto, zum Teil ohne Valorisierung seit dem 1.1.2008; Angestellte in Rechtsanwaltskanzleien haben in Vorarlberg keinen Kollektivvertrag; Angestellte der Fachhochschule Vorarlberg haben nur eine pauschale Stundenregelung und keinen Kollektivvertrag.

In anderen Branchen scheint die Zeit stehen geblieben zu sein: Zeitungszustellerinnen haben einen Mindestlohn von € 158,- pro Woche (seit 1.4.2006), Rauchfangkehrer/innen von € 159,15 pro Woche (seit 1.7.1994) und Mitarbeiterinnen im Kosmetikbereich, Fußpflegerinnen und Masseurinnen seit 1.10.1992 einen wöchentlichen Mindestlohn von € 167,87.

Es gibt zahlreiche weitere Branchen, vor allem des Gewerbes und der verarbeitenden Industrie, mit kollektivvertraglichen Mindestlöhnen unter € 1.100,- pro Monat oder unter € 7,- pro Stunde.<sup>64</sup> In etlichen Fällen spiegelt der extrem niedrige Mindestlohn, wie erwähnt, natürlich nicht die aktuellen Verdienstmöglichkeiten wider, er verdeutlicht aber in der jeweiligen Branchen die gewerkschaftliche Stärke oder Schwäche, mit der Kollektivverträge ausgehandelt werden.

<sup>64</sup> Alle österreichischen Kollektivverträge – das heißt einschließlich aller Bundesländer und sämtlicher Einzelabschlüsse – sind in der Kollektivvertragsdatenbank des ÖGB-Verlages einsehbar. Siehe [http://www.oegbverlag.at/servlet/ContentServer?pagename=V01/Page/Index&cn=V01\\_7.1.b](http://www.oegbverlag.at/servlet/ContentServer?pagename=V01/Page/Index&cn=V01_7.1.b) [Stand: 31.5.2010].

Die typischen Frauenbranchen wie Handel, persönliche Dienstleistungen (Friseurinnen, Gesundheitsdienste, Pflege, Reinigung), Gastgewerbe und Beherbergungswesen, zum Teil auch Bürotätigkeiten, sind allesamt auch durch einen hohen Anteil der Teilzeittätigkeiten charakterisiert. Teilzeittätigkeit erklärt die geringen Durchschnittslöhne für Frauen (auch wenn sie in Vollzeit-Äquivalente umgerechnet werden), da Frauen bei Teilzeittätigkeit nicht in Führungspositionen gelangen und dadurch auf den unteren Lohnstufen verharren. Ein weiteres Charakteristikum der Teilzeitdominanz ist die geringe gewerkschaftliche Organisation in einigen dieser Branchen, da die Frauen das Einkommen dringend für den familiären Lebensunterhalt brauchen und sich die Mitgliedsbeiträge für die Gewerkschaft nicht leisten wollen oder können.

Natürlich sind auch Männer in Niedriglohnbranchen tätig, doch in viel geringem Maße. Sie steigen auch häufiger als Frauen aus diesen Jobs wieder aus oder auf, unter anderem weil sie im Gegensatz zu vielen Frauen eine kontinuierliche Berufskarriere machen können.<sup>65</sup> In Vorarlberg waren 2006 4 % der erwerbstätigen Männer in Niedriglohnbranchen tätig, aber 25 % der Frauen.<sup>66</sup> Beide Werte liegen unter dem österreichischen Durchschnitt. Betrachtet man die Verweildauer in Niedriglohnbranchen im Beobachtungszeitraum 1998-2003, so sind damals in Vorarlberg bei den Männern 56 % und bei den Frauen 61 % in Niedriglohnbeschäftigungen geblieben – Werte deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt. Die Übergangsraten in Arbeitslosigkeit lagen in etwa im Österreichschnitt (9 % bzw. 6 %).<sup>67</sup> Für Frauen, die zum Beispiel erst im Alter von mehr als 35 Jahren in diese Lohnbereiche eintreten, gibt es kaum mehr Aufstiegschancen. Im Gegenteil, sie laufen Gefahr, im Hinblick auf ihre ursprüngliche Ausbildung abqualifiziert zu werden.

<sup>65</sup> Detailliertes geschlechtsspezifisches Material zum Verbleib in Niedriglohnbeschäftigungen, zum Aufstieg in höhere Einkommensgruppen oder zu folgender Arbeitslosigkeit, auch bezüglich Vorarlberg, bei Lutz, Hedwig / Mahringer, Helmut: Niedriglohnbeschäftigung – Brücke in dauerhafte Beschäftigung oder Niedriglohnfalle? Wien: AMS-WIFO Feb. 2010 (Kurzfassung der Studie: AMS info 155, Wien Mai 2010).

<sup>66</sup> Ebd., S. 56. Als Niedriglöhne gelten hier Verdienste, die weniger als zwei Drittel des Medians des Bruttolohns (inkl. anteiliger Sonderzahlungen) der lohnabhängig Vollzeitbeschäftigten von 18 bis 59 Jahren (ohne Beamte und Beamtinnen) ausmachen.

<sup>67</sup> Ebd., S. 57 und S. 67.

Niedrigste Männer- und Frauen-Jahresbruttoeinkommen

In der nachfolgenden Tabelle werden jene Branchen detaillierter betrachtet, in denen die geringsten Bruttojahresverdienste in Niedrigverdienstbranchen 2007<sup>68</sup> (nach ÖNACE) vorliegen. Es ist hier anzumerken, dass die niedrigen Verdienste nicht notwendigerweise eine Folge niedriger Stundenlöhne sein müssen – dies jedoch, wie zum Beispiel im Handel, durchaus sein können. Es ist deshalb empfehlenswert, zum Vergleich die Angaben zu den durchschnittlichen Bruttolöhnen aus der Verdienststrukturerhebung des Jahres 2006 heranzuziehen.

Vorarlberg: Branchen mit geringsten Bruttojahresverdiensten (2007)

Branche	Gesamtzahl Beschäftigte	Männer		Frauen	
		Beschäftigtenzahl	Median / unterste 25 % in €	Beschäftigtenzahl	Median / unterste 25 % in €
Handel; Instandhaltung und Reparaturen KFZ, Gebrauchsgüter (ÖNACE – G)	22.061	8.646	29.945 / 19.521	13.415	13.609 / 6.502
Beherbergungs- und Gaststättenwesen (ÖNACE – H)	12.418	4.125	11.853 / 4.116	8.293	8.953 / 2.934
Realitätenwesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung unternehmensbezogener Dienstleist. (ÖNACE – K)	13.457	5.959	22.289 / 7.732	7.498	9.231 / 3.317
Unterrichtswesen (ÖNACE – M)	1.300	449	27.823 / 4.585	851	10.662 / 3.894
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen (ÖNACE – O)	5.373	2.092	28.486 / 8.516	3.281	10.921 / 3.386
Gesamtzahl der unselbstständig Erwerbstätigen in Vorarlberg	155.331	82.060	31.991 / 19.651	73.271	15.260 / 5.827

<sup>68</sup> Bericht des Rechnungshofes über die durchschnittlichen Einkommen der gesamten Bevölkerung für die Jahre 2006 und 2007 („Allgemeiner Einkommensbericht 2008“), Statistischer Annex, S. 173. ÖNACE ist das System der nationalen Klassifikation der Wirtschaftstätigkeiten.

Das Medianeinkommen bedeutet, wie früher erwähnt, dass die Hälfte der jeweiligen Gruppe unter diesem Betrag liegt. Quartil bedeutet, dass 25 % der jeweiligen Gruppe unter dem angegebenen Betrag liegen. Das Medianeinkommen ist also nicht dasselbe wie das Durchschnittseinkommen beziehungsweise das arithmetische Mittel.

Da in Vorarlberg die obere Hälfte der Einkommensbezieher überproportional mehr verdient als die untere Hälfte, liegen die Durchschnittseinkommen aller Branchen zum Teil erheblich über den Medianeinkommen. Die extrem niedrigen Quartileinkommen – vor allem bei Frauen und in manchen Branchen auch bei Männern – sind zum Großteil auf Teilzeitbeschäftigung und geringfügige Beschäftigung zurückzuführen.

Wenden wir uns dem obersten Quartil der Einkommen der unselbständig Beschäftigten zu, dann haben wir es dort de facto nur mit Vollzeitbeschäftigten zu tun. Auch hier ist der Unterschied zwischen Fraueneinkommen und Männereinkommen signifikant. Bei Frauen beträgt die Quartilsgrenze € 25.679,- brutto – das heißt, ein Viertel der weiblichen Beschäftigten liegt über diesem Betrag –, bei Männern jedoch beträgt dieser Wert € 45.177,- brutto.

#### Vorarlberg: Männerlöhne – Frauenlöhne

Generell liegen in Vorarlberg die mittleren Netto-Jahreseinkommen von Frauen, auch auf Grund der hohen Teilzeitquote, erheblich unter jenen von Männern. Mit € 12.216,- gegen € 22.171,- betrug die Differenz € 9.955,- oder 44,9 % des Männer-Jahresnettos. Rechnet man die Teilzeitquoten hinaus und betrachtet nur die ganzjährig Vollzeitbeschäftigten, so betrug das Frauen-Nettojahreseinkommen € 18.638,- gegen € 25.148,- bei Männern. Das macht immer noch einen Unterschied von € 6.510,- oder 25,9 % des Männer-Jahresnettos aus (Zahlen für 2007).<sup>69</sup>

<sup>69</sup> Bericht des Rechnungshofes über die durchschnittlichen Einkommen der gesamten Bevölkerung... für die Jahre 2006 und 2007 („Allgemeiner Einkommensbericht 2008“), Wien Dez. 2008, S. 115-116.

#### 6.1.4 Nach Migrationshintergrund

Wie bereits erwähnt (Kapitel 4.3), haben in Österreich 25 % der Erwerbsarmen, nämlich 61.000 von insgesamt 247.000, keine österreichische Staatsbürgerschaft. Von diesen 61.000 Personen sind wiederum etwas über 70 % (nämlich 45.000) aus Nicht-EU- oder Nicht-EFTA-Ländern. Angaben zu Vorarlberg auf der Basis der EU-SILC-Erhebungen sind auf Grund der geringen Fallzahlen nicht repräsentativ.

#### Armutsdynamiken in migrantischen Familien<sup>70</sup>

Nach Auskunft von Sozialberater/inne/n bei Caritas und IfS sind besonders migrantische Familien eigenen Armutsdynamiken ausgesetzt, die sich vor allem aus der Einhaltung verwandtschaftlicher und freundschaftlicher Solidaritätsverpflichtungen ergeben. Die Unterstützung verschuldeter Verwandter und Freunde – im Herkunfts- wie im Zuwanderungsland – und Bürgschaften bei Bankkrediten (für welchen Zweck auch immer) können Kettenverschuldungen in Gang setzen, die sich über mehrere Personen erstrecken. Dazu kommen oft erhebliche Ausgaben für kulturspezifische Anlässe wie Hochzeiten und Beschneidungen oder für das Prestige-Verhalten bei Urlauben im Herkunftsland. Überall hier können selbst kleinere Reduzierungen von Einkommen, erst recht aber deren Verlust, zu unkontrollierbaren Verschuldungsdynamiken und zu faktischer Erwerbsarmut führen.

Ein bei Migranten öfter anzutreffendes, aber keineswegs auf sie beschränktes Phänomen ist die Flucht in die Selbständigkeit. Hierfür gibt es viele Motive: „Chef“ zu sein, Arbeit für die ganze Familie beschaffen zu können, Berichte und Gerüchte vom Erfolg anderer Selbständiger gehört zu haben. In Wirklichkeit ist diese Flucht in die Selbständigkeit oft eine Armutsfalle – trotz erfolgreicher Unternehmerkarrieren von Migrant/inn/en auch hier in Vorarlberg, etwa im Baugewerbe oder im Handel. Die Möglichkeit, Arbeit für die ganze Familie zu schaffen, entpuppt sich als kaum finanzierbarer Zwang zur Beschäftigung ansonsten arbeitsloser oder gering verdienender Angehöriger. Die klassischen Aktivitätsfelder wie Änderungsschneidereien, Kebab-Stuben, Gebrauchtwagen- und Ersatzteilhändler oder Imbiss-Wägen sind auf dem Markt schon dicht besetzt, es fehlt also ausreichende kaufkräftige Nachfrage.

<sup>70</sup> Experteninterviews mit Mustafa Can und Peter Kopf, IfS.

Oft mangelt es auch an grundlegenden kaufmännischen Fertigkeiten oder an der Voraussicht für später eintretende Zahlungen, beispielsweise Forderungen des Finanzamts und der Sozialversicherung. Ganz entscheidend ist: Misserfolg spricht sich nicht herum, sondern nur das angeblich Positive. Es ist dies ein kultureller Zug in der Verarbeitung der Migrationserfahrung gegenüber der engeren sozialen Gruppe im Herkunfts- ebenso wie im Zuwanderungsland: Lebensgeschichtliche Misserfolge und Niederlagen werden nicht eingestanden, stattdessen wird das Image des „reichen Onkels aus Vorarlberg“ aufrechterhalten, auch wenn die Realität eine ganz andere ist.

### 6.1.5 Risiko Selbständigkeit

Der Schritt zum selbständigen Unternehmertum als Armutsfalle ist keineswegs nur ein Migrantenproblem. Die IFS-Schuldenberatung berichtet von einer wachsenden Zahl von Klienten, die sich mittels Kreditaufnahmen selbständig gemacht haben, weil sie sonst auf dem Arbeitsmarkt keine Chance gehabt hätten, und die dann aus der Verschuldung nicht mehr herauskommen. In der IFS-Schuldenberatung betrug der Anteil solcher Fälle im Jahr 2009 rund 10 % der insgesamt rund 4.900 beratenen Personen.<sup>71</sup>

Unter dieser Perspektive sollte man auch in Vorarlberg die Zahlen der Gründung von Ein-Personen-Unternehmen (EPU) äußerst kritisch betrachten. Schließlich sind bereits Schullehrer/innen neue Selbständige – kein Wunder bei einem kollektivvertraglichen Bruttolohn von € 735,68 (per 1.10.2008). Außerdem sind Selbständige auch im Falle einer Geschäftsaufgabe – sei es ein Konkurs, sei es ein glatter Schlussstrich – rasch armutsgefährdet. Denn sie sind im Gegensatz zu Lohnabhängigen nicht arbeitslosenversichert und haben in vielen Fällen auch keinen früher erworbenen Anspruch auf Arbeitslosengeld.



<sup>71</sup> IFS-Schuldenberatung Vorarlberg; Jahresbericht 2009, Bregenz 2010; Interview mit DSA Peter Kopf, IFS-Schuldenberatung.

### 6.1.6 Frauenkarrieren in die Erwerbsarmut<sup>71</sup>

Wie Betriebsrätinnen und Betriebsräte berichten, versuchen Arbeitgeber, die Krise durch folgende Maßnahmen in der Beschäftigung zu bewältigen:

- ▶ Reduzierung von Vollzeit auf Teilzeit
- ▶ Lohndruck und Lohnverzicht
- ▶ Kündigung von Leiharbeiter/inne/n.

Vor allem für Saisonarbeitskräfte gilt, dass Arbeitnehmer, zumal Frauen, über 45 Jahren schwer zu vermitteln sind. Wenn Frauen nach Familienzeiten wieder in den Beruf einsteigen wollen, dreht sich für sie oft eine Spirale nach unten: Sie werden zum Beispiel im Lebensmitteleinzelhandel trotz abgeschlossener Lehre lediglich Regalbetreuerinnen. In etlichen Branchen, so in Teilen von Produktion und Gastgewerbe, werden selbst für Hilfsarbeiten nur mehr Personen mit Lehrabschluss genommen – allerdings als Hilfskräfte bezahlt: Von ihnen erwartet man bessere Lernfähigkeit, Arbeitsdisziplin, größeres Organisationstalent und stärkere Teamfähigkeit.

Wer unzureichende Deutschkenntnisse aufweist, hat überhaupt schlechte Ausgangsbedingungen. Denn in der Industrie sind viele Hilfstätigkeiten weggefallen, für welche früher Deutschkenntnisse unerheblich gewesen waren. So mussten in der Textilindustrie Frauen und Männer keineswegs Deutsch beherrschen, da es ganze migrantische Einheiten mit bilingualen Vorarbeitern gab. Solche Arbeitsplätze gibt es heute kaum mehr.

## 6.2 Nach Erwerbsintensität und Erwerbsumfang

Die Erwerbsintensität eines Haushaltes ist ein weiterer wichtiger Indikator für Armut generell und für Erwerbsarmut im Besonderen. Die volle Erwerbsintensität eines Haushaltes liegt dann vor, wenn sämtliche Haushaltsmitglieder zwischen 20 und 64 Jahren größtenteils vollzeiterwerbstätig sind. Von teilweiser Erwerbstätigkeit wird dann gesprochen, wenn ein Haushaltsmitglied im Erwerbsalter unbeschäftigt oder teilzeitbeschäftigt ist.

<sup>72</sup> Expertinneninterviews mit Sabine Rudigier, ÖGB-Frauenreferat, und Andrea Walch-Riedmann, Leiterin des AMS Feldkirch.

37 % aller Vorarlberger/innen leben in Haushalten, in denen alle Mitglieder im Erwerbsalter Vollzeit arbeiten. 48 % der Vorarlberger/innen leben in Haushalten, in denen nicht alle Mitglieder Vollzeit arbeiten. Da in Vorarlberg der Anteil an geringfügig und Teilzeit Beschäftigten im Vergleich mit anderen Bundesländern sehr hoch ist, behandeln wir im Folgenden diese beiden Beschäftigtengruppen. Noch einmal: Geringfügige Beschäftigung oder Teilzeitbeschäftigung ist für sich allein genommen noch kein Indikator für Armutsgefährdung, aber sehr wohl ein Signal für Abhängigkeit vom Einkommen anderer Haushaltsmitglieder oder von Transferleistungen und in vielen Fällen für eine Platzierung in Niedriglohnbereichen.

Vorarlberg: Erwerbsintensität im Haushalt<sup>73</sup>

... % leben in Haushalten mit ... Erwerbstätigkeit	Gesamt (=100 %) in 1.000	Keine Person im Erwerbsalter im Haushalt		mit keiner Erwerbstätigkeit		mit teilweiser Erwerbstätigkeit		mit voller Erwerbstätigkeit	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Österreich	8.242	1.014	12	772	9	3.019	37	3.437	42
Vorarlberg	384	22	6	35	9	186	48	142	37

### 6.2.1 Geringfügige Beschäftigung in Vorarlberg – Frauensache

In Vorarlberg sind von insgesamt 16.337 geringfügig Beschäftigten 11.770 Frauen (72 %) und 4.567 Männer (28 %). Es fällt auf, dass ein erheblicher Teil der geringfügig beschäftigten Männer (34,4 %) älter als 55 Jahre ist. Bei den Frauen beträgt hier der Anteil der über 55-Jährigen nur 19,8 %.

Der Großteil der Frauen in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen ist zwischen 30 und 49 Jahren alt, nämlich 51,5 %. Bei den Männern beträgt der Anteil dieses Alterssegmentes hingegen nur 31,2 %.<sup>74</sup>

<sup>73</sup> Statistik Austria (2009): EU-SILC 2008, Tabellenband, Tab. 9.6, S. 56.

<sup>74</sup> <http://www.dnet.at/bali/User2008.aspx> (freie Abfrage) [Stand: 31.5. 2010].

Vorarlberg: Geringfügig beschäftigte Frauen (Jahresdurchschnitt 2009)

bis 19 Jahre	482	4,1 %
20 – 24 Jahre	795	6,8 %
25 – 29 Jahre	979	8,3 %
30 – 34 Jahre	1.192	10,1 %
35 – 39 Jahre	1.599	13,6 %
40 – 44 Jahre	1.766	15,0 %
45 – 49 Jahre	1.505	12,8 %
50 – 54 Jahre	1.121	9,5 %
55 – 59 Jahre	1.041	8,8 %
60 – 64 Jahre	694	5,9 %
65 Jahre und älter	596	5,1 %
<b>Gesamt</b>	<b>11.770</b>	<b>100 %</b>

Vorarlberg: Geringfügig beschäftigte Männer (Jahresdurchschnitt 2009)

bis 19 Jahre	312	6,8 %
20 – 24 Jahre	502	11,0 %
25 – 29 Jahre	446	9,8 %
30 – 34 Jahre	343	7,5 %
35 – 39 Jahre	327	7,2 %
40 – 44 Jahre	391	8,6 %
45 – 49 Jahre	363	7,9 %
50 – 54 Jahre	313	6,9 %
55 – 59 Jahre	288	6,3 %
60 – 64 Jahre	585	12,8 %
65 Jahre und älter	697	15,3 %
<b>Gesamt</b>	<b>4.567</b>	<b>100 %</b>

Geringfügige Beschäftigung bedeutet zwar nicht per se Erwerbsarmut (wenn nämlich das äquivalisierte Haushaltseinkommen über der Armutsschwelle liegt), aber sie führt auf jeden Fall, bei fehlender Sozialversicherung, zu geringen Pensionen. Deshalb sollten auch die Geringfügigen verpflichtend in die Sozialversicherung einbezogen werden. Zwar können sich gegenwärtig auch Geringfügige mit einem Pauschale von € 50,- versichern, aber bei Löhnen von beispielsweise € 250,- oder € 300,- pro Monat ist selbst dieser Betrag zu viel. Ab 1.1.2010 beträgt die Geringfügigkeitsgrenze € 366,33.

### 6.2.2 Teilzeitbeschäftigung in Vorarlberg

Von den insgesamt 184.400 Erwerbstätigen in Vorarlberg waren gegen Ende 2009 46.300, das sind 25,1 %, Teilzeit beschäftigt, d.h. weniger als 36 Wochenstunden (Zeitraum: 4. Quartal 2009). Diese Teilzeitquote liegt etwas über dem österreichischen Durchschnitt von 24,6 %. Von diesen 46.300 Teilzeitbeschäftigten sind 39.800 Frauen und 6.500 Männer. Die Teilzeitquote der Frauen liegt bei 48,1 % und damit österreichweit an der Spitze (österreichischer Teilzeitquoten-Durchschnitt bei Frauen: 42,7 %). Die Teilzeitquote der männlichen Erwerbstätigen in Vorarlberg beträgt 6,4 %.<sup>75</sup>

Da Teilzeitbeschäftigung einer der Faktoren für Armutsgefährdung ist, sind die Motive für die Wahl dieser Beschäftigungsform von Belang. Aus den Befragungen des Mikrozensus der Statistik Austria für Vorarlberg wird deutlich, dass nur ein knappes Viertel aller Teilzeitbeschäftigten gar keine Vollzeittätigkeit wünscht. Alle anderen haben sonstige Gründe: Am entscheidendsten sind die Betreuungspflichten gegenüber Kindern oder pflegebedürftigen Erwachsenen (37 %), gefolgt von anderen persönlichen oder familiären Gründen (16 %). 8 % arbeiten in Vorarlberg Teilzeit, weil sie keine Vollbeschäftigung finden konnten.

<sup>75</sup> Statistik Austria: Arbeitsmarktstatistik 4. Quartal 2009 – Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung, Wien 2010, S. 68-70.

### Vorarlberg: Gründe für Teilzeitbeschäftigung<sup>76</sup>

Teilzeit bis 35 h/ Woche	Warum Teilzeit								Gesamt
	unklar	Weil Sie Kinder oder pflegebedürftige Erwachsene betreuen	Weil Sie keine Vollzeit-tätigkeit wollen	Aus anderen persönlichen oder familiären Gründen	Weil Sie keine Vollzeit-tätigkeit finden konnten	Wegen schulischer oder beruflicher Aus- oder Fortbildung	Wegen Krankheit	Aus sonstigen Gründen	
% der Teilzeitbeschäftigten	(5)	37	23	16	(8)	(6)	(2)	(4)	100

17 % der Vorarlberger Teilzeitbeschäftigten würden – auch trotz vorhandener anderer Verpflichtungen – in irgendeiner Form gerne mehr Stunden arbeiten, entweder in einem neuen Beschäftigungsverhältnis oder durch Erhöhung der Stundenzahl in der bisherigen Tätigkeit. Man spricht in diesem Zusammenhang von „arbeitszeitbezogener Unterbeschäftigung“.

### Vorarlberg: Wunsch nach mehr Arbeit<sup>77</sup>

Wunsch nach mehr Arbeit (in % der Teilzeitbeschäftigten)					Gesamt
nein	Durch eine Nebentätigkeit	Wunsch nach mehr Arbeit (in % der Teilzeitbeschäftigten)	Durch mehr Stunden in der gegenwärtigen Arbeit	Gleichgültig wie	
83	(1)	(5)	9	(1)	100

<sup>76</sup> Quelle: Statistik Austria: Mikrozensus 2009, 4. Quartal – eigene Auswertung (Fallzahl 648). Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet.

<sup>77</sup> Quelle: Statistik Austria: Mikrozensus 2009, 4. Quartal – eigene Auswertung (Fallzahl 648). Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet.

### 6.2.3 Leiharbeiter/innen in Vorarlberg

Leiharbeit kann zu einem Faktor für Erwerbsarmut werden, weil das Arbeitsverhältnis in hohem Maße prekär ist und darum früher und häufiger Arbeitslosigkeit droht als bei einem festen Arbeitsverhältnis. Leiharbeiter/innen waren von der Krise 2008/09 verständlicherweise sehr stark betroffen. In Vorarlberg ist ihr Anteil an der Gesamtzahl der unselbständig Beschäftigten von 140.064 (Stichtag: 31.7.2009) mit 1 % freilich äußerst gering. Der österreichweite Durchschnitt beträgt 1,8 %.<sup>78</sup>



2007 und 2008 (Stichtag jeweils 31. Juli) hatte in Vorarlberg die Zahl der überlassenen Arbeitskräfte mit 1.957 (2007) und 1.922 (2008) einen Höhepunkt erreicht. In diesen beiden Jahren waren darunter 222 (2007) und 209 (2008) Frauen. Zum Stichtag 31.7.2009 war die Zahl der überlassenen Arbeitskräfte jedoch um 24 % auf insgesamt 1.460 zurückgegangen, die Frauen blieben jedoch mit 210 Personen stabil.<sup>79</sup> Unabhängig von ihrer geringen Zahl sind die Leiharbeiter/innen klassische Kandidaten für Erwerbsarmut – und das nicht unbedingt auf Grund ihrer Verdienstsituation im aktiven Einsatz, sondern durch das viel größere Risiko der Arbeitslosigkeit und diskontinuierlicher Erwerbsläufe.

Auch wenn das Gewicht von Arbeitskräfteüberlassungen in der gesamten Beschäftigungsstruktur Vorarlbergs nicht überbewertet werden sollte, so hat die Krise doch gerade bei den Leasingarbeitern, und hier bei den Männern, einen besonders deutlichen Ausdruck gefunden. Durch die fast ausschließliche Konzentration in Gewerbe und Industrie sind dort auch die massivsten Einbrüche dieser Beschäftigungsform festzustellen: nämlich zwischen 30 und 36 %, bezogen auf die Höchststände des Jahres 2007 und das Krisenjahr 2009. Insgesamt haben wir in den beiden Jahren 2008 und 2009 einen Gesamtrückgang der Zahl der Leasingarbeiter/innen von 25,4 % festzustellen, wobei 24 Prozentpunkte allein auf das Jahr vom 31.7.2008 bis zum 31.7.2009 entfallen.<sup>80</sup>

<sup>78</sup> Quelle: <https://akupav.eipi.at/akupav> des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMASK) [Stand: 31.5.2010]

<sup>79</sup> Quelle: <https://akupav.eipi.at/akupav> des BMASK [Stand: 31.5.2010]

<sup>80</sup> Quelle: <https://akupav.eipi.at/akupav> des BMASK [Stand: 31.5.2010]

Leiharbeit in Vorarlberg 2007-2009<sup>81</sup>

Sparte	2007	2008	+/-	2009	+/-
Gewerbe, Handwerk,					
Dienstleistung	1.264	1.198	-5,2 %	887	-26,0 %
Industrie	497	457	-8,1 %	316	-30,9 %
Handel	45	41	-8,9 %	32	-22,0 %
Transport, Verkehr, Telekom.	35	115	228,6 %	79	-31,3 %
Tourismus und Freizeitwirt.	10	15	50,0 %	7	-53,3 %
Information und Consulting	4			1	
Sonstige	102	96	-5,9 %	138	43,8 %
<b>Gesamt</b>	<b>1.957</b>	<b>1.922</b>	<b>-1,8 %</b>	<b>1.460</b>	<b>- 24,0 %</b>

### 6.3 Arbeitslose als Working Poor<sup>82</sup>

Die seit Mitte 2008 spürbar werdende Krise hatte in Vorarlberg auf die Beschäftigten recht unterschiedliche Auswirkungen je nach Geschlecht, Bildung und Alter. Grundsätzlich war bei Männern eine doppelt so starke Zunahme der Arbeitslosigkeit wie bei Frauen festzustellen. Der Grund liegt in der Branchenverteilung der Beschäftigten – Männer sind stärker in den krisenanfälligen, exportorientierten Branchen wie Metall und Holz sowie bei den Betrieben der Arbeitskräfteüberlasser (Leiharbeit) vertreten. In typischen Frauenbranchen hingegen konnte sogar eine Beschäftigtenzunahme verzeichnet werden, etwa im Pflege- und Krankenhausbereich. Andere Frauenbranchen wie Handel und Gastgewerbe, aber auch öffentliche Dienstleistungen, blieben konstant. Dadurch verzeichneten zwar auch Frauen insgesamt mehr Arbeitslose, sie waren aber in der Tendenz weniger betroffen als Männer.

Auch bei Jugendlichen war zumindest bis Anfang 2010 ein unterdurchschnittlicher und eher schwacher Anstieg der Arbeitslosigkeit festzustellen. Der Grund liegt in öffentlichen Arbeitsmarktinterventionen mittels Schulungen und Projekten. Es gibt eine Zusage des Landes Vorarlberg, dass jede/r unter 25-Jährige innerhalb von sechs Monaten eine Beschäftigung oder Schulung erhält.

<sup>81</sup> Quelle: <https://akupav.eipi.at/akupav> des BMASK [Stand: 31.5.2010]

<sup>82</sup> Experteninterview Manfred Ritter, AMS Vorarlberg, und Andrea Walch-Riedmann, AMS Feldkirch.

Im Hinblick auf nicht-migrantische und migrantische Arbeitnehmer/innen ist der Unterschied beim Wachstum der Arbeitslosigkeit nicht auffällig, wenn man von der Qualifikation absieht. Denn die Qualifikation ist grundsätzlich der entscheidende Faktor beim Risiko, arbeitslos zu werden. Am Anfang der Krise ist jeweils eine starke Tendenz zur Entlassung von unqualifizierten Arbeitskräften feststellbar (und hier stellen Migrantinnen und Migranten einen relativ höheren Anteil), in späteren Phasen gleichen sich die Unterschiede zwischen Migrant/innen und Österreicher/innen im Hinblick auf die Arbeitslosendynamik aus. Entscheidend ist, dass rund 50 % aller Arbeitslosen maximal Pflichtschulabschluss haben.

Für Ende Mai 2010 wies die Vorarlberger Arbeitslosenstatistik im Hinblick auf die Ausbildung folgende Werte aus:<sup>83</sup>

Vorarlberg: Arbeitslose nach Bildungsabschlüssen (Mai 2010)

Arbeitslose Vorarlberg gesamt	10.980	100 %
davon mit maximal Pflichtschulabschluss	5.219	47,5 %
davon ohne Pflichtschulabschluss	923	8,4 %
davon mit Pflichtschulabschluss, jedoch ohne weiterführende Qualifikation	4.296	39,1 %
Lehre	3.860	35,2 %
Anderweitige Ausbildung	1.760	16,0 %
Ungeklärt	141	1,3 %

<sup>83</sup> <http://iambweb.ams.or.at/ambweb/AmbwebServlet?trn=start> [freie Abfrage → Arbeitslosigkeit → Personenmerkmale → Ausbildung].

Noch in der ersten Hälfte 2008 war der Arbeitskräftebedarf so groß gewesen, dass das AMS selbst Menschen mit Einschränkungen vom zweiten in den ersten Arbeitsmarkt vermitteln konnte. Durch den damals akuten Facharbeitermangel war es auch zu einer generellen Aufstufung erfahrener Hilfskräfte gekommen, die nun in qualifiziertere Positionen einrücken konnten. Diese Dynamik ist jedoch ab der zweiten Jahreshälfte 2008 rasch abgebrochen und dann gekippt.

Im Bezirk Feldkirch beispielsweise wurde das spürbar, weil dort die Kfz-Zulieferer und deren vorgelagerte Lieferanten von der Krise der Automobilindustrie betroffen wurden. Selbst Personen mit Ausbildung konnten nun nicht mehr in den Arbeitsmarkt integriert werden, wenn sie, wie viele Jugendliche, keine oder wenig Praxis hatten oder älter als 45 oder 50 Jahre waren. Zwar war die Tendenz, statt erfahrener Älterer grundsätzlich Junge anzustellen, nicht mehr so stark wie in den zurückliegenden Jahren, doch ist die Schwierigkeit, für Ältere einen Platz im Arbeitsprozess neu zu erhalten oder zu bewahren, nach wie vor erheblich. Das gilt zum Beispiel für den Einzelhandel, wo die Kollektivvertragslöhne mit dem Alter ansteigen. Denn das macht die Beschäftigung für die Arbeitgeber weniger attraktiv. In anderen Bereichen wie dem Tourismus und im Gastgewerbe werden jüngere Arbeitnehmer/innen bevorzugt, weil sie den sozialen Erwartungen der Gäste vermeintlich besser zu entsprechen und mehr Umsatz zu bringen scheinen als ältere.<sup>84</sup>

### 6.3.1 Materielle Armutsdynamik der Arbeitslosigkeit<sup>85</sup>

Sobald eine längere Arbeitslosigkeit eintritt, wird eine eigene Verarmungsdynamik wirksam. Denn die gewährten Tagsätze des Arbeitslosengeldes sind zum einen der Höhe nach begrenzt, zum anderen nehmen sie nach oben im Verhältnis zum zugrundeliegenden Einkommen ab. Es gilt also: Je höher die Tagsatzgruppe, desto größer der Verlust. Oder anders: Gutverdienende verlieren durch das Arbeitslosengeld relativ mehr als Niedrigverdiener. Bei größeren Familien kann diese Dynamik durch die zum Arbeitslosengeld (oder zur Notstandshilfe) gezahlten Familienzuschläge etwas ausgeglichen werden. Im Februar 2010 betrug der höchste Tagsatz für den Arbeitslosengeldbezug € 44,70, das bedeutet ein maximales Monatseinkommen von € 1.386,- (netto). Dieser Tagsatz wird in der höchsten Lohngruppe

<sup>84</sup> Expertinneninterview Andrea Wälfel-Riedmann, AMS Feldkirch.

<sup>85</sup> Experteninterview Manfred Ritter, AMS Vorarlberg.

<sup>86</sup> <http://bruttonetto.akwien.at/> [Stand: 31.5.2010].

von € 3.291,- (brutto) pro Monat (ohne Sonderzahlungen) fällig. Das ergibt für Alleinverdiener einen Nettogesamtbezug im Jahr von € 29.663,-.<sup>86</sup> An Arbeitslosengeld erhalten Bezieher solcher und höherer Löhne maximal € 16.316,- (netto) im Jahr. Das ist also ein Nettoeinkommensverlust von 45 %.

Wird nach einer bestimmten Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes (abhängig von Lebensalter und Jahren der arbeitslosenversicherungspflichtigen Beschäftigungen) die Notstandshilfe beantragt, so führt dies zu einer weiteren Reduktion des Einkommens, da diese in der Regel 92 % des Arbeitslosengeldes beträgt. Allerdings wird bei der Notstandshilfe das gesamte Haushaltseinkommen mitgerechnet, sodass es auch geschehen kann, dass keinerlei Notstandshilfe gezahlt wird. Das heißt, es gibt vorgemerkte Arbeitslose, die keine Leistungsbezieher sind. Das betrifft vor allem Frauen, deren Partner noch ausreichend zum Haushaltseinkommen beitragen. Es gab auch eine öffentliche Diskussion zu dieser Problematik, da österreichweit ca. 10 % der um Notstandshilfe ansuchenden Frauen wegen des Einkommens des Mannes negativ beschieden werden und sie dadurch trotz eigener Versicherungsbeiträge völlig vom Mann abhängig werden.<sup>87</sup>

### 6.3.2 Arbeitslosigkeit als Lebenskrise

Arbeitslosigkeit muss generell als schlimme lebensgeschichtliche Krise gesehen werden. Soziale Kontakte gehen verloren, nach zwei bis drei Monaten ziehen sich viele Arbeitslose weitestgehend ins Private zurück, und es beginnt sich eine Spirale in Richtung Depression zu drehen. Da immer noch eine Arbeitsethik herrscht, derzufolge jede/r, die/der will, auch eine Arbeit findet, kommt es zum Konflikt mit einer längst anders gewordenen Realität. Da sich Menschen über ihre Arbeitsfähigkeit zu definieren pflegen, definieren sie sich in der Arbeitslosigkeit als wertlos. Eigenheime können verloren gehen, Familien zerbrechen, innerfamiliäre Gewalt steigt und Kinder erleben familiäre Konflikte, die auch ihre Leistungs- und Lernfähigkeit schwer beeinträchtigen.<sup>88</sup>

<sup>87</sup> Die Presse – online, 11.3.2010 – [http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/545613/index.do?\\_vl\\_backlink=/home/index.do](http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/545613/index.do?_vl_backlink=/home/index.do) [Stand: 31.5.2010].

<sup>88</sup> Interviews mit Expert/inn/en von AMS, Caritas und IFS.

### 6.4 Allgemeine Armutsdynamiken<sup>89</sup>

Unabhängig von niedrigen Erwerbseinkommen und armutsanfälligen Haushaltstypen gibt es eigene Faktoren, die eine Verarmungsspirale in Gang setzen können. Diese Faktoren wirken sich bei niedrigen Einkommen allerdings noch gravierender aus als bei durchschnittlichen. Hier treffen wir also auf eine Kombination von Niedrigeinkommen mit einer Ausgabendynamik, die insgesamt zu Armut führen kann.

Nur durch erhebliche Anstrengungen der Lebensgestaltung wie spürbare Einschränkungen des bisherigen Konsumniveaus, besondere Bemühungen bei der Arbeitssuche, Weiterqualifizierung oder begleitetes Schuldenmanagement kann eine solche Dynamik beendet oder rückgängig gemacht werden. Dazu zählen Armutgefährdungen auf Grund spezieller Lebenslagen:

- ▶ Trennungs- und Scheidungskosten durch Beziehungskrisen
- ▶ Haushaltsauflösungen und -trennungen mit den dadurch entstehenden viel höheren Pro-Kopf-Kosten
- ▶ Arbeitslosigkeit von Haushaltsmitgliedern (vor allem Jugendlichen)
- ▶ eingeschränkte Erwerbsfähigkeit alleinerziehender Elternteile auf Grund des beschränkten Zugangs zum Arbeitsmarkt infolge von Betreuungspflichten – eine Dynamik, die vor allem durch fehlende ganztägige Betreuungseinrichtungen verursacht ist
- ▶ Verschuldung und Krankheit.

<sup>89</sup> Interviews mit Peter Kopf, IFS-Schuldenberatung Bregenz (Armutsdynamiken) und Armin Kloser, Sozialsprengel Hard (Verschwinden nichtmonetärer Erwerbseinkommen und verzögerter Beschäftigungseintritt bei Jugendlichen).

#### 6.4.1 Wirkung der Verschuldungsdynamik

Was immer die Gründe sein mögen – die Arbeitslosigkeit eines Familienmitglieds, eine Trennungskrise, die Finanzierung überzogener Statussymbole, mangelndes Ausgabenmanagement, Spielschulden etc. –, Überschuldung funktioniert letztlich wie eine Behinderung. Denn Überschuldung führt in der Regel zu Lohnexekution, diese wiederum führt zu schlecht bezahlten Arbeitsplätzen, weil dem betreffenden Arbeitnehmer vom Arbeitgeber leicht die erwünschte Verlässlichkeit abgesprochen wird. Die Folge ist eine Verdrängung auf niedrigqualifizierte und schlecht bezahlte Arbeitsplätze etwa in Gastgewerbe, Transport, Bau, Reinigung und Sicherheitsdiensten. Eine ähnliche Wirkung wie eine Lohnexekution hat die Verweigerung eines eigenen Girokontos durch die Banken: Auch das ist ein Stigma bei Jobbewerbungen – deshalb die Forderung des Instituts für Sozialdienste (IfS), dass ein Rechtsanspruch auf ein Girokonto geschaffen wird, bzw. die Kooperation des IfS mit Banken, die ein solches Girokonto (ohne Überziehungsmöglichkeit) auch verschuldeten Klienten gewähren.

#### 6.4.2 Beschäftigungslose Familienmitglieder

Bei unqualifizierten Jugendlichen verzögert sich der Eintritt in den Arbeitsmarkt oder findet überhaupt nicht statt – das reduziert das verfügbare Haushaltseinkommen. Daraus entsteht leicht Armutsgefährdung oder manifeste Armut. Dasselbe gilt auch für den schwierigen beruflichen Wiedereinstieg von Frauen nach der Familienzeit. Wenn er gelingt, dann oft zu schlechteren Bedingungen als im früheren Erwerbsverhältnis. Das verfügbare Haushaltseinkommen sinkt. Und schließlich sind Familien mit den prekären Erwerbsverhältnissen älterer Familienmitglieder konfrontiert: mit Jobverlust oder Verdrängung in schlechter bezahlte flexible Erwerbsformen (Änderungskündigungen, Verschlechterung der Erwerbssituation durch Jobwechsel oder bei Wiedereinstieg in den Beruf).

In vielen Fällen überlagern sich solche Armutsdynamiken durch Faktoren der Qualifikation, einschließlich des Spracherwerbs, der Dequalifikation von Frauen beim Wiedereinstieg in den Beruf und der Altersprekarität.



Das hat erfahrungsgemäß auch Auswirkungen auf die heranwachsende Generation. Durch geringere Schul- und Ausbildungsqualifikation (Sprachqualifikation, generelle Bildungsqualifikation, fehlende Lehre, früher Bildungsabbruch) sind die Kinder solcher Familien oft mit zu geringen Bildungsressourcen ausgestattet und schaffen deshalb den Berufseinstieg entweder gar nicht oder nur in prekäre und/oder schlecht bezahlte Beschäftigungsverhältnisse.

Dabei sind Hilfsarbeitsplätze im Industriebereich, zumal weibliche, weitestgehend verschwunden. Geblieben sind die im Dienstleistungsbereich – Handel, Reinigung, Systemgastronomie und ähnliches –, die jedoch in vielen Fällen an Sprache gebunden sind oder durch neue Qualifikationsprofile zunehmend höhere Sprach- und Sozialkompetenzen erfordern.

#### 6.4.3 Kosten der Existenzsicherung<sup>90</sup>

Arme leben teurer: Das ist eine gesicherte Erkenntnis der Armutsforschung, weil sich arme Menschen in der Regel nur geringerwertige dauerhafte Konsumgüter und qualitativ geringerwertige Lebensmittel leisten können. Sie zahlen dadurch bezogen auf die Nutzungseinheit mehr. Sie können sich zum Beispiel nur einen Gebrauchtwagen leisten, der zwar in der Anschaffung billiger ist, dann jedoch durch laufende Reparaturkosten und höheren Treibstoffverbrauch den gefahrenen Kilometer teurer macht als ein in der Anschaffung teurerer Neuwagen. Das gilt generell für Strukturkosten der Erwerbs- und Lebenssicherung.

#### Hohe Wohnungskosten

Billiger Wohnraum in Altbauten oder Werksiedlungen ist in Vorarlberg generell vom Markt verschwunden, selbst Sozialwohnungen sind inzwischen relativ teuer, sodass oft das ganze Monatseinkommen einer einzigen Person nur für Miete und Betriebskosten verwendet werden muss. Fällt dieses Einkommen weg oder wird es reduziert, setzt sich bereits hier leicht eine Verschuldungsdynamik in Gang.

<sup>90</sup> Experteninterview DSA Armin Kloser, Sozialsprengel Hard.

### Hohe Mobilitätskosten

Darunter fallen in erster Linie die Ankaufs- und Erhaltungskosten eines eigenen Fahrzeuges, das in vielen Fällen der Erreichung der Arbeitsstätte dient. Die Leistung des öffentlichen Verkehrs hat sich zwar in den vergangenen Jahren massiv verbessert, doch ist ein den Individualverkehr ersetzendes flächendeckendes Angebot angesichts der Siedlungsstruktur nicht möglich. Wenn der Pkw zusätzlich ein Prestigeobjekt darstellt, sind die Ausgaben bei Niedrigeinkommen oft nicht finanzierbar.

### Wachsende Reproduktionskosten

Die Kosten der Reproduktion für die Arbeitskraft steigen insgesamt, aber werden einnahmenseitig unzureichend abgedeckt. Früher sind Reproduktionskosten durch Ressourcen gedeckt worden, die nicht kommerzialisiert waren – Eigenanbau und Kleintierzucht. Auf Grund der gesellschaftlichen Entwicklung sind aber die Flächen zum Eigenanbau verschwunden. In einer Gesellschaft, die diesen Boden nicht mehr zur Verfügung stellt oder ihn durch den Verbauungsdruck sehr teuer gemacht hat, steigen die Reproduktionskosten, die nun ausschließlich aus dem knappen Erwerbseinkommen bestritten werden müssen. Im alten System sind Reproduktionskosten zum Teil auch durch die unbezahlte und unkommerzialisierte Erwerbsarbeit der Frauen (weibliche „Schattenarbeit“) gedeckt worden. Diese Arbeit steht als Quelle des nicht-monetären Einkommens nicht mehr zur Verfügung.

## 6.5 Exkurs: Sozialhilfe und Erwerbsarmut<sup>91</sup>

Arbeitslosigkeit führt sehr leicht zu Erwerbsarmut – und zum Angewiesensein auf Sozialhilfe. Denn von der Notstandshilfe des AMS gibt es einen fließenden Übergang zur Sozialhilfe des Landes. Wenn nämlich die Notstandshilfe auf Grund des vorhergehenden niedrigen Arbeitslosengeldbezuges die Höhe des Sozialhilfe-richtsatzes nicht mehr erreicht, dann muss die Notstandshilfe durch die Sozialhilfe „aufgestockt“ werden. Auf diese Weise wird mittels zusätzlicher Sozialhilfe das Existenzminimum einer/eines Arbeitslosen und seiner/ihrer Familie gesichert.

<sup>91</sup> Experteninterview Dr. Ludwig Rhomberg, Leiter Abt. Soziales im Amt der Vorarlberger Landesregierung, Bregenz.

Die Zahl solcher „Aufstocker“ ist in Vorarlberg durchaus erheblich. So waren im Oktober 2009 von insgesamt 1.690 Bedarfsgemeinschaften (das sind sozialhilfe-beziehende Haushalte) 619 so genannte Aufstocker (36,7 %), das heißt Bezieher von Sozialhilfe zusammen mit AMS-Leistungen.<sup>92</sup>

Soziale Transferleistungen<sup>93</sup> spielen grundsätzlich eine erhebliche Rolle, damit Ungleichheiten der Einkommensverteilung gemildert und Haushalte über die Armutsgefährdungsschwelle gehoben werden. In Vorarlberg wären – zu den bestehenden 18 % armutsgefährdeten Haushalten – weitere 17 % armutsgefährdet, wenn nicht staatliche Transferleistungen sie über die Armutsgefährdungsgrenze heben würden (siehe Kap. 5.4).

Auch wenn die Sozialhilfe keineswegs die prominenteste Art einer Transferleistung darstellt, lässt sich daran gut zeigen, dass im Gegensatz zu gerne kolportierten Vorurteilen soziale Transfers in der Regel die Erwerbstätigkeit unterstützen und sie keineswegs ersetzen. Solche Leistungen schaffen also in Notsituationen gleichsam eine Brücke, die es erlaubt, wieder eine geregelte Erwerbstätigkeit aufzunehmen.

Dazu kommt, dass gerade im Falle der Sozialhilfe bestehende Rechtsansprüche oft nicht aktualisiert werden. Sie wird also viel weniger in Anspruch genommen, als es auf Grund bestehender Notlagen möglich wäre. Dieses Phänomen der „Anspruchsvermeidung“ ist gerade bei Working Poor anzutreffen, da diese oft nicht wissen, dass neben dem Erwerbseinkommen eine Berechtigung auf Sozialhilfeleistungen besteht, beziehungsweise sie diese Ansprüche aus persönlichen Gründen – etwa weil man sich schämt – nicht realisieren wollen.<sup>94</sup>

Durch die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung ab September 2010 wird die Statistik der Sozialhilfe erneuert, weil nun österreichweit sozialhilfe-beziehende Personen mit gleichzeitigem Erwerbseinkommen oder AMS-Bezug erfasst werden. Hier geht es um Arbeitnehmer/innen mit regulärem Erwerbseinkommen, die auf Grund ihrer Haushaltssituation (Kinder, Partner, Angehörige) Sozialhilfe benötigen – also geradezu klassische Erwerbsarme –, sowie um die so genannten „Aufstocker“.

<sup>92</sup> Vorarlberger Landesregierung, Abteilung Soziales, Sozialhilfestatistik 2009 (unpubl.) [Stand: 10.2.2010].

<sup>93</sup> Einen ausführlichen Überblick über zustehende Transferleistungen bietet: Kammer für Arbeiter und Angestellte (Hg.): Sozialstaat Österreich: Sozialleistungen im Überblick. Lexikon der Ansprüche und Leistungen, Wien 2009 (11. neubearbeitete Auflage).

<sup>94</sup> Dimmel, Nikolaus: Im toten Winkel des Wohlfahrtsstaates. Soziologische Aspekte der Nichtinanspruchnahme von Sozialhilfe, in: Dimmel, N. / Heitzmann, K. / Schenk, M. (Hg.): Handbuch Armut in Österreich, Innsbruck 2009, S. 302-316, hier S. 309.

Vorarlberg zählte im Laufe des Jahres 2009 insgesamt 4.022 so genannte Bedarfsgemeinschaften, also Sozialhilfe beziehende Ein- oder Mehrpersonenhaushalte (mit insgesamt 8.263 Personen). Die Verweildauer in der Sozialhilfe betrug durchschnittlich 4,78 Monate – die Sozialhilfe ist also alles eher als eine Hängematte. In 2.078 Fällen wurde Sozialhilfe bis zu drei Monaten bezogen (das sind 52 %), in 669 Fällen (das entspricht 17 %) zwischen vier und sechs Monaten und in 1.275 Fällen (32 %) mehr als sieben Monate.

Die Sozialhilferichtsätze, also die Unterstützungsleistungen für den Lebensunterhalt ohne Wohnungsaufwand und Heizung, doch inklusive Strom, wurden für das Jahr 2010 mit folgenden Beträgen festgesetzt:

- ▶ Alleinstehende mit oder ohne Haushalt € 517,10
- ▶ Haushaltsvorstände € 434,20
- ▶ Kinder mit Anspruch auf gesetzliche Familienbeihilfe € 160,60
- ▶ sonstige Angehörige € 276,90.

Für eine Wohnung für drei Personen werden maximale Mietkosten, inklusive Betriebskosten, von € 680,- angesetzt.

Die Zahl der Ansprüche ist von 2008 auf 2009 nicht signifikant gestiegen. Die Krise hat also noch nicht sichtbar durchgeschlagen, offenbar auch deswegen, weil die Menschen zuerst einmal versuchen und auch versuchen müssen, Reserven zu mobilisieren. Dies gilt auch für die Zahl der so genannten Aufstocker, also jener, die zum Arbeitslosengeld oder zur Notstandshilfe eine Sozialhilfe beziehen.

Allein die Aufstocker machen rund ein Drittel der Gesamtbezieher von Sozialhilfe-Geldleistungen aus. Im Stichmonat Oktober 2009 erhielten insgesamt 1.690 Bedarfsgemeinschaften mit zusammen 3.521 Personen Sozialhilfe. Darunter waren – wie schon erwähnt – 619 Bedarfsgemeinschaften, in denen eine AMS-Leistung vorlag. In 213 weiteren Bedarfsgemeinschaften bestand ein Erwerbseinkommen.<sup>95</sup>

<sup>95</sup> Alle Daten zur Sozialhilfe stammen von der Vorarlberger Landesregierung, Abteilung Soziales, Sozialhilfestatistik 2009 (noch unpubl.) [Stand: 10.2.2010]

Fast 50 % aller Sozialhilfeempfänger gehörten also zu einem erwerbsarmen Haushalt. Wir sehen somit, dass die Sozialhilfe in der Hälfte der Fälle nicht eine klassische Armutssituation lindert, sondern erwerbsarme Haushalte unterstützt. Dies und die insgesamt geringe Verweildauer in der Sozialhilfe sind ein Indiz für eine hohe Mobilität aus der Sozialhilfe heraus, ganz im Gegensatz zum landläufigen „Hängematten-Argument“.

Das statistische Bild wird durch die Praxis vor Ort in den Kommunen bestätigt. Viele Sozialhilfebezieher/innen sind Einmalbezieher/innen, die auf Grund von Betriebskostennachzahlungen, einmaligen Mietrückständen, aber auch auf Grund von Rückständen bei der Auszahlung von Arbeitslosengeld wegen der Bearbeitungsdauer von ca. 1,5 Monaten beim Amt vorstellig werden. Da auch die Bearbeitung von Sozialhilfeansuchen eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt, wenden sich Hilfesuchende zum Teil an die Caritas mit der Bitte um Überbrückungsgeld.

In den meisten Fällen sind die erwerbsarmen Ansuchenden ungelern und kommen aus Branchen wie dem Reinigungs- und dem Baugewerbe.

Dauerbezieher/innen von Sozialhilfe sind entweder vollständige Familien, in denen der/die Hauptlohnbezieher/in arbeitslos geworden ist, oder Alleinerziehende, die nur Teilzeit oder geringfügig arbeiten können. Durch die diskontinuierliche Beschäftigung haben sie oft keinen Anspruch auf AMS-Leistungen. Wer wirklich dauerhaft Sozialhilfe bezieht, so die zuständigen Sachbearbeiter/innen in der Verwaltung, weist in der Regel eine Beeinträchtigung auf. Andererseits ist gerade bei Alleinerziehenden festzustellen, dass es durchaus einen Weg aus dem Dauerbezug gibt: durch die Aufnahme einer Arbeit oder durch das Zusammenleben mit einem/einer erwerbsaktiven Partner/in, sobald der Betreuungsbedarf für die Kinder nicht mehr so hoch ist.<sup>96</sup>

<sup>96</sup> Expert/inn/eninterview Sabine Aberer, Egon Berchtold und Inci Nihal Özcan, Bürgerservice der Stadt Hohenems.





## 7. Working Poor – Was tun?

Genau so, wie in der Definition der Working Poor verschiedene Faktoren zusammenfließen – individuelle Erwerbssituation, personelle Zusammensetzung und Erwerbsintensität des Haushaltes –, ist auch bei den Maßnahmen gegen Erwerbsarmut eine Unterscheidung der entsprechenden Ebenen nötig.

Eine Gruppe von Maßnahmen muss sich auf die Beteiligung am Erwerbsleben und auf das dadurch erzielte Einkommen richten. Es handelt sich um arbeitsmarkt- und lohnpolitische Maßnahmen. Die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen betreffen Beschäftigungsmöglichkeiten durch Förderung der Integration in den ersten Arbeitsmarkt sowie dauerhafter Job-Chancen im zweiten Arbeitsmarkt. In Niedriglohnbranchen kann eine Mindestlohnpolitik Erwerbsarmut verringern, jedenfalls in Branchen, wo Arbeitsplätze – wie bei persönlichen Dienstleistungen – nicht ohne weiteres durch technischen Fortschritt wegrationalisiert oder durch Verlagerung in Niedriglohnländer abgebaut werden können.

Angesichts einer sehr starken allgemeinen Tendenz zur Ablösung lebenslanger Normalarbeitsverhältnisse durch verschiedenartige und verschieden intensive prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind hier auch alle jene Maßnahmen wichtig, die auf soziale Sicherung trotz hoher Beschäftigungsintensität abzielen, also auf das, was man im Fachjargon als „Flexicurity“ (Flexibility + Security) bezeichnet.<sup>97</sup>

Eine zweite Gruppe von Maßnahmen bezieht sich auf die Verbesserung der Gesamtlage armer Haushalte. Das betrifft entsprechende finanzielle Transferleistungen und/oder die Schaffung von besseren Umraumbedingungen, wie Kinderbetreuungsstätten oder Pflegediensten, die eine größere Erwerbsintensität durch eine Verringerung von Familienarbeit ermöglichen. Das sind im weiteren Sinne sozialpolitische Maßnahmen, die in Form nicht-finanzieller Transferleistungen für die Haushalte wirksam werden.

Schließlich gibt es eine dritte Gruppe von Maßnahmen, die für die Ertragskraft von Erwerbslebensläufen maßgeblich sind: schulische Bildung, berufliche Erstqualifikation und Weiterbildung, rechtzeitige Umschulung zur Vermeidung von Altersprekarität oder zur Ermöglichung des beruflichen Wiedereinstiegs.

<sup>97</sup> Zur Geschichte des Flexicurity-Konzepts und zu seiner Umsetzung im Rahmen der europäischen Sozialpolitik siehe den Eintrag auf Wikipedia: <http://en.wikipedia.org/wiki/Flexicurity> [Stand: 31.5.2010].

### 7.1 Verbesserung der Datengrundlage

Wir wissen in Vorarlberg zwar genau Bescheid über die Struktur der individuellen Einkommen, nämlich auf Grund der Lohnsteuerstatistik und der Daten der Sozialversicherungsträger, bei denen es sich der Natur der Sache nach jeweils um Vollerhebungen handelt, aber wir haben keine differenzierte Kenntnis von der Einkommenslage der Haushalte. Denn die erwähnten Einkommensdaten lassen sich nicht mit Strukturdaten der jeweiligen Haushalte verknüpfen. Die EU-SILC-Erhebungen wiederum leisten zwar diese Verknüpfung bei den in die Erhebung einbezogenen, d.h. befragten Haushalten, aber deren Zahl (2007: 307<sup>98</sup>, 2008: 235 Haushalte<sup>99</sup>) ist im Falle Vorarlbergs für verlässliche Detailaussagen im Zusammenhang mit Working Poor einfach zu gering.

Eine Sondererhebung zur Erzielung der nötigen Genauigkeit könnte nur Abhilfe schaffen, wenn die Stichprobe selbst für das relativ kleine Vorarlberg annähernd so groß wäre wie die gesamtösterreichische – also rund 5.000 Haushalte. Das wäre aber mit den vorhandenen Erhebungskapazitäten der Statistik Austria nicht zu machen.<sup>100</sup> Stattdessen schlagen Statistiker die Ausarbeitung und Validierung von Modellen für kleinräumige Schätzungen vor. Zu diesem Zweck müssten mehrjährige Längsschnittdaten von EU-SILC mit anderen Datenquellen – wie den Datenbeständen des Mikrozensus, der Lohnsteuerstatistik, den Daten der Sozialversicherungsträger und weiteren Verwaltungs- und Registerdaten – kombiniert werden.<sup>101</sup> Dabei wäre es auch äußerst sinnvoll, die bestehende Mikrozensus-Stichprobe um Merkmale für die Armutsberichterstattung zu erweitern – eine Initiative, die bereits 2007 von den Bundesländern ergriffen, auf Grund operativer Probleme (u. a. bei der Erhebung bundeslandspezifischer Daten im Sozialhilfebereich) und fehlender rechtlicher Grundlagen jedoch nicht umgesetzt wurde.<sup>102</sup>

<sup>98</sup> Statistik Austria: Standard-Dokumentation Metainformationen (Definitionen, Erläuterungen, Methoden, Qualität) zu EU-SILC 2007, Wien 2009, S. 24, T. 5.

<sup>99</sup> Statistik Austria (2009): EU-SILC 2008, Textband, S. 50.

<sup>100</sup> Hierzu Till, Matthias / Klotz, Johannes / Meindl, Bernhard: Modellbasierte Schätzung von Armutsgefährdung in den Bundesländern, in: Austrian Journal of Statistics (Österreichische Zeitschrift für Statistik), Jg. 39, 2010, Nr. 1 & 2, S. 155-172, hier S.157 f.

<sup>101</sup> Siehe Martin Bauer: Neue Perspektiven für Statistiken zu Einkommen und Lebensbedingungen, in: Austrian Journal of Statistics (Österreichische Zeitschrift für Statistik), Jg. 39 (2010), Nr. 1 & 2, S. 147-153.

<sup>102</sup> Till, Matthias u.a.: Modellbasierte Schätzung ..., S. 158.

In Vorarlberg hat der sozialpolitische Ausschuss des Landtages im April 2009 die Finanzierung einer eigenen Sondererhebung im Rahmen von EU-SILC mehrheitlich abgelehnt. Es müsse stattdessen, so wurde argumentiert, von der Statistik Austria und vom Sozialministerium eine österreichweite Lösung in Form eines repräsentativen Modells erarbeitet werden, wobei Ergebnisse aus Erhebungen der Jahre 2009 und 2010 dann im Jahr 2011 vorliegen sollen.<sup>103</sup> Welche Schritte auf dem Weg zu einem solchen Modell und seiner Implementierung in Vorarlberg allenfalls gemacht worden sind, war im Rahmen der vorliegenden Studie nicht zu eruieren.

Weiters wird von gewerkschaftlicher Seite und von den Trägern der sozialen Arbeit ein eigener Armutswarenkorb der Statistik Austria analog zum Pensionistenwarenkorb (Warenkorb PIPH) gefordert. Denn es ist davon auszugehen, dass sich das Konsummuster von armen Familien zum Beispiel durch den relativ hohen Anteil von Ausgaben für Lebensmittel deutlich vom allgemeinen Warenkorb unterscheidet. Die Caritas hat übrigens für den eigenen Gebrauch einen solchen Warenkorb konstruiert, seine laufende Aktualisierung durch Preiserhebungen übersteigt allerdings die personellen Kapazitäten der Organisation. In der Bundesrepublik Deutschland liegt ein solcher Warenkorb von Seiten des „Paritätischen Wohlfahrtsverbandes“ vor. Er wurde 2006 im Zusammenhang mit der Bestimmung des Eckregelsatzes der Sozialhilfe erstellt und bezieht sich auf die Lebenshaltung der untersten 20 % der Einkommensbezieher.<sup>104</sup>

## 7.2 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

### 7.2.1 Zweiter und dritter Arbeitsmarkt

Zusätzlich zu den bereits bestehenden Maßnahmen des AMS, die in Arbeitsstiftungen bis zu vier Jahren dauern können und in einem methodischen Dreischritt von Aktivierung – Motivierung – Qualifizierung erfolgen, gibt es eine Reihe von weiteren wünschenswerten, aber noch nicht verwirklichten Schritten:

<sup>103</sup> Vorarlberger Landtag: Vorlage des Sozialpolitischen Ausschusses, Beilage 50/2009 vom 29.4.2009 („Hinschauen und helfen – Armutsberichterstattung auf Länderebene“).

<sup>104</sup> Paritätischer Wohlfahrtsverband: Neue Regelsatzberechnung 2006. „Zum Leben zu wenig ...“ Für eine offene Diskussion über das Existenzminimum beim Arbeitslosengeld II und in der Sozialhilfe, Berlin 2006, S. 21-33.

- ▶ Einrichtung eines stabilen zweiten Arbeitsmarktes bis zur Pensionierung: Die Zielgruppe wären Ältere und gesundheitlich beeinträchtigte, aber durchaus leistungsfähige Arbeitnehmer/innen. Gegenwärtig sind Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes auf rund acht Monate beschränkt, wobei bei etwa 20 % der Betroffenen eine Verlängerung möglich ist.
- ▶ Einrichtung eines dritten Arbeitsmarktes für Menschen mit geringer Arbeitsproduktivität: Beeinträchtigte würden auf diese Weise eine Tagesstruktur mit einer sinnvollen Beschäftigung erhalten.

Eine von der Arbeiterkammer Vorarlberg favorisierte Alternative zu dieser Teilung der Arbeitsmärkte orientiert sich am Ostschweizer Modell der „Stiftung für Arbeit“.<sup>105</sup> Die von der Stiftung gegründeten Firmen sind Sozialfirmen, die nach betriebswirtschaftlichen Kriterien geführt werden und sich durch eine Kombination von Markterträgen und Zuschüssen des Sozialamtes finanzieren. Sie akquirieren ihre Aufträge mehrheitlich aus dem privatwirtschaftlichen Bereich und plazieren auf diese Weise die bei ihnen beschäftigten ehemaligen Langzeitarbeitslosen nahe am ersten Arbeitsmarkt. Der volkswirtschaftliche Nutzen besteht in einer Verringerung der sozialen Transfers bei gleichzeitiger Ermöglichung einer industriell-gewerblichen Wertschöpfung.

### 7.2.2 Mindestlöhne

Aus gewerkschaftlicher Perspektive sind bessere Mindestlohnregelungen in vielen Branchen erforderlich, da Bruttolöhne von rund € 1.000,- einfach nicht ausreichend sind. Solche Mindestlöhne lassen sich auf jeden Fall für Dienstleistungen durchsetzen, die weder substituierbar noch verlagerbar sind.

Vor allem sollten auch die geringfügig Beschäftigten in die Sozialversicherung einbezogen werden. Zwar können sich gegenwärtig Geringfügige mit einem Pauschale von € 50,- versichern, aber bei Löhnen von maximal € 350,- pro Monat ist selbst dieser Betrag zuviel. Ab 1.1.2010 beträgt die Geringfügigkeitsgrenze, unterhalb derer gegenwärtig eine Versicherung nicht verpflichtend ist, € 366,33.

<sup>105</sup> <http://www.stiftungfuerarbeit.ch> [Stand: 31.5.2010] sowie Blattmann, Lynn / Merz, Daniela: Sozialfirmen. Plädoyer für eine unternehmerische Arbeitsintegration, Zürich 2010.

Von den österreichischen Gewerkschaften wird zur Regelung der Mindestlohnproblematik der Abschluss eines Generalkollektivvertrages gefordert. Die Durchsetzung dieser Forderung kann auch durch die gesetzliche Festschreibung eines Mindestlohnes erfolgen, wie dies die AK Vorarlberg vorschlägt. Dabei wird eine Höhe € 1.300,- brutto (14-mal jährlich) anvisiert, mit festgeschriebener Valorisierung. Das entspräche einem Monatsnetto von ca. € 1.050,-.

Auch Gewerkschaften in anderen Ländern drängen auf Mindestlöhne, etwa der Deutsche Gewerkschaftsbund mit einer eigenen Kampagne gegen Lohndumping ([www.initiative-mindestlohn.de](http://www.initiative-mindestlohn.de)).

### 7.2.3 Neuregelung der Arbeitslosenunterstützung

Mit besonderer Sorge sehen Arbeiterkammern und Gewerkschaften die Armutsgefährdung insbesondere bei längerer Arbeitslosigkeit. Dieser Sachverhalt ist durch eine WIFO-Studie von 2009 gut belegt.<sup>106</sup> In den letzten Jahren sind die Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung für die österreichischen Arbeitnehmer/innen immer wichtiger geworden, vor allem für die Beziehenden niedriger Einkommen. Insgesamt flossen 2005 zwei Drittel aller Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung an Haushalte im untersten Einkommensviertel. Die Abhängigkeit dieser ärmeren Haushalte von Leistungen der Arbeitslosenversicherung hat sich über die Jahre zunehmend erhöht.<sup>107</sup> Daraus ergeben sich für die Arbeiterkammer Vorarlberg folgende Forderungen:

1. Rasche und deutliche Anhebung des Arbeitslosengeldes sowie eine längere Bezugsdauer
2. Anhebung der Notstandshilfe im Zusammenhang mit der bedarfsorientierten Mindestsicherung
3. Entfall der Anrechnung des Partnereinkommens bei der Notstandshilfe.

Die Forderung auf Verzicht der Anrechnung des Partnereinkommens bei der Notstandshilfe wird ebenfalls von der Gewerkschaft erhoben, die auch eine Anhebung des Arbeitslosengeldes auf das EU-übliche Niveau von 60 % – gerade für Niedriglöhner/innen – als dringend angebracht erachtet.

<sup>106</sup> Guger, Alois u.a.: Umverteilung durch den Staat in Österreich. Wien: WIFO 2009, S. 141-143.

<sup>107</sup> Ebd., S.144.

### 7.3 Integrierte Arbeitsmarkt-, Sozial- und Familienpolitik

Aus den Erfahrungen der Träger sozialer Arbeit (zum Beispiel der Caritas) ist die Motivation, mit eigener Anstrengung aus dem sozialen Sicherungssystem herauszukommen, dann kaum vorhanden, wenn der Unterschied zwischen Transfereinkommen und Arbeitseinkommen gering ist.

Die Richtsätze für die Sozialhilfe sollten vor allem unter Berücksichtigung angemessener Lebensverhältnisse der Kinder gestaltet werden. Gegenwärtig wird für eine Wohnung für drei Personen, inklusive Betriebskosten, ein Betrag von maximal € 680,- angesetzt. Das schafft für Kinder kaum angemessenen Wohnraum.

Damit die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit durch Alleinerziehende erleichtert oder überhaupt ermöglicht wird, sollten auch die Kinderbetreuungskosten durch die Sozialhilfe ersetzt werden. Dies ist gegenwärtig nicht der Fall, doch zahlt zum Teil das Jugendamt. Ein Kindergartenplatz kostet in einer mittelgroßen Vorarlberger Gemeinde ca. € 150,- im Monat.

Weil eine flächendeckende Kinderbetreuung für eine kontinuierliche und qualifikationshaltige Berufslaufbahn von Frauen unverzichtbar ist, plädiert die AK Vorarlberg für den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen. Die Bundesförderung und die entsprechenden Beiträge der Länder sollen aufgestockt und auch nach 2010 fortgesetzt werden. Die Kinderbetreuung muss entweder kostenlos oder die Kosten müssen sozial gestaffelt sein. Sie muss qualitativ hochwertig und flächendeckend in ausreichendem Maß zur Verfügung stehen. Mittlerweile (Stichtag: 15.10.2009) haben 15,1 % der Kinder in Vorarlberg im Alter von null bis zwei Jahren einen Betreuungsplatz. Das sind 1.748 Kleinkinder von insgesamt 11.603. Das ist aber noch ein erhebliches Stück vom EU-weiten Ziel von 33 % entfernt. Die gesamtösterreichische Betreuungsquote in dieser Altersgruppe beträgt übrigens 15,8 %, damit liegt Vorarlberg im österreichischen Durchschnitt.<sup>108</sup>

Die Forderungen der Arbeiterkammer Vorarlberg richten sich auf einen kontinuierlichen, flächendeckenden Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen mit einer Verlängerung der Öffnungszeiten. Weiters wird eine Ausweitung des Nachmittagsangebotes in der Schüler/innenbetreuung verlangt. Dabei müssen gerade im



<sup>108</sup> Siehe Statistik Austria: [www.statistik.at](http://www.statistik.at) unter Statistiken – Bildung, Kultur – Formales Bildungswesen – Kindertageshime, Kinderbetreuung

Interesse der armutsgefährdeten Haushalte Kostenbarrieren weitestgehend gesenkt oder beseitigt werden. Die AK begrüßt deshalb die Initiativen einzelner Bundesländer in Richtung flächendeckender kostenloser Kinderbetreuung. Gleichzeitig bedarf es einer Steigerung der Qualität der Betreuung, unter anderem durch die Setzung einheitlicher Standards. Die AK begrüßt daher den geplanten nationalen Bildungsplan für die Kinderbetreuung. Dieser muss Mindeststandards für die Ausstattung der Einrichtungen und die Qualifikation der Betreuungspersonen festlegen und geschlechtersensible Betreuung fördern.

Im Zusammenhang damit müssen aus der Perspektive der AK Vorarlberg die Anstrengungen zur Vereinbarung von Familie und Beruf konzentriert fortgesetzt werden, indem auch die Väter durch entsprechende Arbeitszeitregelungen zumal in den betreuungsintensiven Phasen stärker in die Betreuungspflichten eingebunden werden können.

#### 7.4 Wege aus der Verschuldung ebnen

Die Schuldenberatung des IFS fordert im Hinblick auf Wege aus der Verschuldungsspirale von Menschen eine Reihe von Maßnahmen, weil Verschuldung einen Eintritt in den Arbeitsmarkt sehr behindern oder beruflichen Aufstieg blockieren kann.

- ▶ Jeder Mensch sollte ein gesetzliches Recht auf ein Girokonto haben, da ein fehlendes Konto allein schon bei Bewerbungen als Stigma wirkt und ungelöste Probleme signalisiert.
- ▶ Die Einführung des Privatkonkurses hat zwar wesentliche Erleichterungen gebracht, um aus Dauerverschuldungen herauszukommen, da die Konkursdauer sieben Jahre beträgt, ein Exekutionstitel jedoch 30 Jahre besteht. Das sind 23 gewonnene Jahre, die für eine Rückkehr in ein normales Erwerbsleben, über der Einkommens-Pfändungsgrenze, genutzt werden können. Allerdings erweist sich der Selbstbehalt von 10 % der Schadenssumme bei einem Privatkonkurs gerade für viele Frauen, die für Haftungsschulden ihrer Partner geradestehen (müssen), als zu hoch. Hier wären einkommensbezogenen Entschuldungsgrenzen erforderlich.

- ▶ Vor allem sollten die Pfändungsgrenzen viel höher angesetzt werden, da dies zum einen verschuldete Personen stärker motivieren würde, einer Erwerbsarbeit nachzugehen, vor allem aber die Banken veranlassen könnte, mit Kreditvergaben vorsichtiger zu sein.
- ▶ Bei sozialen Transferzahlungen sollten grundsätzlich fließende und keine sprungfixen Grenzen eingeführt werden.
- ▶ Generell wären die Eigenleistungsgrenzen beim Bezug von Sozialhilfe zu reformieren, da zum Beispiel der gegenwärtige Rückgriff auf Eigenmittel und verwertbares Vermögen erstens einen eventuellen beruflichen Neustart schwierig macht und zweitens die Sparsamen „bestraft“.

#### 7.5 Bildung und Weiterqualifikation

##### 7.5.1 Schule und Lehre

In Vorarlberg haben laut Erhebungen von 2007 fast 20 % der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen nach der Pflichtschule eine Erwerbstätigkeit aufgenommen, ohne dass sie einen weiteren Abschluss (Lehre oder weiterführende Schule) gemacht hätten (siehe Kap. 6.1.2). Darunter sind zum größeren Teil Lehr- und Schulabbrecher/innen. Sie sollten unbedingt durch Maßnahmen für nachträgliche Abschlüsse erreicht werden. Das gilt auch für die „direkteinsteigenden“ Geringqualifizierten, die nach dem Pflichtschulabschluss eine kontinuierliche Berufslaufbahn als Hilfskräfte eingeschlagen haben und die durch Kompetenzbilanzierungen und Zertifizierung von Teilqualifikationen zu Abschlüssen motiviert werden sollten.

Am schwierigsten wird es sein, die zu erreichen, die sich als „Erwerbsferne“ aus dem formellen Arbeitsmarkt völlig zurückgezogen haben. Hier könnten aber Projekte der Offenen Jugendarbeit (wie zum Beispiel derzeit Job Ahoi!<sup>109</sup>) oder eine verbesserte Berufsorientierung in und unmittelbar nach der Hauptschule bzw. dem polytechnischen Jahr eingreifen.

Auf Grund einer Studie der Arbeiterkammer Wien (Dezember 2009)<sup>110</sup>, in der das Problem der „frühen Bildungsabbrecher“ als arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitische Herausforderung thematisiert wurde, ist von der AK eine Reihe von Forderungen erhoben worden, damit solche Bildungsabbrüche entweder gar nicht entstehen oder der Übergang zum Arbeitsmarkt dennoch ermöglicht wird. Hierbei geht es besonders um die Gewährung individueller Unterstützung, wenn ein positiver Schulabschluss zu scheitern droht, um das Recht auf Ausbildung nach der Schulpflicht<sup>111</sup> und um nachholende Lehrabschlüsse.

Die Arbeiterkammer Vorarlberg sieht anhaltenden Handlungsbedarf im Bereich des Übergangs Schule-Beruf und bei den Lehrabbrecher/inne/n. Die bereits bestehenden Maßnahmen wie „Chancenpool“ (zur Begleitung des Übergangs von der Schule in den Beruf), „Lehrlingscoaching“ (ein Gemeinschaftsprojekt von AK, WKV, AMS und Land Vorarlberg zur Betreuung von Lehrlingen, die vor einem Ausbildungsabbruch stehen) sowie der „Ausbildungsverbund Vorarlberg“ (ein betriebliches Netzwerk zur Qualitätssteigerung der Lehrlingsausbildung) sollen beibehalten und ausgebaut werden.



<sup>109</sup> [http://ojadweb.ojad.at/ojad15/index.php?option=com\\_content&view=article&id=13&Itemid=24](http://ojadweb.ojad.at/ojad15/index.php?option=com_content&view=article&id=13&Itemid=24) [Stand: 31.5.2010].

<sup>110</sup> Steiner, Mario: Early School Leaving in Österreich 2008. Ausmaß, Unterschiede, Beschäftigungswirkung, Wien: AK Wien 2009.

<sup>111</sup> <http://wien.arbeiterkammer.at/online/schule-lehre-100000-junge-fliegen-raus-55492.html> [Stand: 31.5.2010].

## 7.5.2 Um- und Weiterqualifikation

Für Geringqualifizierte oder im Berufslebenslauf Dequalifizierte stellt sich besonders das Problem der Vermeidung von Altersprekarität. Da Armutsgefährdung und Erwerbsarmut oft erst im fortgeschrittenen Berufsalter schlagend werden, sind konsequente Maßnahmen zur Bekämpfung und Vermeidung von Altersprekarität erforderlich. Das gilt im besonderen Maße für Niedrigqualifizierte. Solche Maßnahmen bestehen im Angebot von Potenzialanalysen und Job-Coaching, in rechtzeitiger Um- und Weiterqualifikation, in der karenz begleitenden Qualifizierung von Frauen und in ihrer Unterstützung eines Wiedereinstiegs in den Beruf, der den erworbenen Qualifikationen entspricht.<sup>112</sup>

Dabei bietet sich ein wichtiges Instrument, damit die Erwerbssituation im Lebenslauf verbessert werden kann: die Kompetenzbilanzierung. In Zeiten der wirtschaftlichen Rezession stehen die Zeichen für formal Unqualifizierte zwar grundsätzlich schlecht, weil Arbeitskräfte mit formalen Qualifikationen für Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, die in Zeiten guter Konjunktur durchaus mit erfahrenen und fähigen Geringqualifizierten besetzt würden. Kompetenzbilanzierungen für erfahrene Unqualifizierte sind somit nur bei einem nachfragestärkeren Arbeitsmarkt interessant.

Doch sollten für solche Kompetenzbilanzierungen die Voraussetzungen gerade unabhängig von Konjunkturschwankungen, also antizyklisch geschaffen werden, damit bei einem Konjunkturaufschwung Geringqualifizierte mit einer Kompetenzbilanzierung von der steigenden Arbeitskräftenachfrage Gebrauch machen können. Dieses Instrument wäre ebenfalls im Hinblick auf erforderliche Um- und Neuqualifizierungen nützlich.

Auch nachholende Lehrabschlüsse bei langjähriger Praxis sind ein wichtiges Instrument zur Vermeidung von Erwerbsarmut und Prekarität. Frauen mit Büro-tätigkeiten sind zum Beispiel eine Zielgruppe für solche Abschlüsse, die auf Grund der guten Beschäftigungsprognosen vom AMS unterstützt werden.

<sup>112</sup> Hierzu ausführlicher die vorangehende Studie der AK Vorarlberg: Schicksal Prekarität? Maßnahmen für Vorarlberg (Häfele, Eva / Greussing, Kurt, 2008), S. 174-181.



## 8. Bibliografie

### 8.1 Publikationen

Bauer, Martin: Neue Perspektiven für Statistiken zu Einkommen und Lebensbedingungen, in: Austrian Journal of Statistics (Österreichische Zeitschrift für Statistik), Jg. 39 (2010), Nr. 1 & 2, S. 147-153

Blattmann, Lynn / Merz, Daniela: Sozialfirmen. Plädoyer für eine unternehmerische Arbeitsintegration, Zürich 2010

Bruckmeier, Kerstin / Graf, Tobias / Rudolph, Helmut: Working poor: Arm oder bedürftig? IAB Discussion Paper Nr. 34, Nürnberg 2008

Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz: Bericht über die soziale Lage 2003-2004, Wien 2004

Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz: Sozialbericht 2007-2008. Ressortaktivitäten und sozialpolitische Analysen, Wien Jänner 2009

Caritas Schweiz: Trotz Einkommen kein Auskommen – *working poor* in der Schweiz, Luzern: Caritas 1998

Dimmel, Nikolaus: Im toten Winkel des Wohlfahrtsstaates. Soziologische Aspekte der Nichtinanspruchnahme von Sozialhilfe, in: Dimmel, N. / Heitzmann, K. / Schenk, M. (Hg.): Handbuch Armut in Österreich, Innsbruck 2009, S. 302-316

Dimmel, Nikolaus: Working Poor in Niederösterreich. Ergebnisse, Wien: AK NÖ 2010

Fink, Marcel: Erwerbslosigkeit, Prekarität (Working Poor) und soziale Ungleichheit/Armut, in: Dimmel, Nikolaus / Heitzmann, Karin / Schenk, Martin (Hg.): Handbuch Armut in Österreich, Innsbruck 2009, S.198-210

Goebel, Jan / Gornig, Martin / Häußermann Hartmut: Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert, in: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 24/2010

Guger, Alois u.a.: Umverteilung durch den Staat in Österreich. Wien: WIFO 2009

Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger: Statistisches Handbuch der österreichischen Sozialversicherung 2009, Wien 2009

Häfele, Eva / Greussing, Kurt: Schicksal Prekarität? Maßnahmen für Vorarlberg, Feldkirch 2008

Kammer für Arbeiter und Angestellte (Hg): Sozialstaat Österreich: Sozialleistungen im Überblick. Lexikon der Ansprüche und Leistungen, Wien 2009 (11. neubearbeitete Auflage)

Krenn, Manfred: Working Poor in Europe – Austria, Wien: FORBA Apr. 2010 (= Länderbericht Österreich zum Report der European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (Hg.): Working Poor in Europe, Dublin 2010)

Land Vorarlberg: Bericht über die Vorarlberger Land- und Forstwirtschaft '09, Bregenz Juni 2009

Lutz, Hedwig / Mahringer, Helmut: Niedriglohnbeschäftigung – Brücke in dauerhafte Beschäftigung oder Niedriglohnfalle? Wien: AMS-WIFO Feb. 2010. Kurzfassung: AMS info 155, Wien Mai 2010.

OECD: In-Work Poverty: What can governments do? in: OECD Observer – Policy Brief, September 2009.

Paritätischer Wohlfahrtsverband: Neue Regelsatzberechnung 2006. „Zum Leben zu wenig ...“ Für eine offene Diskussion über das Existenzminimum beim Arbeitslosengeld II und in der Sozialhilfe, Berlin 2006

Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2006, Wien 2007

Statistik Austria: Arbeitsmarktstatistik – Jahresergebnisse 2007, Wien 2008

Statistik Austria: Bericht des Rechnungshofes über die durchschnittlichen Einkommen der gesamten Bevölkerung ... für die Jahre 2006 und 2007 („Allgemeiner Einkommensbericht 2008“), Wien Dez. 2008

Statistik Austria: Armutslagen und Chancen für Eingliederung in Österreich. Indikatoren für das Monitoring des nationalen Strategieplans 2008-11, Wien Okt. 2009

Statistik Austria (im Auftrag des BMASK): Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008. Eingliederungsindikatoren, Wien 2009 (Textband)

Statistik Austria (im Auftrag des BMASK): Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Tabellenband. Ergebnisse aus EU-SILC 2008, Wien 2009

Statistik Austria (im Auftrag des BMASK): Methoden und Vergleiche zu EU-SILC 2008, Wien 2009

Statistik Austria: Standard-Dokumentation Metainformationen (Definitionen, Erläuterungen, Methoden, Qualität) zu EU-SILC 2007, Wien 2009

Statistik Austria: Verdienststrukturerhebung 2006, Wien 2009

Statistik Austria: Arbeitsmarktstatistik 4. Quartal 2009 – Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung, Wien 2010

Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2007, Wien 2010

Steiner, Mario: Early School Leaving in Österreich 2008. Ausmaß, Unterschiede, Beschäftigungswirkung, Wien: AK Wien Dez. 2009

Till, Matthias / Klotz, Johannes / Meindl, Bernhard: Modellbasierte Schätzung von Armutsgefährdung in den Bundesländern, in: Austrian Journal of Statistics (Österreichische Zeitschrift für Statistik), Jg. 39, 2010, Nr. 1 & 2, S. 155-172

Vorarlberger Landesregierung, Abteilung Soziales, Sozialhilfestatistik 2009 (unpubl.) [Stand: März 2010]

Vorarlberger Landtag: Vorlage des Sozialpolitischen Ausschusses, Beilage 50/2009 vom 29.4.2009 („Hinschauen und helfen – Armutsberichterstattung auf Länderebene“)

Zavodnik, Uros (im Auftrag der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Kärnten): Working Poor. Armut trotz Erwerbstätigkeit, Klagenfurt Mai 2008

## 8.2 Weblinks

[Stand: 31.5.2010]

BALI – [www.dnet.at/bali/User2008.aspx](http://www.dnet.at/bali/User2008.aspx)

BMASK – <https://akupav.eipi.at/akupav>

Bundesamt für Statistik (CH) – [www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/21/02/ind32.informations.71305.html](http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/21/02/ind32.informations.71305.html)

Bureau of Labor Statistics (USA) – [www.bls.gov/cps/earnings.htm#workpoor](http://www.bls.gov/cps/earnings.htm#workpoor)

Europäische Kommission – Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit – <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=637>

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB Nürnberg) – <http://infosys.iab.de/infoplattform>

Österreichische Gesellschaft für Politik und Politikberatung – [www.politikberatung.or.at/typo3/index.php?id=95](http://www.politikberatung.or.at/typo3/index.php?id=95)

Sozialinfo Schweiz – [www.socialinfo.ch](http://www.socialinfo.ch)

Statistik Austria: Allgemeiner Einkommensbericht 2008 – [www.statistik.at/web\\_de/statistiken/soziales/personeneinkommen/allgemeiner\\_einkommensbericht/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/personeneinkommen/allgemeiner_einkommensbericht/index.html)

Stiftung für Arbeit (St. Gallen) – [www.stiftungfuerarbeit.ch](http://www.stiftungfuerarbeit.ch)

### 8.3 Expert/inn/en-Interviews

Sabine Aberer, Bürgerservice Stadt Hohenems (Sozial- und Wohnungamt),  
Hohenems, 1.2.2010

Egon Berchtold, Bürgerservice Stadt Hohenems (Sozial- und Wohnungamt),  
Hohenems, 1.2.2010

Mustafa Can, IFS-Beratung/Migranten, Hohenems, 8.2.2010

Sevinç Kapaklı, FEMAIL Feldkirch, 10.2.2010

Rainer Keckeis, Direktor AK Vorarlberg, Feldkirch, 31.5.2010

DSA Armin Kloser, Sozialsprengel Hard, Hard, 26.1.2010

DSA Peter Kopf, IFS-Schuldenberatung, Bregenz, 2.2.2010

Mag.a Andrea Kramer, Caritas, Feldkirch, 1.3.2010

Michael Natter, Caritas, Feldkirch, 1.3.2010

Gerhard Ouschan, AK Vorarlberg, Feldkirch, 31.5.2010

Inci Nihal Özcan, Bürgerservice Stadt Hohenems (Sozial- und Wohnungamt),  
Hohenems, 1.2.2010

Dr. Ludwig Rhomberg, Leiter Abt. Soziales, Land Vorarlberg, Bregenz, 10.2.2010

Manfred Ritter, AMS Vorarlberg, Abt. Statistik, Bregenz, 1.2.2010

Mag.a Sabine Rudigier, ÖGB Frauenreferat, Feldkirch, 8.2.2010

Dr. Michael Simma, AK Vorarlberg, Feldkirch, 31.5.2010

Elmar Stüttler, Tischlein Deck Dich, Vandans, 3.2.2010

Andrea Walch-Riedmann, Leiterin AMS Feldkirch, Feldkirch, 1.2.2010